G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Wolfgang Abendroth
BRD und Europäische Sicherheitskonferenz

Klaus Ehrler
Die BRD braucht ein neues Selbstverständnis

Barbara Schilling und Karl Unger
Guinea-Bissaus Kampf gegen Portugal

Sietse Bosgra und Christiaan van Krimpen
Portugal und die NATO

Wulf Hopf und Ulf Preuss-Lausitz
Probleme der Gesamtschule

3'70

März 1970 Einzelheft 3,50 DM (im Abonnement 2,50 DM, für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,00 DM)

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

März 1970

CHRONIK DES MONATS FEBRUAR 1970 227

KOMMENTARE UND BERICHTE

BRD und Europäische Sicherheitskonferenz . . . . *Wolfgang Abendroth* 230

Wachsendes Engagement der USA in Laos . . . . . *Klaus Elliesen* 234

Vo Thi Lien über Son My (My Lai) 236

HAUPTAUFSÄTZE

Widerspruch und Verspätung. Auf dem Wege zu einem neuen Selbstverständnis der BRD . . . . . *Klaus Ehrler* 238

Hinter einer Mauer des Schweigens. Zu einigen Problemen des Kampfes von Guinea-Bissau gegen den portugiesischen Kolonialismus . . . . . *Barbara Schilling und Karl Unger* 256

Portugal und die NATO *Sietse Bosgra und Christiaan van Krimpen, Amsterdam* 268

Aufruf zur Solidarität mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien 271

Die Wirtschaftskrise 1966/67 in der Bundesrepublik Deutschland *Wladimir Schenajew, Moskau* 278

Gesamtschule: Technokratische Leistungsschule oder Chance zur Demokratisierung der Gesellschaft? . . *Wulf Hopf und Ulf Preuss-Lausitz* 285

FERNSEH-SPALTE

Unmethodische Anmerkungen . . . . . *E. H. Wahl* 300

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Wortlaut der „Schnez-Studie" 301

Wortlaut der „Neun Thesen junger Offiziere", veröffentlicht in Hamburg im Januar 1970 319

Wortlaut des Briefes des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Willi Stoph, an Bundeskanzler Willy Brandt vom 11. Februar 1970 324

Wortlaut des Briefes von Willy Brandt an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, vom 18. Februar 1970 324

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Fünfzehnter Jahrgang · Heft 3/1970

Herausgeber

HILDE BENTELE
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

PAUL NEUHOFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

Chronik des Monats Februar 1970

1. 2. — Bundesrepublik/Sowjetunion. In Anwesenheit des Bundeswirtschaftsministers Schiller und des sowjetischen Außenhandelsministers Patolitschew wird in Essen ein umfangreicher Vertrag zwischen Außenhandelsorganisationen der UdSSR und einem deutschen Industriekonsortium geschlossen. Das Abkommen sieht im einzelnen den Export von 1,2 Mio. t Großrohren und anderer Ausrüstungen in die Sowjetunion vor. Als Gegenleistung soll die Bundesrepublik über eine durch die CSSR nach Bayern führende Pipeline innerhalb eines Zeitraumes von 20 Jahren Erdgas in einem Gesamtvolumen von 52 Mrd. cbm erhalten. Ein besonderes Abkommen regelt die Kreditgewährung für den Röhrenexport, der schon im laufenden Jahr beginnt; die Erdgaslieferungen werden erst im Jahre 1973 aufgenommen. — Am 3. 2. setzt Staatssekretär Bahr in Moskau die am 30. Januar aufgenommenen Vorgespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko über den Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages fort. Bahr trifft an den folgenden Tagen mehrfach mit Gromyko zusammen. — Am 12. 2. legt Bundesaußenminister Scheel auf einer Reise nach Asien einen Zwischenaufenthalt in der sowjetischen Hauptstadt ein. Der stellvertretende Außenminister Semjonow, der auch an dem Meinungsaustausch zwischen Bahr und Gromyko teilgenommen hatte, gibt zu Ehren von Scheel und seiner Begleitung ein Essen. — Am 13. 2. wird Staatssekretär Bahr von Ministerpräsident Kossygin empfangen. —

Am 17. 2. vereinbaren beide Seiten eine vorläufige Unterbrechung der Gespräche. Bahr begibt sich zu Konsultationen nach Bonn.

3. 2. — D G B / F D G B. Nach einer Sitzung des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes richtet der DGB-Vorsitzende, Heinz Oskar Vetter, ein Fernschreiben an den Vorsitzenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), Herbert Warnke. Vetter schlägt darin die Aufnahme offizieller Kontakte zwischen beiden Organisationen vor. — Am 19. 2. antwortet Warnke, der FDGB sei mit der Aufnahme von Kontakten einverstanden und empfehle als Tagungsort für die erste Zusammenkunft die Hauptstadt der DDR.

— J a p a n. Die Regierung läßt durch ihre Botschafter in London, Washington und Moskau den Kernwaffensperrvertrag unterzeichnen. — Am 11. 2. starten Wissenschaftler eine vierstufige Lambda-4S5-Weltraumrakete. Nach der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und Frankreich ist Japan damit das vierte Land, das über eigene Trägerraketen verfügt.

4. 2. — P o l e n / B u n d e s r e p u b l i k. Staatssekretär Duckwitz vom Auswärtigen Amt nimmt in Warschau offiziell Kontakt mit dem polnischen Außenministerium auf. Sein Gesprächspartner ist der stellvertretende Außenminister Josef Winiewicz. Beide Diplomaten sind von Fachbeamten begleitet. Nach insgesamt drei Besprechungen, über deren Inhalt nichts verlautet, kehrt Duckwitz am 8. 2. zur Berichterstattung nach Bonn zurück.

5. 2. — N a h e r O s t e n. UN-Generalsekretär U Thant befürwortet in einer Stellungnahme ein Waffenembargo für alle Länder des Nahen Ostens. U Thant reagiert mit seinem Votum indirekt auf einen kurz zuvor geführten Briefwechsel zwischen den Regierungschefs der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs über politische Lösungsmöglichkeiten der zugespitzten Lage im Krisengebiet. Über den Inhalt der Korrespondenz werden Einzelheiten nicht bekannt. — Vom 7.—9. 2. halten Präsident Nasser, der syrische Staatspräsident Atassi, der sudanesische Staatschef Nimeiri, König Hussein von Jordanien und der stellvertretende irakische Ministerpräsident Ammasch eine Konferenz in Kairo ab, um ihre militärische Zusammenarbeit angesichts der zunehmenden israelischen Luftangriffe auf benachbarte arabische Länder zu verstärken.

7. 2. — I t a l i e n. Ministerpräsident Rumor unterbreitet Staatspräsident Saragat den Rücktritt des christlich-demokratischen Kabinetts. Rumor ebnet damit den Weg für die von ihm angestrebte Bildung einer neuen Mehr-Parteien-Regierung der „linken Mitte". Die eingeleiteten Koalitionsverhandlungen mit den Republikanern, Sozialisten und den Sozialdemokraten führen jedoch bis zum Monatsende zu keinem Ergebnis.

10. 2. — B e r l i n. Das sowjetische Außenministerium übermittelt den Botschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs die Antwort auf ein Aide-memoire der drei Westmächte vom 16. Dezember 1969. Darin wird vorgeschlagen, im Gebäude des ehemaligen Alliierten Kontrollrates in Westberlin Verhandlungen über die Berlin-Frage aufzunehmen. — Am 27. 2. erteilen die drei Westmächte in einer Verbalnote eine zustimmende Antwort. Ein Termin soll später vereinbart werden.

— G r o ß b r i t a n n i e n. Die Regierung veröffentlicht ein Weißbuch über die voraussichtlichen Konsequenzen eines Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Belastung der britischen Zahlungsbilanz durch einen solchen Beitritt wird auf 100 bis 1100 Mio. Pfund geschätzt. Die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise werde zwischen 18 und 26 Prozent betragen, die Erhöhung der übrigen Lebenshaltungskosten 4 bis 5 Prozent. Premierminister Harold Wilson, der das Weißbuch vor dem Unterhaus begründet, erklärt bei dieser Gelegenheit, es sei derzeit noch nicht möglich, „irgend eine sinnvolle Schätzung" der positiven Folgen eines Beitritts zu machen. Die britische Bewerbung auf Mitgliedschaft in der EWG stehe jedoch außer Frage. — Am 23. und 24. 2. debattiert das Unterhaus die Vorlage der Regierung. Eine Abstimmung findet nicht statt.

12. 2. — D D R / B u n d e s r e p u b l i k. DDR-Staatssekretär Michael Kohl übergibt dem Bundesminister im Kanzleramt, Horst Ehmke, in Bonn ein vom 11. 2. datiertes Schreiben von Ministerpräsident Stoph an Bundeskanzler Brandt. Stoph regt darin ein Treffen der beiden Regierungschefs in Ostberlin noch im Monat Februar an. — Am 18. 2. übermittelt Minister Ehmke fernschriftlich an Staatssekretär Kohl die Ant-

wort der Bundesregierung. Brandt erklärt sich zu einer Begegnung mit Stoph „nicht später als in der zweiten oder dritten Märzwoche" bereit, die durch „Beamte der beiden Seiten" vorbereitet werden solle. — Am 20. 2. vereinbaren Kohl und Ehmke, ebenfalls fernschriftlich, eine Zusammenkunft zwischen Dr. Gerhard Schüßler (Büro des Ministerrats der DDR) und Dr. Ulrich Sahm (Bundeskanzleramt) für den 2. März in Ostberlin (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

14.—15. 2. — N P D. Unter starkem Polizeischutz hält die Nationaldemokratische Partei in Wertheim ihren (zuletzt am 14. November in Saarbrücken verbotenen) 4. Bundesparteitag ab. Die Delegierten bestätigen Adolf v. Thadden in seinem Amt als Vorsitzenden.

17. 2. — A b r ü s t u n g. Im Genfer Palais des Nations wird eine neue Session der Abrüstungskonferenz eröffnet. Den Delegationen liegen Direktiven der UN-Generalversammlung vom letzten Herbst vor. Auf der Tagesordnung stehen u. a. ein sowjetisch-amerikanischer Vertragsentwurf über die Entmilitarisierung des Meeresbodens sowie das Verbot biologischer und chemischer Kampfstoffe. — Am 18. 2. betont UN-Generalsekretär U Thant in einer Ansprache vor dem Gremium die Notwendigkeit bedeutender Fortschritte im jetzigen „Abrüstungsjahrzehnt". Die Militärausgaben in der Welt seien nach vorgenommenen Schätzungen von 120 Mrd. Dollar im Jahre 1962 auf beinahe 200 Mrd. Dollar im Jahre 1969 angestiegen. U Thant gibt seiner Beunruhigung darüber Ausdruck, daß mit der „Gaszentrifugen-Methode" angereichertes Uran für militärische Zwecke verwendet werden könnte. Der Generalsekretär habe mit seiner Warnung, so berichten Korrespondenten, auf ein Abkommen der Bundesrepublik, Großbritanniens und der Niederlande über den gemeinsamen Betrieb einer Gaszentrifuge angespielt.

23. 2. — U S A / F r a n k r e i c h. Der französische Staatspräsident Pompidou begibt sich nach Washington, um mit Präsident Nixon und anderen amerikanischen Politikern Besprechungen zu führen. Pompidou folgt einer Einladung, die ursprünglich an Staatspräsident de Gaulle gerichtet worden war.

24. 2. — D D R / S o w j e t u n i o n. Der sowjetische Außenminister Gromyko besucht Ostberlin und konferiert dort mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht und Außenminister Otto Winzer. — Am 26. 2. äußert Gromyko in einer Rede vor der Belegschaft des VEB-Werkzeugmaschinenkombinats „7. Oktober" in Berlin-Weißensee die Hoffnung, daß eine „gesamteuropäische Konferenz zur Erörterung der Fragen der Sicherheit der Staaten in Europa" in einer „nicht weiten Zukunft" stattfinden werde. Der Minister fordert die „regierenden Kreise" der Bundesrepublik auf, sich „von der Vergangenheit zu befreien". — Am 28. 2. unterbricht Gromyko den Rückflug nach Moskau in Warschau, um mit dem polnischen Außenminister Jendrychowski und dessen Stellvertreter Winiewicz zusammenzutreffen.

25. 2. — B u n d e s t a g. Im Rahmen der Haushaltsdebatte kommt auch die Außenpolitik der Bundesregierung zur Sprache. Bundeskanzler Brandt erläutert und verteidigt noch einmal die von ihm gegebenen Richtlinien zur Deutschland- und Ostpolitik. Sprecher der CDU sind vor allem der Fraktionsvorsitzende Barzel, der CSU-Vorsitzende Strauß und der ehemalige Bundeskanzler Kiesinger.

26. 2. — L a o s. Ministerpräsident Souvanna Phouma erklärt in Vientiane, er werde unverzüglich einen Brief an die beiden Ko-Präsidenten der Genfer Konferenz von 1962 (Großbritannien und die Sowjetunion) richten und die Einberufung einer neuen Konferenz der 14 Signatarstaaten des Genfer Vertrages über Laos beantragen. Der Ministerpräsident bezieht sich damit auf Artikel 4 dieses Genfer Abkommens, das Konsultationen unter den Signatarstaaten im Falle einer Verletzung der laotischen Neutralität vorsieht.

— B a d e n - W ü r t t e m b e r g. Der Landtag setzt in namentlicher Abstimmung mit 84 gegen 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen das aktive Wahlalter auf das vollendete 18. Lebensjahr und das Alter der Wählbarkeit auf das 21. Lebensjahr herab.

28. 2. — A f r i k a. Kaiser Haile Selassie eröffnet in Addis Abeba die 14. Tagung des Ministerrats der Organisation für die Afrikanische Einheit. Eines der Themen der Beratungen ist die verstärkte Unterstützung der afrikanischen Befreiungsbewegungen durch die Regierungen der Mitgliedsstaaten.

Aufruf zur Solidarität mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die meisten Völker Afrikas und Asiens ihre nationale Unabhängigkeit erlangt, Portugal jedoch hält nach wie vor an seinem barbarischen Kolonialsystem fest und unterdrückt die Völker in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique. Zwangsarbeit, Terror und Napalm sind die Methoden, mit denen das portugiesische Regime die Völker der Kolonien in dauernder Abhängigkeit, Armut und Unwissenheit halten will.

Seit nunmehr neun Jahren kämpfen die Patrioten in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique für ihre nationale Unabhängigkeit. Weite Regionen konnten bereits von der kolonialen Herrschaft befreit werden; dort hat die Bevölkerung ihre Souveränität wiedererlangt. In den befreiten Gebieten vollzieht sich heute trotz Bombenterror und Angriffen der portugiesischen Kolonialarmee eine neue Entwicklung: Schulen und Krankenhäuser werden gebaut, die vom Kolonialismus deformierte Wirtschaft wird reorganisiert. So werden in den vom Kolonialjoch befreiten Gebieten die Grundlagen einer menschenwürdigen Gesellschaft geschaffen.

Doch immer noch leiden die Völker unter portugiesischem Terror, immer noch sterben zahllose Menschen unter den Bomben der portugiesischen Luftwaffe. Von Tag zu Tag wird deutlicher, daß Portugal seinen verbrecherischen Kolonialkrieg nur dank massiver ausländischer Hilfe fortsetzen kann. Vor allem von seinen NATO-Partnern — also auch von der Bundesrepublik — erhält Portugal die politische, finanzielle und militärische Unterstützung, die es zur Aufrechterhaltung des Kolonialsystems benötigt. *Dieser Solidarität der Unterdrückung und kolonialen Ausbeutung muß die Solidarität aller demokratischen Kräfte in der Welt entgegengestellt werden.*

Hiermit rufen wir alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik auf, sich für die Einstellung der direkten und indirekten Unterstützung Portugals einzusetzen, konkrete Solidarität mit den Befreiungsbewegungen zu beweisen und an der Vorbereitung einer internationalen Solidaritätskonferenz teilzunehmen, die im Juni dieses Jahres in Rom stattfinden wird. Wir rufen alle Demokraten auf, finanziell dazu beizutragen, die Öffentlichkeit in unserem Lande über das portugiesische Kolonialsystem zu informieren, die Befreiungsbewegungen zu unterstützen und die medizinische Versorgung der Bevölkerung in den Kriegsgebieten zu verbessern.

Köln, im März 1970

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Prof. Dr. Hans Werner Bartsch, D.D.
Wilhelm M. Breuer
Gunnar Matthiessen
Rolf Priemer
Dr. Erika Runge
Karl-Heinz Schröder
Dr. Hannelis Schulte
Dr. Kurt Steinhaus
Dr. Martin Walser
Frank Werkmeister
Dr. Erich Wulff

Postscheckkonto Köln 171 387, Sonderkonto Wilhelm M. Breuer, 5 Köln 1, Roonstraße 29

kratischen Führung und des DGB an ihre Seite zu bringen, wie es andererseits die Aufgabe der sozialistischen Staaten bleibt, in ihren Verhandlungen mit der BRD die schwankende Bundesregierung in einer Weise zur Konsequenz zu bewegen, die ihr die Chance bietet, sich innenpolitisch durchzusetzen. Nur kann und darf es keine Konzessionen geben, die irgendeine Möglichkeit enthalten, später doch die „Politik der Stärke" wieder aufzunehmen.

Denn die endgültige Stellungnahme der Bundesregierung ist noch keineswegs entschieden. Sie wird die Resultante der Kräfte bleiben, die innenpolitisch auf die Bundesregierung einwirken. Die Macht des verhandlungsunwilligen Flügels des Monopolkapitals ist trotz des Regierungswechsels in Bonn noch immer ungebrochen. Er kann sich auf große Teile der staatlichen Bürokratie (vor allem auch des Außenministeriums und der Armee) stützen, die im Geiste erst des Dritten Reiches und dann der Adenauer-Periode großgeworden sind. Der andere Teil des Monopolkapitals und gewichtige Teile der Regierungsparteien selbst wollen noch immer eine Rückzugsposition von der Hallstein-Doktrin sichern, die übermorgen den neuen Gegenangriff ermöglicht. Die meinungsbeeinflussenden Massenmedien und die Apparate der großen Parteien sind noch immer von diesen beiden Varianten des politischen Systems der Bundesrepublik beherrscht, obwohl der Parteiapparat der SPD durch die Erfahrungen des Dritten Reiches belehrt sein sollte, daß jede Kompromißbereitschaft gegenüber imperialistischen Stimmungen auf lange Sicht auch für ihn selbst selbstmörderisch ist. Der wachsende Druck der wirklich friedenswilligen jungen Generation in Arbeiterklasse und Intelligenz kann aber gleichwohl, wenn er durch geschicktes Taktieren der sozialistischen Staaten unterstützt wird, die Bundesregierung zur Unterstützung der Europäischen Sicherheitskonferenz und zur Anerkennung der DDR und der europäischen Grenzen, die durch den Zweiten Weltkrieg entstanden sind, drängen.

Wolfgang Abendroth

Wachsendes Engagement der USA in Laos

Lange Zeit sprach man von Laos als von einem Nebenkriegsschauplatz des Vietnamkrieges. Dieser verniedlichende Ausdruck ist jedoch längst irreführend. Laos scheint im Gegenteil das Modell zu sein, wie sich US-Präsident Nixon die von ihm angestrebte „Vietnamisierung" des Krieges in Südvietnam vorstellt. Denn die von Thailand aus operierende Bomberflotte, die einst ihre Lasten über Nordvietnam ablud, ist keineswegs arbeitslos geworden. Monatlich werden etwa 12 500 Einsätze gegen Ziele in Laos geflogen. Das ist mehr als auf dem Höhepunkt der Bombenoffensive gegen Nordvietnam. Die Städte und Dörfer der vom Pathet Lao gehaltenen Gebiete existieren nur noch als Trümmerhaufen. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung häufen sich erschreckend. Doch trotz einer derart massiven Unterstützung ist die Kampfkraft der Regierungstruppen nicht sehr hoch einzuschätzen, wie der Kampf um die strategisch wichtige „Ebene der Tonkrüge" zeigt.

Offiziell ist Laos, das durch das Genfer Abkommen von 1954 zusammen mit den anderen Teilstaaten der ehemaligen französischen Kolonie Indochina seine Unabhängigkeit erhielt, neutralisiert. Daß die Laoten trotz dieser Tatsache nicht in Frieden leben können, verdanken sie den USA, die das hinterindische Königreich in ihre

strategischen Planungen mit einbezogen haben. Die laotische Neutralität hielt etwa vier Jahre. In dieser Periode, im Jahre 1957, wurden auch die beiden nördlichen Provinzen Sam Neua und Phong Saly, die während des Befreiungskrieges von der Pathet-Lao-(Freies Laos)-Bewegung Souvanna Phongs erobert wurden, der Zentralregierung in Vientiane unterstellt. Souvanna Phong trat in die Regierung Souvanna Phouma ein. Seine Partei, die Neo Lao Haksat (Laotische Patriotische Front) konnte nun im ganzen Land ihre Tätigkeit aufnehmen.

Diese Entwicklung mißfiel der Regierung in Washington, besonders als die Neo Lao Haksat bei einigen Nachwahlen zu Erfolgen kam. Jetzt zahlte sich der — für ein Land in der Größenordnung von Laos — überaus reichlich fließende Dollarsegen aus, der allerdings weniger dem Land als dessen herrschender Schicht zugute kam. Diese Dollarhilfe setzte Washington bis zur Installierung einer ihm genehmen Führung aus. Der Erfolg ließ nicht auf sich warten: Im August 1958 wurde Souvanna Phouma durch den scharf antikommunistischen General Phoi Sananikone ersetzt.

Damit war es mit dem inneren Frieden des Landes vorbei. Souvanna Phong wanderte bald darauf ins Gefängnis, woraus er nach einiger Zeit wieder entkam. Die Neo Lao Haksat wurde in die Illegalität gedrängt. Der Dschungelkrieg begann mit vorerst vereinzelten Guerillaaktionen wieder aufzuflammen. Bald nach seinem Machtantritt kündigte Sananikone auch das Genfer Abkommen, welches bis dahin dem Engagement Washingtons entgegenstand. Doch trotz forcierter Aufrüstung wurden die Regierungstruppen bis zur Beendigung der internationalen Laos-Konferenz, die 1962 wiederum in Genf stattfand, beinahe bis an den Mekong zurückgedrängt. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch den im August 1960 erfolgten Putsch des Fallschirmjägerhauptmanns Kong Le. Dieser arbeitete, um die ursprüngliche Neutralitätspolitik seines Landes wiederherzustellen und die Wiedereinsetzung Souvanna Phoumas als Regierungschef zu erzwingen, vorübergehend mit dem Pathet Lao zusammen. Später entzweite er sich mit ihm und spielt heute keine Rolle mehr in der laotischen Politik.

Die Genfer Laos-Konferenz brachte nur eine vorübergehende Entspannung. Wieder hielt sich Washington nicht an das Abkommen. Auseinandersetzungen im Lager der ursprünglich von Kong Le geführten neutralistischen Truppenverbände gaben Washington den Vorwand, sich wieder offen zu engagieren. So hielt die in Genf aus den proamerikanischen Elementen, den Neutralisten und der Neo Lao Haksat gebildete Koalitionsregierung nur wenige Monate.

Souvanna Phouma, der seit Genf wieder als Ministerpräsident fungiert, kann sich nur noch auf einen Teil der ehemaligen neutralistischen Fraktion als eigene politische Hausmacht stützen. Deren sozialistisch orientierter Teil kehrte zusammen mit der Neo Lao Haksat Vientiane den Rücken und installierte mit ihr in den von ihren Verbänden gehaltenen Gebieten eine eigene Verwaltung. Souvanna Phouma hingegen arbeitet heute eng mit seinen einstigen Gegnern zusammen. Mit dem auf allen Gebieten spürbaren usamerikanischen Einfluß, der sein Land praktisch auf den Status eines Protektorats herabdrückt, scheint er sich abgefunden zu haben.

Die Regierung in Washington läßt sich ihren Einfluß auf Vientiane pro Jahr etwa 300 Mio. Dollar kosten. In ihrem Auftrag besorgen z. B. zwei amerikanische Luftfahrtgesellschaften praktisch den gesamten zivilen und zum großen Teil auch militärischen Transport in Laos, das über nur wenige befestigte Straßen und keine Eisenbahnen verfügt. Auch für die gesamten Kosten der

Armee, die durch mehrere tausend thailändische Soldaten verstärkt wurde, kommt allein Washington auf. Zudem wächst die zahlenmäßige Stärke des in Laos eingesetzten militärischen Personals der USA ständig und dürfte den Stand von 10 000 Mann längst überschritten haben. Um diese massive Einmischung der USA in den Bürgerkrieg etwas auszugleichen, ist der Pathet Lao gezwungen, sich seinerseits von Nordvietnam unterstützen zu lassen.

In Laos wie in Südvietnam versuchen die USA und die von ihnen ausgehaltenen Regierungen, die Wirtschafts- und Sozialstruktur der befreiten Gebiete zu zerstören sowie jedes geordnete Leben in ihnen unmöglich zu machen. Nur auf diese Weise besteht für sie die Hoffnung, den Widerstand der um Freiheit und soziale Emanzipation kämpfenden Völker zu brechen. Deshalb wird Bombenteppich neben Bombenteppich gelegt, gelangen Napalm und chemische Kampfstoffe zum Einsatz. Deshalb wird die Bevölkerung, soweit sie nicht in den fest unter Regierungskontrolle befindlichen Gebieten lebt (und dem Bombenterror noch nicht zum Opfer gefallen ist), in zahlreichen Fällen gezwungen, ihre Wohnstätten aufzugeben und in KZ-„Flüchtlingslager" zu ziehen. Nach einer solchen Umsiedlungsaktion ist jeder in dem nun offiziell menschenleeren Gebiet vogelfrei. Massaker wie das von My Lay sind durchaus keine Einzelfälle, wie jetzt widerwillig auch von seiten Washingtons zugegeben werden muß.

Bis jetzt haben die USA trotz ihrer drückenden Materialüberlegenheit weder Laos noch Vietnam „pazifizieren" können. Sie werden ihr Ziel auch mit einer „Vietnamisierung" nicht erreichen. Aber wieviele Opfer sollen die betroffenen Völker noch bringen müssen, bis diese Erkenntnis sich in Washington durchsetzt?

Klaus Elliesen

Vo Thi Lien über Son My (My Lay)*)

Ich heiße Vo Thi Lien, bin 12 Jahre alt, in dem Weiler My Hoi, Gemeinde Co Luy, Dorf Son My, Kreis Son Tinh (Provinz Quang Ngai), geboren. Ich habe das Massaker der US-Truppen an 502 Landsleuten meines Dorfes in Son My im März 1968 überlebt. Bei diesem Massaker wurden 87 Einwohner des Weilers My Hoi ermordet, davon waren 18 meine Familienangehörige und enge Verwandte. Ich möchte Ihnen jetzt etwas davon berichten, wie US-Soldaten die Einwohner des Weilers My Hoi ermordet haben.

In den frühen Morgenstunden des 16. März 1968 — wie an jedem Tag — gingen die Einwohner meines Dorfes ihrer Arbeit nach, die einen fuhren mit ihren Booten zum Fischfang auf das Meer, während die anderen auf die Reisfelder zur Bestellung gingen oder Kokosfasern herstellten. Dann beschossen plötzlich die Geschütze von dem Berg Ram und von anderen Stützpunkten aus mein Dorf ununterbrochen. Alle liefen schnell in die Schützengräben hinein.

Als die Beschießung der Artillerie aufhörte, kamen zwei Hubschrauber und feuerten auf mein Dorf. Eine Weile dauerte es, bis die Schießerei aufhörte. Meine Landsleute dachten, es sei jetzt Ruhe, und gingen von ihren Schützengräben hinaus. Gerade in diesem Moment flogen von dem Stützpunkt Chu Lai elf andere Hubschrauber hierher und setzten zur Landung ab. Meine Landsleute liefen zu ihrer Sicherheit wieder in die Bunker.

Die Truppen zogen in meinen Weiler My Hoi. Meine Großeltern und ich saßen auch im Schutzgraben. Meine Großmutter dachte, daß es diesmal vielleicht genauso wie sonst sei, und

*) Wortlaut des Berichts, den die zwölfjährige Vo Thi Lien, Überlebende des Massakers von My Lai, auf der Frankfurter Pressekonferenz der „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" am 15. Februar 1970 gab.

ging hinaus, um nachzusehen, ob sie abgezogen waren. Als meine Großmutter aus dem Schutzgraben herauskam, detonierte eine Reihe von Geschossen. Sie konnte noch kein Wort aussprechen und fiel neben mir um. Danach sah ich einen Blitz, und es folgte darauf eine Explosion. Ich wußte nichts mehr.

Als ich wieder wach war, sah ich auf meinem Körper das von der eben explodierten Granate zerfetzte Fleisch meiner Großmutter. Ich weinte und kroch aus dem Schutzgraben hinaus, um zu suchen, ob es noch jemanden gibt. Vor mir war ein schreckliches Bild. Die Familie Le verlor ihre gesamten 15 Angehörigen. 8 Leichen lagen am Eingang des Bunkers, während die anderen 7 Leichen im Bunker waren. Einige hatten keinen Kopf und keine Arme mehr. Die Leichen wurden so zerstückelt, daß man nicht wieder erkennen konnte, wer das war. Viele Familien wurden restlos erschossen. Frau Mot und ihre zwei Kinder, Frau Trinh und ihr Kind, Frau Hoa und ihre drei Kinder und Frau Mui und ihre drei Kinder usw. lagen alle tot. Die einen wurden durch Bajonette getötet, die anderen niedergeschossen und von Granaten zerfetzt.

Frau Ngon, die schwanger war und deren Entbindung bevorstand, wurde vergewaltigt und dann totgeschossen, so daß das ungeborene Kind herausgeschleudert wurde. Ihre drei Kinder schrien vor Angst. Sie wurden sofort niedergeschossen. Meine Verwandten wurden auf diese Art und Weise niedergemetzelt. Meine Tante Vo Thi Vu, an der sich US-Soldaten mit Gewalt vergehen wollten, wehrte sich dagegen und wurde sofort niedergeschossen. Das Kind meiner Tante war nur ein Jahr alt. Es kroch zu seiner Mutter, um Muttermilch zu suchen. Die US-Soldaten haben sofort die Mutter und das Kind verbrannt.

Meine Tante Frau Le Thi Hong wurde auch erschossen. Die Familie Mai hatte vier Angehörige. Frau Mai wurde niedergeschossen, als sie aus dem Bunker herauskam. Herr Mai wurde an seinem Bart herausgeschleppt, US-Soldaten verbrannten seinen Bart und schossen ihn nieder und traten ihn auch mit Füßen. Frau Muoi — die Tochter der Frau Mai — und ihr Kind wurden von Granaten getötet. Die Familie Tang fand auch den Tod durch Granaten. Die Familie der Frau Thi verlor 8 von den 9 Angehörigen, als ihr Bunker, in dem sie sich versteckt hatten, in die Luft gesprengt wurde. Nur der Junge Duc überlebte, er hatte aber eine Verletzung. Als ich den Schutzgraben aufgrub, um den Jungen zu retten, sah ich Frau Minh im Stehen und ihr Kind sitzend tot. Es war wirklich schrecklich, daß das ganze Dorf nach nur einem Tag so verwüstet und verheert wurde, daß es keinen Menschen mehr gab.

Ich finde im Moment kaum ein Wort, um über alle barbarischen Verbrechen amerikanischer Sondereinheiten zu erzählen, die an meiner Familie und meinen Verwandten verübt wurden. Wenn ich an dieses schreckliche Massaker zurückdenke, so bin ich voller Wut und Empörung, daß es mir die Sprache verschlägt. Die US-Soldaten haben mir viele Angehörige und Verwandte genommen und mein schönes Heimatdorf verwüstet. So sehr, wie ich meine Großmutter und meine Verwandten geliebt habe, so sehr hasse ich die Mörder. Die US-Soldateska ermorderte nicht nur Einwohner meines Dorfes, sondern sie verübte auch barbarische Massaker an unseren Landsleuten in vielen Orten Südvietnams.

Ich habe viele Freunde in Südvietnam getroffen, die ihre Eltern durch US-Bomben verloren haben. Ich hörte von vielen Verbrechen der US-Soldaten an den Familien dieser Freunde. Ich bitte Sie, Mütter, Väter, Onkel und Tanten, mitzuhelfen, daß kein weiterer US-Soldat nach Südvietnam entsendet wird und alle US-Truppen aus Südvietnam abgezogen werden.

Widerspruch und Verspätung

Auf dem Wege zu einem neuen Selbstverständnis der BRD

Von Klaus Ehrler

I

Die Bonner DDR- und Osteuropapolitik ist zwar sichtbar in Bewegung geraten, ihre alten Grundlagen aber hat sie noch nicht verlassen. Die am 25. Februar vor Abschluß der ersten Lesung des Haushaltsplanes 1970 im Bundestag geführte neunstündige Debatte, die auf Verlangen der CDU/CSU-Opposition zum nicht ganz korrekt bezeichneten Thema „Deutschland- und Ostpolitik" stattfand, hat inhaltlich gegenüber der Januardebatte nichts Neues erbracht. Warum wurde sie dennoch so langatmig durchgehalten? Die Opposition wollte beweisen, daß sie nach ihrem schmerzhaften Rollenwechsel bei aller Prinzipienfestigkeit schon so viel Modernität und Elastizität im Umgang mit politischen Formeln und Realitäten hinzugelernt habe, daß die abgesprungenen Wähler ihr das Regierungsgeschäft in Zukunft wieder anvertrauen könnten, ohne befürchten zu müssen, daß die Starrheit der Methoden die Erreichbarkeit der versprochenen Zielsetzungen von vornherein sichtbar ausschließt. Die Regierung der SPD-FDP-Koalition wollte zeigen, daß es keine praktizierbare Alternative zu der von ihr begonnenen DDR- und Osteuropa-Politik gebe, wenngleich damit auch keinesfalls schon ihr Erfolg verbürgt sei; die Mischung von knapper Billigung, zögernder Hinnahme und heftigem Widerspruch, die sie von Seiten der CDU/CSU-Fraktion als Quittung für ihre neue Politik erhielt, ermöglichte ihr im Falle des Mißerfolges sowohl die Markierung einer Rückzugslinie auf die alten Positionen der Großen CDU-SPD-Koalition von 1966/69 als auch den im Moment noch wenig wahrscheinlichen Übergang zu einer nicht nur verbal neuformulierten, sondern auch inhaltlich neufundierten realistischen DDR-, Westberlin- und Osteuropa-Politik, wie man in diesem Falle den undeutlich und undifferenziert als „Deutschland- und Ostpolitik" bezeichneten Themenkomplex aufgliedern müßte. Dem Bundeskanzler kommt es offenbar kurz vor seinen Gesprächen oder gar Verhandlungen mit der Regierung der DDR darauf an, sich alle Möglichkeiten des Ausganges dieser Begegnungen als annehmbar zubilligen zu lassen, um den Bestand seines Kabinetts nicht zu gefährden und die Alternativlosigkeit seiner Politik nicht in Frage zu stellen.

Noch ist es zu früh, von Erfolg oder Mißerfolg zu sprechen, weil die Elastizität der mit der Formel der „besonderen Beziehungen" zwischen BRD und DDR verbundenen Konzeption ebensowenig bekannt ist wie das Ergebnis der Sondierungen Egon Bahrs in Moskau. Es kommt deshalb jetzt darauf an, Kriterien aufzuzeigen, deren Beachtung Willy Brandt zu einem positiven Abschluß seiner Bemühungen um Ausgleich und Verständigung verhelfen könnte. Die konzeptionellen Ungereimtheiten und Widersprüche im Gefüge seiner Außenpolitik sollten nicht erst nach einem eben durch ihr Weiterbestehen möglichen Scheitern der BRD-DDR-Verhandlungen ausgeräumt werden; der dadurch eintretende Zeitverlust käme einem Sieg der CDU/CSU-Opposition gleich und würde die Chancen oder Fortschritte gesamteuropäischer Sicherheitsübereinkommen mindern.

Die als „deutsche Frage" von den Bundesregierungen der Jahre 1949 bis 1969 präsentierten Forderungen müssen analysiert und nach der Erkenntnis ihrer Unzumutbarkeit für Europa zurückgenommen oder wenigstens unwiderruflich fallengelassen werden; in dieser Weise zu Fragen der europäischen Sicherheits- und Friedensordnung umformuliert, können ihre bisher zu undifferenziert gehaltenen, längst verselbständigten und herausprofilierten Einzelaspekte aus dem Nebel der noch immer von Adenauer und Hallstein indoktrinierten Selbstbestimmungs- und Deutschland-Demagogie herausgelöst und zu nützlichen Wegweiserdiensten in eine friedlich-sichere Zukunft verwendet werden.

In diesem Zusammenhang mutet es geradezu grotesk an, wenn Ex-Kanzler Kiesinger die von ihm undifferenziert „gesamtdeutsch" verstandene „deutsche Frage" auf die des deutschen Ansehens in der Welt zurückzuführen unternimmt. Das — nun eigentlich welches? — deutsche Ansehen hat doch im Urteil vieler weltpolitisch maßgebenden Kräfte eben deshalb gelitten, weil seine bundesdeutschen Protagonisten dem Universalitäts- oder Allseitigkeitsprinzip konsequenter Friedens- und Verständigungspolitik weniger verbunden waren als dem Anspruch auf Wiederherstellung vergangener oder auf Neugewinnung künftiger kontinentaler Herrschaftspositionen. Im übrigen war das aus der Versöhnung mit dem Frankreich Robert Schumanns und Charles de Gaulles erwachsene Prestige Adenauers nicht zuletzt auf dessen Bereitschaft zurückzuführen, das nach 1945 als besonderes politisches Nachfolgegebiet des ehemaligen Deutschen Reiches gehaltene Saarland von der Bundesrepublik getrennt zu lassen und einem internationalen Westeuropa-Statut zu unterstellen. Der Verzicht auf eine — wie sich nach der Saarabstimmung zeigte — sogar erreichbare Position war also ein wesentliches Element des Adenauerschen Ausgleichs mit den Westmächten. Die Nachgiebigkeit im Westen war aber der Preis für die Aufstellung unzumutbarer Forderungen in Richtung Osten. Insofern leidet der an sich begrüßenswerte „Westfriede" der BRD am Fehlen seiner Ergänzung und Vollendung durch einen entsprechenden „Ostfrieden". Von der Last dieser lähmenden Einseitigkeit hat sich die neue Bundesregierung noch nicht einmal zu einem Bruchteil befreien können. Noch als Außenminister der Großen Koalition betonte Willy Brandt den Vorrang der NATO vor der UNO für die Bundespolitik, um sich der immer noch bestehenden Aktualität der Feindstaatenklauseln der UN-Charta (Art. 53, 107) zu entwinden. Die zu Adenauers Zeiten als „Neutralismus" diffamierte Universalitätsposition, die damals für ein begrenzt gerüstetes und paktfreies Gesamtdeutschland erreichbar gewesen wäre (man vergleiche dazu die Bestimmungen des sowjetischen Friedensvertragsentwurfes vom März 1952), muß nun wenigstens für die BRD, die DDR und nicht zuletzt für das Sondergebiet Westberlin sinn- und umständegemäß realisiert werden, wenn den Friedensinteressen Europas nicht noch weiterer Schaden entstehen soll.

Universalität aber bedeutet heute vor allem Herstellung und Aufrechterhaltung normaler allseitiger zwischenstaatlicher Beziehungen auf der Basis des geltenden Völkerrechts. Universalität ist auch zu kennzeichnen als Position der strikten internationalpolitischen Nicht-Exklusivität gegenüber allen existierenden Subjekten des Völkerrechts. Solange aber die neue Bundesregierung die wie immer neuformulierten anti-universalistischen Konzeptionen und Forderungen aus der 20jährigen CDU/CSU-Regierungszeit weiter gelten und wirken läßt, kann sie keine effektiv neue Politik beginnen, die endlich Entspannung und Frieden nach allen Seiten verbürgen würde. Die Gefahr eines Rückzuges der SPD-FDP-Koalition auf die alte CDU-SPD-Linie der Großen Koalition wurde bereits durch den Verzicht des Kanzlers signalisiert, im Bericht „Zur Lage der Nation"

die bereits ausgedruckten Formulierungen zur Mehrstaatlichkeit und zur Hallstein-Doktrin stehen zu lassen: „Die deutsche Nation ist auf dem Boden Deutschlands in seinen tatsächlichen Grenzen von 1970 gegliedert in zwei deutsche Staaten und das besondere Besatzungsgebiet Berlin ..." „Die BRD erhebt nicht den Anspruch, irgend jemand zu vertreten, der von ihr nicht vertreten werden will. Sie maßt sich keine Gewalt an, die in die Verantwortung der Regierung der DDR fällt." Um die Brandt—Scheel-Regierung noch weiter von ihren zögernden und widerspruchsvollen Ansätzen zu realistischerer politischer Orientierung abzubringen, richtete der CSU-Abgeordnete Guttenberg halb lobend und halb drohend einen beschwörenden Appell an das historische Gewissen und politische Selbstverständnis der Sozialdemokratie: „Für uns alle in diesem Hause, in unserem Volk, für unser Vaterland und für unsere Demokratie ist es unverzichtbar — unverzichtbar sage und meine ich —, daß es eine starke, gesunde und — erlauben Sie mir das Wort — in gewisser Weise im Sinne Schumachers nationale deutsche Sozialdemokratie gibt" (Bundestag, 6. Wahlperiode, 24. Sitzung, 16. 1. 1970, S. 963 f.).

Damit knüpfte der CSU-Politiker bewußt an die verhängnisvolle Burgfriedens-Tradition der SPD von 1914 an, die die Anpassung an den auf Expansion und Krieg drängenden innenpolitischen Gegner dem Kampf um Frieden und allseitige Verständigung vorzog, dessen Erfolg natürlich schärfste innere Auseinandersetzungen bis zu den Formen des Generalstreiks und gewaltsamer Konflikte hätte erfordern können, deren Bilanz aber keinesfalls bei über zwei Millionen Kriegstoten gelegen hätte. Der Ausbruch der SPD aus der Großen Koalition nach der Bundestagswahl im September 1969 erschien nun besonders dem rechten CDU-Flügel und der CSU als der große Gefahrenpunkt, an dem die Sozialdemokratie die seit Wehners Juni-Rede von 1960 hinsichtlich der Wiedervereinigungskonzeption eingeschlagene Anpassungslinie an CDU/CSU wieder verlassen könnte. Zwar hatte auch Willy Brandt damals schon festgestellt, daß „Gemeinsamkeit" in außenpolitischen Fragen zwischen CDU/CSU und der SPD-(und FDP-)Opposition bestehen müsse, „weil es in einer Reihe wichtiger Fragen keine Alternativen mehr gibt" („Außenpolitik", 1960, S. 718 ff.), aber — so fürchtet jetzt die CDU/CSU-Fraktion — was würde eintreten, wenn SPD und FDP 1970 die Opposition zu einer Gemeinsamkeit in der unumgänglich gewordenen Anerkennungspolitik zwingen wollten und dies auf Grund der verfassungsrechtlich wie politisch starken Stellung des Kanzlers auch wagen würden? Franz Josef Strauß ist sich darüber so im klaren, daß er als wirksamsten Weg der Kritik an Brandt und Scheel die Frage der Grundgesetzwidrigkeit der mit der regierungsamtlichen Feststellung zweier deutscher Staaten begonnenen neuen Bonner Politik stellte. Denn: mit der so einschneidenden prinzipiellen Infragestellung neuer substantieller Momente der Regierungsrichtlinien hofft Strauß ein Maximum der alten CDU/CSU-Richtliniensubstanz auch im Rahmen der SPD-FDP-Koalitionspolitik retten zu können; sein Auftreten am 25. Februar 1970 im Bundestag war deshalb absichtlich auf staatsmännisches Maß berechnet; die Vilshofener Ausverkaufs-Tiraden wurden klug umsublimiert. Strauß weiß genau, daß unter den veränderten internationalen Bedingungen die von ihm propagierte Konzeption eines exklusiven west- und mitteleuropäischen Wirtschafts- und Militärblocks, der die Rolle der vierten Weltmacht einnehmen soll, nur wenig chancenreich ist; den mit den Bemühungen um ein gesamteuropäisches Friedenssystem verstärkten Tendenzen zur vollen Wiederherstellung des vor 25 Jahren in der UN-Charta verankerten und von U Thant häufig bekräftigten Universalitätsprinzips will er dadurch entgegenwirken, daß er dessen Anwendung und selbstverständliche Praktizierung im Umgang mit dem Völkerrechtssubjekt DDR

auf Grund des Staats- und Verfassungsrechts der BRD für unmöglich erklärt. Damit stellt der CSU-Vorsitzende aber nicht nur theoretisch das wegen seiner grenzüberschreitenden Geltungsansprüche sehr umstrittene und entspannungshemmende BRD-Staatsrecht über einen Hauptgrundsatz des Völkerrechts — er will darüber hinaus den praktischen Verwirklichungsanspruch der Anti-Status-quo-Elemente des Bonner Grundgesetzes als andauernd aktuelle politische Regierungsrichtlinie durchsetzen, unabhängig von Kabinettswechseln oder -umbildungen. Abgesehen von der Tagesfrage, wie diese Tendenzen und Vorstellungen innenpolitisch zurückgedrängt werden können, erhebt sich für Verfechter konsequenter Friedens- und Entspannungspolitik also die Frage, wie derart substantiell und prinzipiell gegen das Universalitätsgebot des Völkerrechts gerichtete und nicht nur theoretische Ansätze ebenso prinzipiell und substantiell unmöglich gemacht werden können. Wenn in der Gegenwart zunächst politische Fragen im Zusammenhang des europäischen Sicherheitsproblems einen Vorrang vor juridischen Fragen haben, so kann das doch auf die Dauer kein Freibrief für Normen und Bestimmungen des Einzelstaatsrechts sein, die mit unerläßlichen Prinzipien des Völkerrechts nicht übereinstimmen oder sogar in direktem Widerspruch dazu stehen. Die von Golo Mann aufgeworfene Frage der inneren Anerkennung der BRD durch sich selbst erhält aus der Blickrichtung der Notwendigkeit der Anpassung des Staatsrechts und Verfassungsrechts an das geltende Völkerrecht zusätzliche Beantwortungskriterien.

II

Eben weil nun die gegenwärtige Periode der möglichen Neuorientierung der Bundespolitik noch nicht klar und eindeutig erkennen läßt, ob und wie weit gewisse realistische Ansätze ernstzunehmen und erfolgversprechend sind, empfiehlt es sich, die aktuellen Kriterien der Beurteilung durch eine historisch-politische Betrachtung der noch immer wirksamen Orientierungstraditionen und Verhaltensmuster aus der jüngeren deutschen Reichsgeschichte sowohl zu begründen als auch — im Sinne besserer Unterscheidungsfähigkeit — zu verschärfen. Je sensibler die Maßstäbe, um so solider die mit ihrer Hilfe gewonnene Erkenntnis.

Es genügt nicht mehr, isolierte Einzelphänomene der Politik „an sich" zu beurteilen; ihr Stellenwert muß bestimmt werden. Zwei immer wiederkehrende, teils unabhängig voneinander, teils kombiniert und dann besonders brisant wirkende Tendenzen der deutschen Reichspolitik der letzten 100 Jahre sind es, deren Nach- und Weiterwirkung das Entscheidungsgeschäft der neuen Bundesregierung negativ belastet: 1) der schon erwähnte Anti-Universalismus oder Anti-Internationalismus, der von einem Gefühlskomplex der nationalstaatlichen Unstablilität oder Unterwertigkeit her zu exklusiver Überbetonung der spezifischen und partikularen Eigentümlichkeiten des „deutschen Wesens" (Emanuel Geibel um 1870) gelangt, dem universell-internationalistische Orientierungen wie etwa die der katholischen Kirchen- und Soziallehre fast ebenso verdächtig gemacht wurden wie diejenigen der nach 1848 entstandenen internationalen Arbeiterbewegung, deren Internationalismus für das offizielle deutsche Reichsempfinden auch dadurch nicht erträglicher wurde, daß ihre Lehrmeister Karl Marx und Friedrich Engels Deutsche preußischer Staatsangehörigkeit waren; 2) ein teils wirtschaftlich, teils „völkisch"-rassistisch verbrämter territorialer Expansionismus, dessen Anti-Status-quo-Tendenz aus dem Gefühlskomplex des Entwicklungs-Nachholbedarfs einer zu lange von feudalen Fesseln gebremsten Bürgerklasse erklärbar ist, die — infolge ihres zur Isolierung führenden Anti-Interna-

tionalismus oder Anti-Universalismus zu wenig aufgeschlossen — sich als nicht lernfähig genug erwies, den gesunden vom zerstörerischen Nationalegoismus zu unterscheiden. Beide Tendenzen, denen man für den von einem feudal-bürgerlichen Selbstverständnis her geprägten Teil der Deutschen fast den Charakter von Nationaleigenschaften zusprechen kann, weil sie sich durch die Zwangsläufigkeiten mehrerer Wiederholungen seit 1870 verfestigt haben, sind in der offiziellen Politik der Bundesrepublik seit 1949 noch und wieder wirksam und entscheidungsbestimmend geworden; wer sie überwinden hilft, trägt nicht nur zur Lösung aktueller politischer Fragen bei, sondern auch zum Abbau schlechter Traditionen, also zur vielbeschworenen Bewältigung der Vergangenheit.

Der Übergang der bisherigen zentralen Regierungsparteien CDU und CSU in die Opposition hat die politische Optik verändert, nicht aber die bestimmenden Strukturen. Deshalb darf auch der vielbeachtete Streit zwischen Springer-Konzern und SPD-FDP-Koalition nicht als Zeichen gänzlicher Neuartigkeit der Bonner Politik mißverstanden werden. Die Zustimmung, die Staatssekretär Ahlers den Anti-Springer-Argumenten der APO regierungsamtlich mit der Distanz von zwei Jahren gab, bedeutet nicht, daß die außerparlamentarische Opposition der Jahre 1967/69 schon mittelbar zur Regierungspartei geworden ist. Unter dem zwingenden Einfluß der internationalen Lage, des gestiegenen politisch-sozialen Selbstbewußtseins der Arbeiter, der Frauen und der Jugendlichen sowie der Entwicklungsmängel der Infrastruktur der Bundesrepublik, die in der Preislawine und dem Bildungsnotstand nur die augenfälligsten Symptome zeigen, muß die Bundesregierung zur Verringerung der Krisenanfälligkeit des ihr anvertrauten Gemeinwesens die ihr von ihren Vorgängern vererbte Realitätslücke zwischen überhöhtem Anspruch und tatsächlich gegebenem Handlungsspielraum der BRD-Politik endlich schließen. Willy Brandt ist dabei den Belastungen der Fehlentwicklungen der reichsdeutschen und der bundesdeutschen Geschichte dieses Jahrhunderts ausgesetzt; daß sein Handeln dadurch unter den Stigmata der Widersprüchlichkeit und der Verspätung steht, muß nicht schon Erfolglosigkeit und Scheitern bedeuten, wenn es sich als einen von Lernprozessen mitbestimmten und ständig begleiteten Entwicklungsgang versteht. Die Umgründung der Bundesrepublik auf die Fundamente folgerichtiger Status-quo-Politik in Territorialfragen und nicht-exklusiver Universalitätspolitik in Bündnisfragen sowie allen internationalen, völkerrechtlichen und diplomatischen Angelegenheiten und Beziehungen ist ein zumindest mittelfristiges Programm, dessen Erfüllung aber nicht nur langfristige Entspannung nach außen, sondern vor allem auch strukturelle Verbesserungen im Innern ermöglicht: der unbefriedigende gesellschaftspolitische Status quo der BRD, der durch die ungelösten Gleichberechtigungs- und Mitbestimmungsprobleme charakterisiert ist, kann durch die schrittweise Verwirklichung dieses Programms ebenso schrittweise überwunden werden wie die in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen der BRD enthaltene, besonders durch die Hallstein-Doktrin bedingte „organisierte Friedlosigkeit" (Senghaas).

III

Der Anti-Universalitätskomplex der reichsdeutschen Geschichtsepoche hat sich zunächst innenpolitisch in den Kämpfen Bismarcks gegen die Zentrumspartei und den als „Ultramontanismus" diffamierten politischen Katholizismus sowie gegen die Sozialdemokratie und ihre „reichsfeindliche" Bindung an die internationale Arbeiterbewegung, gegen die „vaterlandslosen Gesellen" also, entwickelt, ausgeprägt und durchgesetzt. Später, mit dem Anwachsen des Hurra-

Patriotismus und Antisemitismus, kam zu diesen Feindfixierungen auf die verhaßte „schwarze" und die gefürchtete „rote" Internationale noch der Kampf gegen die beneidete „gelbe" Internationale der als nicht genügend national orientiert verdächtigten Bankmagnaten der „jüdischen Hochfinanz". Mit der Bildung des Dreibundes Deutschland—Österreich/Ungarn—Italien schuf Bismarck mitten in Friedenszeiten einen exklusiven Militärblock in Europa, der die Gleichmäßigkeit und Ausgewogenheit der internationalen Beziehungen belastete und erstmals nach zwei Generationen wieder das spannungsfördernde Prinzip der Dauerbündnisse verwirklichte, die nicht auf Konflikts- oder Kriegszeiten beschränkt blieben. So wurde das gesamteuropäische Gleichgewichtssystem des 18. und 19. Jahrhunderts bereits in den letzten Regierungsjahren Bismarcks durch die anti-universalistische Blockpolitik des Deutschen Reiches in Frage gestellt. Die schwache Unterstützung oder sogar gezielte Behinderung internationaler Friedensbestrebungen durch diplomatische Vertreter des kaiserlichen Deutschen Reiches zeigte sich etwa auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz von 1907, als der Chefdelegierte Kaiser Wilhelms II., Marschall v. Bieberstein, wie ihm später nachgerühmt wurde, es fertig brachte, die Abrüstungsfrage aus dem Konferenzprogramm ersatzlos zu entfernen. Der Primat der nationalstaatlichen Hochrüstung gegenüber dem Prinzip der prophylaktischen Friedenssicherung durch internationale Schiedsgerichtsbarkeit ist also kurz vor dem Ersten Weltkrieg vom Deutschen Reich als weitergeltende Norm des Völkerlebens erzwungen worden; sehr zum Schaden seiner eigenen Entwicklung: Rußland, der Initiator der Haager Friedenskonferenzen, und sogar die USA, die nach ihrem Sieg über Spanien die kontinentalen Grenzen ihrer Politik überschritten, befürworteten schon damals den Ausbau der schiedsrechtlichen Ausgleichsinstitutionen — eine weitschauende deutsche Reichspolitik hätte also genügend Spielraum und Erfolgschancen gefunden, mit den beiden künftigen Weltmächten einen neuen Stil internationaler Friedenspolitik zu entwickeln und zu praktizieren. Stattdessen setzten die führenden Schichten des Deutschen Reiches auf den Erfolg ihrer Konfrontations-Strategie, mit der sie die schwächeren Nachbarn der Dreibund-Koalition häufig bluffen und zum Nachgeben zwingen konnten, bis eben 1914 dieses Rezept des begrenzten Konflikts und Risikos versagte, weil England den deutschen Einmarsch in Belgien nicht ruhig hinnehmen konnte. Hier führte die Kombination von reichsdeutschem Anti-Universalismus und territorialem Expansionismus erstmals zur weltweiten Katastrophe. Natürlich „wollte" niemand in der Reichsregierung den Weltkrieg, schon weil er zu riskant sein mußte. Aber man erwartete Einsicht und Nachgiebigkeit jeweils von der Gegenseite; diese Verletzung des Grundsatzes der Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung war kurzsichtig und verhängnisvoll, auch wenn es dem Kaiser und seinem Kanzler damals vor 1914 „nur" darum ging, die wirtschaftliche und strategische Machtbasis des Deutschen Reiches ohne großen Krieg Stück um Stück zu erweitern. Man dachte — wie Wilhelm II. es schon formulierte — an die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa", zumindest aber an die Bildung eines unter deutscher Hegemonie stehenden Wirtschaftsblockes „Mitteleuropa", der den sogenannten drei Weltreichen Rußland, USA und Großbritannien ebenbürtig begegnen könnte; die harten Bedingungen der deutschen Friedensdiktate von Brest-Litowsk und Bukarest, die noch kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges im März 1918 den Völkern Osteuropas auferlegt wurden, geben eine Probe der Zukunft, die Europa im Falle des Sieges der Ludendorff, Tirpitz und Hindenburg zu erwarten gehabt hätte; an dieser starren Expansionspolitik der deutschen Regierung sind 1917 auch die Friedensvermittlungsversuche Papst Benedikts XV. gescheitert, der vergeblich einen klaren Verzicht

der Deutschen auf die Annexion Belgiens als Grundlage erfolgreicher Verhandlungen vorgeschlagen hatte.

Nach dem Abschluß des Versailler Friedensvertrages im Jahre 1919 ging die deutsche Anti-Status-quo-Politik in angepaßt verkleinertem Maße weiter: auf den Landkarten wurden fortan die Grenzen von 1914 als gestrichelte Geisterlinien deutlich und beziehungsreich mit eingezeichnet, sogar noch nach dem Locarno-Vertrag von 1925, in dem Stresemann doch wenigstens die deutsche Westgrenze, d. h. den Verzicht auf Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy, als endgültig anerkannt hatte. Nach 1945 ging es — wiederum in angepaßter Verkleinerung — weiter mit der Politik der gestrichelten Anspruchsgrenzen: diesmal waren es die zwischen 1919 und 1938 verschmähten Grenzen, die vielberufenen Grenzen von 1937, die als Zeichen neuer deutscher Expansionspolitik auf die Land- und Wetterkarten projiziert wurden. Immerhin — es war in diesem Falle nur noch eine westdeutsche Anti-Status-quo-Politik, deren Vertreter ihre Unbelehrbarkeit oder mangelhafte Lernbereitschaft dokumentierten.

Die nach der Entstehung der Bundesrepublik gegründete Deutsche Demokratische Republik verkündete außer ihren für Deutschlands Staatlichkeit neuen innen- und gesellschaftspolitischen Prinzipien auch neue Maximen friedlicher Außenpolitik: Anerkennung des Status quo, d. h. der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen und schon praktisch vollzogenen Grenzziehungen; friedliche Koexistenz auch unter Staaten verschiedenartiger Sozial- und Wirtschaftsstrukturen. Dabei war zunächst nur an die äußeren Grenzen Deutschlands gedacht worden, denn in Übereinstimmung mit der Losung der DDR-Regierung „Deutsche an einen Tisch" hofften die Befürworter einer antifaschistisch-demokratischen Erneuerung deutscher Staatlichkeit, die Bonner Bundesregierung trotz anfänglicher Weigerung an den Verhandlungstisch bewegen zu können. Es ging damals für Demokraten, Sozialisten und Pazifisten darum, die zum Abschluß des deutschen Friedensvertrages erforderlichen Voraussetzungen zur Konstituierung Deutschlands als eines souveränen und verantwortlichen Völkerrechtssubjekts zu ermitteln und zu schaffen; denn bis 1954/55 waren bekanntlich beide deutsche Regierungen noch den jeweiligen Militärverwaltungen der Großmächte der Anti-Hitler-Koalition unterstellt. Die Bundesregierung entzog sich damals nicht nur den Vorschlägen und Angeboten der DDR-Regierung, eine gemeinsame Basis (gesamt)deutscher Völkerrechtssubjektivität zu schaffen, sie begnügte sich in den Pariser Verträgen von 1954 gegenüber den westlichen Großmächten mit der Inanspruchnahme einer begrenzten Souveränität, die diesen Mächten Kontroll- und Einspruchsrechte beließ (Deutschland-Vertrag, Artikel 2, 6 und 7); für die Gebiete der DDR und Westberlins, ja sogar für die ehemaligen Ostprovinzen des 1945 untergegangenen Deutschen Reiches, die nach dem Potsdamer Abkommen polnischer und sowjetischer Hoheit unterstehen, verlangte die Bundesregierung indessen von den NATO-Staaten und anderen mit ihr diplomatische Beziehungen aufnehmenden Staaten die Zubilligung eines vollsouveränen ausschließlichen Vertretungsrechtes, d. h. die Anerkennung als einziges souveränes deutsches Völkerrechtssubjekt. In Verbindung mit der Hallstein-Doktrin, die den dazu in Widerspruch stehenden Regierungen den Abbruch oder die Verweigerung diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik androhte, führte diese Anti-Status-quo-Politik zu permanenten Verschärfungen der internationalen Lage in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Weiterbestehen und Steigerung der daraus erwachsenen politischen Spannungen trugen erheblich zur Beschleunigung des atomaren und konventionellen Wettrüstens bei und begünstigten die Herausbildung der modernen eskalativen internationalen Droh- und Abschreckungs-

systeme, deren Kostspieligkeit die Lösung akuter Zivilisationsprobleme (Hunger, Analphabetismus) erheblich blockiert oder verzögert.

Nach dem Scheitern der Versuche zur Schaffung einer gemeinsamen gesamtdeutschen Völkerrechtssubjektivität, die entweder für einen Einheitsstaat oder für eine Konföderation zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages autorisiert gewesen wäre, blieb zur Herstellung normaler völkerrechtlicher Verhältnisse nur der Weg der zweifachen deutschen Völkerrechtssubjektivität übrig. Dadurch erst wurde die nationale Frage der Deutschen in Ost und West zum internationalen Problem. Gerade zu dem Zeitpunkt, der mit dem Genfer Gipfeltreffen der Großen Vier (Juli 1955) erstmals deutlich das Ende des verschärften Kalten Krieges der beiden Weltmächte USA und UdSSR signalisierte, begann mit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik und dem aus diesem Anlaß erfolgten Gründungsakt des Warschauer Paktes die Belastung der internationalen Atmosphäre durch die deutsche Frage. Die Weigerungen der Bundesregierung, die Oder/Neiße-Grenze anzuerkennen, Gesamtdeutschland zu neutralisieren und einen starken sozialistischen Mitbestimmungsanteil in Politik, Wirtschaft und Gesellschaftsorientierung eines antifaschistisch-demokratischen Staates zu akzeptieren, d. h. die verhängnisvolle deutsche Anti-Status-quo-Vergangenheit in der Außenpolitik und ihren infrastrukturellen Grundlagen endlich zu bewältigen, führte also nicht nur zur deutschen Zweistaatlichkeit, sondern darüber hinaus zur einer Wiederbelebung des Kalten Krieges auf der internationalen Ebene der Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes.

So wie im Jahre 1917 die deutsche Weigerung, auf den Anschluß Belgiens ans Reich zu verzichten, die günstigen Momente für Friedensverhandlungen ungenutzt ließ, blockierte von 1955 an die Bonner Forderung nach Wiedervereinigung, d. h. praktisch nach Einbeziehung der DDR in den NATO-Bereich, alle naheliegenden Wege zur Abrüstung und Entspannung in Europa. Die durch den NATO-Hintergrund der Bundesrepublik effektiv gewordene Veto-Gewalt der Bundesregierung behinderte die ernsthafte Prüfung von Truppenreduzierungs- und Rüstungsminderungsplänen selbst dann, wenn sie von verbündeter Seite kamen. Diese Parole „Erst Wiedervereinigung, dann Abrüstung und Entspannung" lähmte jeden Fortschritt der vielfachen deutschen und internationalen Bemühungen um die Bildung eines funktionsfähigen europäischen Sicherheitssystems bis hin zur Zeit der Großen Koalition CDU/CSU-SPD am Ende der sechziger Jahre. Die Diffamierung der „Anerkennungspartei" durch den Kanzler der Großen Koalition, Kiesinger, seine Wortschöpfungen vom „Phänomen" oder „Gebilde" DDR sowie seine Feststellung, daß nur das Bundeskabinett ganz Deutschland völkerrechtlich vertreten könne, setzten die schon gescheiterte Politik Adenauers mit Unterstützung der SPD fort, die ihren realistischen Deutschlandplan von 1959 nach kurzer Zeit kampflos aufgegeben hatte. Der Übergang der SPD von der Ollenhauerschen Position, die ein kollektives, d. h. allseitiges europäisches Sicherheitssystem forderte, zur Wehnerschen Anpassungspolitik an den NATO-Kurs der CDU/CSU verlängerte die verhängnisvolle Anti-Status-quo-Linie der Bundespolitik um weitere Jahre. Nach der Ablehnung des Deutschen Friedensplanes, den die DDR im Juli 1961 unter Aufnahme wesentlicher Elemente des SPD-Deutschlandplanes als Entspannungs- und Verhandlungsgrundlage vorgeschlagen hatte und der noch einmal den Versuch bedeutete, die deutsche Frage bereits auf nationaler Ebene weitgehend zu lösen, verschärfte sich noch einmal der internationale Spannungszustand, bis schließlich die von den Staaten des Warschauer Paktes verfügte Schließung der Grenze zwischen Westberlin und der DDR die Adenauersche Anschluß-Wiedervereinigungskonzeption zunichte

machte und damit den territorialen Status quo Europas sichtbar fixierte und stabilisierte. Weder der relative Mißerfolg Adenauers bei der darauffolgenden Bundestagswahl im September 1961 noch sein Rücktritt im Herbst 1963 bewogen die SPD zur Wiederaufnahme ihrer realistischen Sicherheits- und Entspannungsvorschläge aus den fünfziger Jahren. Erst die Rezession der Wirtschaftsentwicklung 1966 und die Impulse der außerparlamentarischen Opposition verstärkten die ausbaufähigen Positionen und Ansätze in der SPD. Das attraktiver gewordene Sozial- und Wirtschaftssystem der DDR, das sich nach 1961 von den durch die offene Grenze bedingten materiellen Verlusten erholt hatte, trug ebenfalls zur Kräftigung des Anerkennungs- und des Mitbestimmungsflügels der SPD bei. Ein weiteres wichtiges Moment zur Bremsung der durch CDU/CSU und NPD forcierten Anti-Status-quo-Politik war die Verärgerung der USA und der UdSSR über den Bonner Widerstand gegen den Atomwaffensperrvertrag, dessen Verwirklichung den Status quo der nuklearen Rüstungsverhältnisse in der Welt garantieren soll. Die Kombination der Infragestellungen des territorialen und des rüstungsmäßigen Status quo durch die Bundesrepublik wurde in allen Lagern der internationalen Szene mit Sorge beobachtet, so daß die Bonner Wachablösung nach der Bundestagswahl vom September 1969 allenthalben mit Erleichterung aufgenommen wurde. Angesichts der Wahl des 1950 aus Protest gegen Adenauers Aufrüstungspolitik als Innenminister zurückgetretenen Dr. Gustav Heinemann zum neuen Bundespräsidenten und der erfolgreichen SPD-FDP-Koalitionsbildung durch Willy Brandt und Walter Scheel schien nun erstmals seit langem die Möglichkeit zu bestehen, den durch das bisher verflossene 20. Jahrhundert hindurchgeschleppten traditionellen Fehlerzirkel verhängnisvoller deutscher Anti-Status-quo-Politik aufzubrechen und für immer zu verlassen; erstmals bestand die tatsächlich greifbare Chance, die langvererbte illusionsgefüllte Realitätslücke in der Welt der politischen Vorstellungen zu schließen, d. h. Vorstellung und Wirklichkeit zur Deckung zu bringen. Schon wegen der eminenten Bedeutung dieser neu entstandenen Perspektiven der Bonner Szene erhielt die neue Bundesregierung manchen gutgemeinten Vorschußlorbeer.

Mit dem Erfolg der Anerkennungspartei bei der Kanzlerwahl und Kabinettsbildung ist der Kampf gegen die effektiv-verbindliche Anerkennung der Realitäten aber keineswegs aufgegeben oder beendet; der Übergang zu indirekten Methoden und sublimeren Formen der Expansions-Politik auch in CDU und CSU hatte schon in der Zeit der Großen Koalition begonnen. Mit vieljähriger Verspätung wurde ein terminologisches Einlenken praktiziert: statt „Zone" sagte man „die andere Seite", die Gänsefüßchen blieben immer öfter weg, und in seinem Antwortschreiben an den Regierungschef der DDR gebrauchte Bundeskanzler Kiesinger 1967 die korrekte Amtsbezeichnung des Ministerpräsidenten Willi Stoph, wenn er sich auch nicht dazu durchringen konnte, die DDR beim Namen zu nennen. Diese im Grunde noch immer status-quo-feindliche Haltung widersprüchlicher und verspäteter Teilanpassungen an die international dominierend gewordene Atmosphäre entspannungsorientierter Verhandlungs- und Ausgleichsbereitschaft bestimmte den Kurs der Großen Koalition, und ohne die wachsenden Tendenzen zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, ohne den zunehmenden Trend der insbesondere von der APO und Teilen der FDP artikulierten öffentlichen Meinung in Richtung Anerkennung hätten sich die Bonner Akzente nicht von der Illusionsseite der offiziellen Lagebeurteilung schrittweise entfernt.

Im März 1969 bestärkten das positive internationale Echo auf den Budapester Appell der Konferenz der Warschauer-Pakt-Staaten zur Einberufung einer

europäischen Friedens- und Sicherheitskonferenz und die Wahl Gustav Heinemanns zum neuen Bundespräsidenten die Chancen einer nahe bevorstehenden Überwindung und Beendigung der Bonner Anti-Status-quo-Politik. Das zunächst nur für die Präsidentenwahl geschlossene Wahlbündnis von SPD und FDP erweckte durch seinen Erfolg neue, aber durchaus auch einige alte, zeitweilig für überholt gehaltene Hoffnungen und trug erheblich zu der rasch um sich greifenden Polarisierung der politischen Standpunkte und Meinungen in der Bundesrepublik bei. So konnte der Bundestagswahlkampf des Sommers 1969 als der seit langem politischste geführt und von der neuen Koalition SPD-FDP knapp gewonnen werden. Die realisierbare Möglichkeit, den Bonner Kurs der restaurativen Illusionen und gescheiterten Politik der Stärke zu verlassen und zu ersetzen durch schöpferische Ausnutzung und infrastrukturelle Weiterentwicklung des Status quo, war damit nach 20 Jahren Bundesrepublik zum ersten Male gegeben. Die Feststellung des Budapester Appells: „Der Weg zu gutnachbarlichen Beziehungen, zu Vertrauen und zur Verständigung hängt vom Willen und den Anstrengungen der Völker und Regierungen aller europäischen Regierungen ab" erhielt durch den Bonner Regierungswechsel gesteigerte Aktualität.

IV

Schon bald wurde der allmähliche Klimawechsel, der mit der Bildung des neuen Bundeskabinetts einzusetzen begann und der mit dem vorweihnachtlichen Briefwechsel der Staatsoberhäupter von DDR und BRD einen ersten sichtbaren Erfolg gezeitigt hat, durch die Debatten in und zwischen den Bonner Parteien vor und nach der Brandt'schen Regierungserklärung „Zur Lage der Nation", nicht zuletzt auch durch die situationsbelastende Tagung von Bundestagsausschüssen in Westberlin auf eine sehr ernste Probe gestellt. Ein Heinemann-Antwortbrief an Walter Ulbricht macht allein noch keinen Sommer der Entspannung, einige neue Töne und Formulierungen im Regierungsvokabular der Bundesrepublik bedeuten noch keine greifbare Realitätsverbesserung der politischen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

Eben wegen dieser vorerst fast nur in Worten bestehenden Neuansätze der Politik Willy Brandts muß man jetzt politische Formeln weitaus kritischer unter die Lupe nehmen als früher — sogar in bezug auf bisher unzweideutige Begriffe. „Zwei Staaten deutscher Nation" oder „die beiden deutschen Staaten" — wird man das nach den Unklarheiten, manipulativen Ungereimtheiten und Widersprüchen beim Wortgebrauch des Terminus „deutsche Nation" im Bonner Bundestag noch unvoreingenommen und ungeprüft sagen können, wenn es einem ernst ist mit einer demokratischen, progressiven und friedensorientierten Auffassung des Begriffes Nation?

Gewiß ist es zu begrüßen, daß — mit zwanzigjähriger Verspätung — nun die Gänsefüßchen endgültig verschwunden sind und daß von „zwei Staaten auf deutschem Boden" oder „in Deutschland" amtlich die Rede ist, ja daß sogar Verhandlungen „auf der Ebene der Regierungen ohne Diskriminierung" zwischen DDR-Ministerrat und Bundesregierung angeboten werden, während es vor zehn Jahren noch hieß: „Mit Pankow wird nicht gesprochen"; gewiß gibt es atmosphärische Fortschritte mit ansatzweiser Orientierungskraft für die Bonner DDR-Politik. Aber trotz aller Wortakrobatik und Formulierungskunst der neuen Bundesregierung bleibt eine alte kritische Grundfeststellung bestehen, die bisher immer und immer wieder gegenüber dem Kurs der Bundespolitik zu treffen war: der jeweils erforderliche realistische Schritt zur Vereinbarung und Verwirklichung positiver Übereinkünfte unterblieb. Was heißt es denn, wenn der Kanzler in

seinem Lagebericht am 14. Januar beteuert, „im übrigen müssen die allgemein (?) anerkannten Prinzipien des zwischenstaatlichen Rechts gelten, insbesondere der Ausschluß jeglicher (?) Diskriminierung, die Respektierung der beiderseitigen Grenzen", ferner „auch die Verpflichtung, die gesellschaftliche Struktur im Gebiet des anderen Vertragspartners nicht gewaltsam ändern zu wollen"? Es heißt: „im übrigen ..." — aber im Grunde soll gelten: „Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR kommt für uns nicht in Betracht". Damit werden die allgemein anerkannten Prinzipien des zwischenstaatlichen Rechts, d. h. doch sinnvollerweise des Völkerrechts, damit wird der Ausschluß jeglicher Diskriminierung des anderen Vertragspartners doch wieder zurückgenommen, und es bleibt als Ergebnis der fatale Schluß: in Einzelheiten und von Fall zu Fall zwar Bereitschaft zur Normalisierung mit der DDR, nicht aber allgemein und grundsätzlich.

Wer könnte oder wollte auf so ungewisser, auf so unsicherer Basis neue Friedensordnungen begründen? Die allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts wurden von Seiten der Bundesrepublik infolge der Hallstein-Doktrin und im Anschluß an die alte Anti-Universalitätsposition des Kaiserreichs eben nicht nach allen Seiten praktiziert — und sollen offenbar nun auch durch die neue Bundesregierung nicht in vollem Maße auf die Beziehungen zur DDR Anwendung finden. Die völkerrechtliche Normalität der Beziehungen zwischen BRD und DDR ist aber das Kriterium der Ernsthaftigkeit des Bonner Verhandlungs- und Entspannungswillens. Die jetzt strapazierte Formel „Die DDR darf kein Ausland sein" soll emotionale Widerstände gegen eine solide Begründung gleichberechtigter Beziehungen mobilisieren. Die kurz- bis mittelfristig angelegte Wiedervereinigungs-, d. h. Annexionspolitik etwa nach dem Muster des Österreich-Anschlusses von 1938, mußte ersetzt werden durch die Politik des „geregelten Nebeneinanders", das durch „Beziehungen besonderer Art" gekennzeichnet sei.

Immerhin — ein Stück verspäteten Realismus kann man darin sehen, aber eben nur ein Stück. Das vom CDU-Vorsitzenden Kiesinger in der Januardebatte des Bundestages wiederholte Begriffsarsenal des Kalten Krieges, das die „Zone" zum „Satelliten" zurückstufen wollte, nahm sich vor der in Bewegung geratenen Bonner Kulisse makaber und deplaziert aus, darf aber die jetzigen Positionen der neuen SPD-FDP-Koalition noch keineswegs als der politischen Weisheit letzten Schluß erscheinen lassen. „Geregeltes Nebeneinander" von Staaten kann es nur auf uneingeschränkter völkerrechtlicher Basis geben; jede Ausnahmeklausel wäre die Hintertür für Revisions- und Revancheforderungen — die deutsche Geschichte lehrt es.

Die Ungleichmäßigkeit der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten Westeuropas einerseits und zu den Staaten Osteuropas andererseits hat in der entsprechenden Verhaltens- und Verfahrensweise der vielfach zu harmlos eingeschätzten Weimarer Republik ihr warnendes Beispiel und unheilvolles Vorbild: Während im Locarno-Vertrag von 1925 gegenüber Belgien und Frankreich Gewaltverzicht und Grenzanerkennung verbindlich besiegelt wurden, gewährte die Reichsregierung den Polen und Tschechoslowaken nur das magere Entgegenkommen des Abschlusses von Schiedsverträgen zur Regelung kleinerer Streitigkeiten; Grenz- und Integritätsgarantien für die östlichen Nachbarn — also das noch nach 1945 vielgenannte „Ost-Locarno" — kamen für das auf Revanche und Wiederherstellung der Ostgrenzen von 1914 bedachte Establishment des Deutschen Reiches und seine Regierung nicht in Betracht. Prompt entzündete Hitler die ersten Kriegshandlungen des Zweiten Weltkrieges an den ungarantierten Ostgrenzen Deutschlands; daß später auch die einst in Locarno garantierte West-

grenze kein Hindernis für Expansion und Aggression bildete, war nur das konsequente Ergebnis der Lückenhaftigkeit und Systemlosigkeit des damaligen europäischen Verfahrens bei Grenzgarantieverträgen und Nichtangriffspakten: Jede unklare oder offengelassene Stelle gefährdet schließlich das Ganze; und auch zunächst unbetroffene Nachbarn oder Nachbarsnachbarn müssen Verunsicherung und Bedrohung befürchten, wenn ihr übergreifendes Sicherheitssystem auch nur einen schwachen oder unklaren Punkt übrigläßt. Durch den Austritt aus dem Völkerbund noch im Jahre 1933 warf Hitler eine wichtige universalitätspolitisch wirksame Bremse seiner Expansionspolitik ab.

Nach ihrer Teilsouveränisierung im Jahre 1955 hat die BRD Ausgleichs- und Grenzregelungsverträge mit ihren westlichen Nachbarstaaten auf der Basis des Völkerrechts abgeschlossen, weil sie andernfalls wertlos gewesen wären. Bemerkenswerterweise hat die Normalisierung im Westen der Bundesrepublik also mit Verträgen begonnen, nicht aber, wie zur Begründung der Ablehnung des DDR-Vertragsentwurfes aus Bonn verlautete, ihren Abschluß gefunden. Das Großherzogtum Luxemburg, einer der souveränen und gleichberechtigten Vertragspartner, hat bis 1867, also bis zur Zeit Bismarcks, zu Deutschland gehört; und obwohl, wie auch die Januardebatte des Bundestages über die Lage der Nation zeigte, diese Periode der Geschichte des 19. Jahrhunderts noch immer viele Maßstäbe für die Bundesrepublik hergibt, kam doch nach 1955 niemand in Bonn auf die Idee, dem deutschsprachigen Luxemburg die uneingeschränkte Völkerrechtssubjektivität abzusprechen. Warum also soll um des Friedens und der allseitigen Sicherheit willen dasselbe allgemeine Prinzip der völkerrechtlichen Fundierung vertraglicher zwischenstaatlicher Regelungen nicht auch für den Nachbarstaat DDR gelten?

Die jetzt aufgegebene Anschluß-Formel „Wiedervereinigung" findet also offenbar in dem neuen Ausdruck „Einheit der zweistaatlich gegliederten Nation" ihre umständebedingte sinngemäße Fortsetzung, nur eben längerfristig, elastischer, realitätsnäher konzipiert. Willy Brandt würde sich auf die Dauer mit einem solchen bloßen Gangwechsel, dem kein echter Kurswechsel entspräche oder folgte, der Chance berauben, den Umkehrpunkt zur endgültigen Überwindung der mit Franz Josef Strauß kontrovers diskutierten schwarz-weiß-rot/braunen imperialistischen reichsdeutschen Vergangenheit zu finden und für die Bundesrepublik zu meistern. Der gegen den Kanzler erhobene Vorwurf der Geschichtslosigkeit ist vom CSU-Vorsitzenden darauf angelegt, ihn vor dieser Entscheidung zurückschrecken zu lassen. „Geschichtslosigkeit" bedeutet für reaktionäre Konservative wie Strauß jede Haltung, die zum definitiven Ausbruch aus der verhängnisvollen Kontinuität imperialer Traditionen bereit ist. Daß zur Erhaltung von Leben und Frieden ganzer Völker oftmals nur der Bruch mit überholten Traditionen aussichtsreich und möglich ist, können — im Lager der Konservativen — nur progressive Konservative begreifen.

Solange und soweit das Adjektiv „deutsch" vor dem Wort Nation automatisch die Absage an die völkerrechtliche Fundierung der „besonderen Beziehungen" zwischen BRD und DDR bedeutet oder bedeuten soll, wird nicht nur der politische Sprachgebrauch manipulativ mißbraucht, sondern auch der universellen Sicherung des internationalen Friedens ein abträglicher und schlechter Dienst erwiesen. Wenn der Begriff einer fiktiven Einheit der deutschen Nation als massenpsychologisch wirksame Waffe zur sublimen Fortsetzung des Kalten Krieges gegen Staat und Gesellschaft der DDR verwendet wird, ist es um des Friedens und der unstundbaren Wahrheit willen besser, die sozialhistorischen Kriterien der Nationenbildung zur Prüfung der gegenwärtigen Lage heranzuziehen und

anzuwenden. Schon eine kurze Reflexion dieser Art ergibt folgenden Befund: In den Jahren vor und bis 1945 waren die Deutschen Angehörige einer Gesellschaft, die mehr durch Leiden und Sterben als durch Geburt, Leben und emanzipatorisches Erblühen ihrer Menschen auf gemeinsamem Boden gekennzeichnet war und darum eher als „Mortion" denn als „Nation" klassifiziert zu werden verdiente. Nach 1945 aber, insbesondere seit 1949, völkerrechtlich definitiv seit 1955, sind die jungen Deutschen in Ost und West auf den Grundlagen und Territorien verschiedener und sogar in den Hauptprinzipien entgegengesetzter Sozialstrukturen geboren und großgeworden, so daß objektiv zwei junge deutschsprachige Nationen im Wachsen begriffen sind, deren Realität noch durch die weit in die Zeit vor 1945 zurückreichenden, wenn auch keineswegs gleich und übereinstimmend bewerteten Erinnerungen der Älteren verdeckt wird. Es ist darum für die Gewinnung einer hoffnungsvollen Zukunft vernünftiger, über die Gestaltung friedlich-produktiver Lebensbeziehungen zweier junger deutscher Nationen nach- oder besser: für sie vorauszudenken, als der verblassenden Gemeinsamkeit der 1955 von der Zeitmauer der Pariser Verträge generationenmäßig abgeschlossenen deutschen Alt-Nation ressentimentgeladen nachzutrauern. Das Leben und Wachsen zweier Nationen aus historisch gemeinsamer Wurzel in Frieden ist besser als das kriegs- und bürgerkriegsträchtige Gleichschalten emanzipationsorientierter Volksteile und -schichten im künstlich beanspruchten oder machtpolitisch aufrechterhaltenen Rahmen der staatlichen Einheit einer Nation. Die regional- und sozialgeschichtlichen Ursachen der Herausbildung sowohl der schweizerischen als auch der niederländischen Nation liefern dafür lehrreiche Beispiele. Nach dem Scheitern der habsburgischen Versuche, diesen Teilen des alten deutschen Reiches ihren dynastisch-absolutistischen Herrschaftsanspruch aufzuzwingen und sie den sozialen Interessen ihres Feudalsystems dienstbar zu machen, blieb den freien Bauern-Eidgenossenschaften in den Ur-Kantonen wie später auch dem städtischen Handelsbürgertum der Generalstaaten der freien Niederlande nur der politisch-soziale Emanzipationsweg der selbständigen Nationenbildung übrig. Im Westfälischen Frieden 1648 wurden beide Länder als Subjekte des Völkerrechts bestätigt.

Angesichts der politischen und sozialen Niederhaltung und Verfolgung der organisierten Arbeiterschaft im Deutschen Reiche der Bismarckzeit (Sozialistengesetz 1878—1890), der Weimarer Republik (Sozialistenermordungen, Noskes Putsch von oben gegen die Rätebewegung) und des Nationalsozialismus war es selbstverständlich, daß nach 1945 die deutsche Arbeiterbewegung alles daransetzen würde, ihre Klassenemanzipation im Zuge der Befreiung vom Faschismus endgültig und vollständig zu verwirklichen. Es gelang den Führern der Großindustrie und Großlandwirtschaft in der Bundesrepublik aber, diesen auch für andere unemanzipierte Volksschichten beispielgebenden Prozeß der politisch-sozialen Selbstbestimmung der Arbeiterbewegung in ihrem Herrschaftsbereich zu stoppen und teilweise rückgängig zu machen, so daß er nur für die gesellschaftliche Entwicklung der DDR bestimmend blieb. Die Sozialisierungsvorschriften mancher bundesdeutschen Landesverfassung bilden — deplazierten erratischen Gesteinen von fremden Gestirnen vergleichbar — stumme Denkmäler progressiver Konzeptionen aus dieser ersten, hoffnungsvollen Nachkriegsperiode.

Die Ratifizierung des mit dem Bonner NATO-Beitritt verkoppelten „Deutschland"-Vertrages im Frühjahr 1955, gegen die die auch von DGB und SPD getragene Paulskirchen-Bewegung vergeblich ankämpfte, machte aus diesem sozialen Spaltungsakt, der einem großen und lebenswichtigen Teil der Nation die politische Gleichberechtigung und Mitbestimmung versagte, einen völkerrechtlichen Spal-

tungsakt, der das bundesdeutsche Sozialsystem der unvollendeten Emanzipationen dem Schutz und Einfluß der übrigen 14 NATO-Verbündeten des CDU/CSU-Regierungslagers für ein halbes Jahrhundert unterstellte und dafür im wesentlichen nur die friedensgefährdende NATO-Unterstützung des Bonner Anspruchs auf die DDR und Westberlin einhandelte. Die Inanspruchnahme der vollen Völkerrechtssubjektivität für Deutschland durch die Bundesrepublik und die sie beherrschende CDU/CSU war eine international verankerte und darum fast unumkehrbare Absage sowohl an die soziale Einheit der Nation in echter politischer Chancengleichheit als auch an die staatliche Einheit der Nation in praktizierbarer Verständigungsbereitschaft nach allen Seiten. Das Verbot der KPD anderthalb Jahre nach Ratifizierung des NATO-Beitritts, dem bundesdeutschen Veto gegen das Universalitätsprinzip, und des Deutschland-Vertrages, der völkerrechtlichen Fixierung der Expansionspolitik, d. h. der beiden Kernstücke der Pariser Verträge, war die konsequente innenpolitische Vollendung dieser Phase der Spaltungs- und Blockierungspolitik der restaurativen Nachkriegsstrategie. Da die DDR außenpolitisch real nicht verboten werden konnte, sollte sie durch den die deutsche Völkerrechtssubjektivität usurpierenden Alleinvertretungsanspruch in Verbindung mit der diplomatisch isolierenden Hallstein-Doktrin von der Ebene der internationalen Politik ferngehalten und aus dem Netz völkerrechtlicher Beziehungen ausgeklammert werden. Der Staatsvertrag der UdSSR mit der DDR vom 20. September 1955 bestätigte die Völkerrechtssubjektivität der DDR, ließ dabei aber gleichberechtigte Verhandlungen beider deutscher Staaten ausdrücklich zu (im Gegensatz zum Deutschland-Vertrag der BRD, der alles, was beide deutsche Staaten zusammen angeht, dem Spruch der NATO-Mächte unterwirft oder vorbehält), dokumentierte also erstmals völkerrechtsrelevant die deutsche Zweistaatlichkeit.

Ob von dieser Zeit an die getrennte Staatenentwicklung von BRD und DDR zur getrennten Nationenbildung führen würde, war eine Frage ihrer gegenseitigen Beziehungen. Die auch nach der Adenauer-Ära fortgesetzte Nichtanerkennungspolitik führte zu immer unvergleichbareren Stufen der infrastrukturellen Entwicklung beider Staaten. Ohne den Erinnerungs-Überbau im Bewußtsein der über 40 Jahre alten Deutschen in Ost und West wäre es vielleicht schon vor einiger Zeit zur Artikulierung spezifischer Positionen der jungen, auf getrennten Territorien geborenen und aufgewachsenen Generationen und damit zum Ansatz des deutlichen Bewußtseins eigenständiger Nationenbildungen gekommen. Es ist klar, daß der soziale Emanzipationsrückstand in der BRD für die Jugend vor allem infrastrukturelle Probleme aufwirft und entsprechende Programme hervorruft, während der Jugend der DDR der Bewußtseinsrückstand des unpolitischen Teils der älteren Generation und des antikommunistisch beeinflußten Bereichs der öffentlichen Meinungsbildung in westlichen und neutralen Ländern zu schaffen macht. Die als Folge des Kalten Krieges bisher nicht ausreichend genug zum Zuge gekommene spezifische Selbstdarstellung des sozialen Emanzipations- und Entwicklungsmodells der DDR in nichtsozialistischen Ländern bringt es ungerechterweise noch immer mit sich, daß die vielen interessanten und neuartigen Elemente dieses Modells trotz der schon vielfach gewachsenen Beachtung noch nicht entfernt die öffentliche Würdigung gefunden haben, die ihrer Qualität angemessen wäre. Mit dem Wachsen entsprechend verständnisvoller Resonanz aber wird das sozialspezifische Selbstbewußtsein der Jugend der DDR neue Grade nationaler Eigenprofilierung annehmen. Jeder zukunftsorientierte Politiker Westeuropas und der USA sollte dies rechtzeitig bedenken. Vor allem diejenigen, die von Amts wegen zur Lage der Nation (welcher?) etwas sagen wollen, müssen realisieren, daß zumindest nach objektiven sozialhistorischen Kriterien die

sich differenzierenden Nationenbildungen in BRD und DDR in vollem, wenn auch noch in fast durchgehend ignoriertem Gange sind.

V

Insgeheim sind sich die Vertreter der CDU/CSU darüber schon mehr im klaren als die der SPD. Ihre strikte öffentliche Tabuisierungs- und Nichtachtungstaktik gegenüber der DDR soll zur Verhinderung oder Löschung der gesellschaftlichen und geistigen Ausstrahlungen ihres sozialistischen Modells auf lange Dauer führen, um sowohl sein exemplarisches Übergreifen auf die Strukturen des eigenen Bereichs zu blockieren als auch durch kommunikatives Trockenlegen vieler seiner Außenverbindungen die Minderung seiner Attraktivität sowie Verluste an Substanz und Erneuerungskraft hervorzurufen. In einer Sendung des BRD-Deutschlandfunks drückte der der CDU nahestehende Publizist Dietrich Schwarzkopf es so aus: „Die Anerkennung der DDR zum gegenwärtigen Zeitpunkt (11. Mai 1969) bedeutet auch die Anerkennung der Übernahmefähigkeit des DDR-Modells. Man mag einwenden, die DDR erkenne ja auch die Bundesrepublik an, ohne deren Modellcharakter als übernahmefähig zu akzeptieren . . ." Die Bundesrepublik aber könne sich das nicht leisten.

Der Modell-Aspekt der Anerkennungsfrage macht verständlich, warum die CDU/CSU selbst auf die bisher nur halben Schritte der SPD-FDP-Koalition so allergisch und fast verzweifelt reagiert: die Distanz der Nichtachtung und Nichtzurkenntnisnahme ist unterschritten und aufgehoben, — und selbst bei einem von Kiesinger für so bald herbeigesehnten Regierungswechsel zurück zur CDU/CSU gäbe es für sie kein einfaches Zurück zur alten Tabu-Position. Hier liegen die eigentlich „unwiederbringlichen Positionen", deren Preisgabe durch Willy Brandt die jetzigen Oppositionsführer Kiesinger und Barzel so bitter beklagten. Die bei der CDU/CSU verstärkt angestrebte Adenauer-Renaissance hat ebenfalls hier ihre tiefste Wurzel: denn „Was soll aus Deutschland werden?" fragte der erste Bundeskanzler 1954 bang beim Abschluß der Pariser Verträge, als er an die Bundesrepublik dachte, die er ideologisch durch seine patriarchalische Konzeption des Christentums und völkerrechtlich durch möglichst unwiderrufliche Einzementierung „in NATO" gegen den universellen Einfluß des Kommunismus immunisieren wollte. Würde sein Isolierungs-Experiment auf die Dauer funktionieren können? Mit dem KPD-Verbot hatte er zwar seinen entschiedensten innenpolitischen Gegner in die Illegalität verdrängen können, mit dem Hinauszögern und schließlich stets erneuerten Verweigern realer Verhandlungen über Abrüstung, Wiedervereinigung und nach 1955 über Konföderation die DDR lange hinhalten und über die bis 1961 offene Westberliner Grenze dazu noch wirtschaftlich und arbeitskräftemäßig bluten lassen; die existenzielle Alternative zu seinem anti-emanzipatorischen System deutscher Politik aber war auch durch diese permanenten Bemühungen seiner langen Regierungszeit nicht auszuschalten gewesen. Die tantenhaft konservative Formel „Keine Experimente", die von der CDU/CSU bis zum Überdruß wiederholt wurde, hatte deshalb insofern eine ironische Berechtigung, als ja die Hauptunternehmung der Adenauerschen Politik, die DDR zu isolieren, auszuschalten und direkt oder indirekt an das westliche Paktsystem anzuschließen, selbst als ein einziges großes und risikoreiches Experiment anzusehen ist, das keine weiteren neben sich dulden konnte, um nicht gleich von vornherein zu scheitern. Nach dem mit Billigung seines im Sterben liegenden Freundes John Foster Dulles erfolgten Zustandekommen der Genfer Außenministerkonferenz der großen Vier vom Mai 1959, an der die beiden deutschen Außenminister v. Brentano (BRD) und Bolz (DDR) als Beobachter

an den berühmten „Katzentischen" teilnehmen konnten, erkannte Adenauer wieder wie 1954 blitzartig die Gefahren, die von einer international gestützten Politik des völkerrechtlich stabilisierten Status quo für sein System innen- und außenpolitisch organisierter Annexions-Strategie ausgehen müßten: Anfang Juni 1959 verzichtete er auf seine Präsidentschafts-Kandidatur, um sein antirealistisches Experiment von der Stärke-Position des Kanzlers aus selbst weiter zu kontrollieren. Dieses Mißtrauen gegen alle möglichen Nachfolger war in gewisser Weise schon das heimliche Eingeständnis des unvermeidlichen Scheiterns seiner Konzeption. Es ging ihm von dieser Stunde des Präsidentschaftsverzichts an im wesentlichen darum, Zeit zu gewinnen zur verbal-demonstrativen Aufrechterhaltung der alten illusorischen Ansprüche und dies die anderen möglichst lange nicht merken zu lassen; denn was sollte sonst aus seinem Deutschland, der Bundesrepublik, werden? Wenn ihr offizielles Selbstverständnis als Ausgangsbasis einer ausgreifenden Reichs-Renaissance zumindest in den Grenzen von 1937 den Boden der Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit verlöre? Zehn Jahre lang, von 1959 bis 1969, konnte dieses System der kalkulierten Illusionen und Realitätslücken noch aufrechterhalten werden, zehn kostbare Jahre lang, in denen Deutschland dadurch gehindert war, sei es als einheitlicher Staat, sei es durch das Wirken seiner beiden Staaten, an der Völkergemeinschaft der Vereinten Nationen vollen Anteil zu nehmen und ein stabilisierender Faktor des Weltfriedens zu sein. Um Adenauer die positive Transformation seines Scheiterns zu ermöglichen und leicht zu machen, schlug Anfang der sechziger Jahre Walter Ulbricht, der 1960 als Nachfolger des verstorbenen DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck Vorsitzender des neuerrichteten Staatsrates der DDR geworden war, den Abschluß eines zehnjährigen Gottesfriedens zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik vor, der als ein politischer Waffenstillstand im Kalten Krieg der Bundesrepublik die Chance eröffnet hätte, ohne Gesichtsverlust und ohne ausdrückliches Eingeständnis der Unerfüllbarkeit ihrer Grundforderungen zu sich selbst in den Grenzen von 1949 zu finden oder, wie Golo Mann es gesagt hat, sich endlich selbst anzuerkennen, und zwar, wie um der Gründlichkeit willen hinzuzufügen ist, in ihrem Dasein und Sosein, nicht in ihrem illusorischen Anders- und Größerseinwollen. Insofern war der Bau der Mauer in Berlin eine wichtige Stufe auf dem Wege des realistischen Selbstbewußtwerdens der Bundesrepublik. Die traditionelle Anti-Status-quo-Position der feudalen und großbürgerlichen Deutschen hat sie mit dem vor unseren Augen vollzogenen und hoffentlich letzten Scheitern endlich aus einem zu lange bewahrten politischen Außersichsein herausgerissen. Sie sollten ihren Staat, die Bundesrepublik Deutschland, so lieben lernen, daß sie seinen Bestand und seine Grenzen nicht mehr zu verändern wünschen. Wie sagte doch Dietrich Schwarzkopf am 11. Mai 1969: „Man mag einwenden, die DDR erkenne ja auch die Bundesrepublik an, ohne deren Modellcharakter als übernahmefähig zu akzeptieren. Das ist ein Problem der DDR." Eben nicht — denn für sie ist die Koexistenz zweier Staaten mit unterschiedlicher Sozialstruktur und Bündnisorientierung auf dem Boden des untergegangenen Deutschen Reiches kein Problem, sondern im Gegenteil deren Anerkennung eine Hauptmaxime ihrer friedlichen Außenpolitik.

VI

Die internationale Pressekonferenz des Vorsitzenden des Staatsrates vom 19. Januar 1970 hat die Position der DDR zur Frage des gegenseitigen Verhältnisses der beiden deutschen Staaten als Subjekte des Völkerrechts noch einmal systematisch dargestellt und geklärt, so daß an der Verhandlungsbereitschaft der Regierung der DDR ebensowenig Zweifel bestehen kann wie an der Unerläß-

lichkeit der für sie unverzichtbaren Voraussetzungen sinnvoller und wirklich weiterführender Verhandlungen mit der neuen SPD-FDP-Regierung in Bonn. Aus der historisch-politischen Analyse des Entstehungsprozesses von BRD und DDR zog Walter Ulbricht ausführlich und unmißverständlich die aktuellen Konsequenzen für die Deutschlandpolitik der DDR, die nun jeder ernstnehmen muß, der — von den Interessen und Standpunkten der bundesdeutschen und der Westberliner Deutschlandpolitik ausgehend — glaubhafte und erfolgversprechende Entspannungs- und Normalisierungsschritte unternehmen will. Dabei darf die bündige Form des Vertragsentwurfes, in der Basis und Perspektive der DDR-Position artikuliert sind, nicht als Ausdruck einer Politik der Maximalforderungen fehlinterpretiert werden: die perfekte Form des Entwurfs läßt auf der Basis solider Prinzipien verifizierter Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung inhaltlich vieles positiv Auszuhandelnde offen; es kommt deshalb in diesen Wochen darauf an, den alten bundesdeutschen Fehlerzirkel von gewollten und ungewollten Mißverständnissen und Fehlhaltungen zu beenden und die von der DDR noch immer offengehaltene weiterführende Verhandlungsbasis vorbehaltlos zu akzeptieren.

Die in Moskau und in Warschau geführten Vorbereitungsgespräche der Bundesregierung zur Aufnahme von Verhandlungen über gegenseitigen Gewaltverzicht mit der UdSSR und mit der Volksrepublik Polen können nämlich ohne entsprechende Vorbereitungen zur Aufnahme völkerrechtlich normaler Beziehungen zwischen BRD und DDR nicht von Erfolg gekrönt sein. Der Versuch, die Staaten des Warschauer Paktes diplomatisch auseinanderzudividieren oder gar gegeneinander auszuspielen, würde an der wiederholt bekräftigten Gemeinsamkeit des diplomatischen Vorgehens ihrer Regierungen scheitern. Insofern ist das Unterfangen, in jeder anderen Hauptstadt Osteuropas etwas anderes heraushören zu wollen, von vornherein wenig aussichtsreich.

Die Sternstunde der Einladung Willy Brandts in die DDR muß verantwortungsvoll und aufmerksam wahrgenommen werden. Mit begrüßenswerter Deutlichkeit betonte Ministerpräsident Willi Stoph in seinem Brief vom 11. Februar: „Es handelt sich letztlich um Probleme von Frieden oder Krieg, um die Gewährleistung der Sicherheit für die schöpferische Arbeit der Menschen in der DDR und der BRD." Alle Restpositionen der alten, jetzt deutlich illusorisch gewordenen Bonner Politik sollten rechtzeitig genug durch neue Ansätze ersetzt werden, die in keiner Weise mehr dem fast hundertjährigen imperialen Expansionstrend und der seit Bismarck gepflegten anti-universalistischen nationalen oder Bündnis-Exklusivität verpflichtet sind. Insofern sollten der Kanzler und seine Berater auch jenen Satz aus der Protestnote des Außenministeriums der DDR vom 10. Januar 1970 im Ohr haben, der ihnen psychologisch bei den Gesprächen in der Hauptstadt der DDR am schwersten zu schaffen machen könnte: „... die selbständige politische Einheit Westberlin (ist) ein wichtiges Element des bestehenden territorialen Status quo in Europa ... und die Achtung ihres Status (bildet) eine unerläßliche Voraussetzung für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit ..." Solange der Bundeslandanspruch auf Westberlin direkt oder indirekt aufrecht erhalten wird und etwa stattfindende Bundestagungen nicht zu gemeinsamen Sitzungen von kompetenzmäßig einander entsprechenden Gremien der BRD und Westberlins zu angemessenen Themen wirklich gemeinsamen und nicht nur einseitigen Interesses umstrukturiert werden, können nämlich auch die den BRD-DDR-Verhandlungen möglicherweise parallellaufenden Verhandlungen der Großmächte über die Zukunft Westberlins keine menschlich relevanten politischen Verbesserungen erbringen.

Zur realen Einschätzung der fast magischen Formel „Gewaltverzicht" wird es notwendig sein, die politischen Mindestinhalte sinnvoller zwischenstaatlicher Vereinbarungen, die in Form verbindlicher Verträge getroffen werden können, zu beachten: die Anerkennung aller vertragschließenden Staaten als Subjekte des Völkerrechts. Wer nämlich wirklich auf jede Gewalt im zwischenstaatlichen Verkehr verzichten will, muß alle Subjekte dieses Verkehrs als solche ernstnehmen; denn Gewaltverzicht ohne anerkannten Gegenstand potentieller Gewaltanwendung ist sinnlos und irreführend. Die Anerkennung der beiderseitigen Völkerrechtssubjektivitäten von BRD und DDR ist also eine notwendige Voraussetzung jeder seriösen Gewaltverzichtsvereinbarung.

Von der rhetorischen „Stunde der Wahrheit" sollten Bundesregierung und Bundestag in diesem Sinne gemeinsam zu einer Tag für Tag praktizierten Tagesordnung der Wahrheits- und Realitätsprüfung ihrer Positionen übergehen. Dieses unspektakulär zu betreibende Geschäft müßte in Nüchternheit und Klarheit folgende Elemente und Ansätze erbringen, wenn die auf eine europäische Sicherheitskonferenz orientierten Bestrebungen nicht chancenlos bleiben sollen:

— Die Bereitschaft der Bundesregierung, verbindlich zu erklären, daß sie die Bundesrepublik als einen, nicht aber als den einzigen Nachfolgestaat des untergegangenen Deutschen Reiches ansieht und angesehen wissen will;

— Normalisierung des Verhältnisses zur DDR durch ihre Anerkennung als Völkerrechtssubjekt und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen;

— Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO, Öffnung der Chance für Westberlin, in den Spezialorganisationen der UNO voll mitzuarbeiten; Aufnahme diplomatischer Beziehungen der DDR zu allen NATO-Staaten und der BRD zu allen Warschauer-Pakt-Staaten als abschließende Verwirklichung des Universalitätsprinzips;

— Aufgabe des Bundeslandanspruches gegenüber Westberlin und Abschluß eines Vertrages, der die Funktionsverbindungen zwischen BRD und Westberlin in Übereinstimmung mit dessen geltender Verfassung von 1950 fundierend und begrenzend regelt;

— Einräumung der Verhandlungsfreiheit für den Westberliner Senat, entsprechende Vereinbarungen mit der Regierung der DDR über die Funktionsverbindungen zwischen der DDR und Westberlin auszuhandeln;

— völkerrechtsverbindliche Anerkennung aller gegenwärtigen Grenzen einschließlich derjenigen zwischen BRD und DDR sowie zwischen Westberlin und DDR, insbesondere aber der Oder/Neiße-Grenze, deren emotionale Ablehnung in der Bundesrepublik so viel politisches Porzellan zerschlagen hat;

— Ergänzung der formalen Gewaltverzichtsvereinbarungen durch vertraglich parallelisierte drastische Abrüstungsschritte, die die auf der Basis des territorialen Status quo mögliche politische Entspannung durch eine militärische Entlastung der Staatshaushalte und Zukunftsperspektiven stabilisieren könnten;

— Abkehr von der Argumentation mit illusorischen traditionellen Rechtstiteln und Ansprüchen, die der kontroversen Zuspitzung politischer Spannungen Tür und Tor öffnen, stattdessen Argumentation von den friedensnotwendigen Erfordernissen universeller Zukunftssicherung aus, die neue Maßstäbe setzt und unkonventionelle politische Verhaltensweisen verlangt.

Die Bundesrepublik muß aus dem Fehlerzirkel der Widersprüche ihrer zum größten Teil aus der Adenauerzeit geerbten politischen Maximen mit der internationalen Wirklichkeit endlich heraus; sie will den Ausgleich mit der UdSSR, der

wichtigsten europäischen Macht der Großen Vier — warum weigert sie sich auch in der Anfangsphase der Politik ihrer neuen Regierung noch, den Weg universeller Verständigung zu beschreiten, auf dem die DDR in keiner Weise — auch nicht völkerrechtlich — auszuklammern ist und den die UdSSR zur Voraussetzung des erstrebten Gewaltverzichtsvertrages, eventuell auch einer möglichen Suspension der Feindstaatenklauseln machen wird? Die Bundesrepublik muß auch endlich aus der Frustration der politischen Verspätungen heraus, mit denen sie die internationalen Realitäten zu berücksichtigen und einzukalkulieren pflegt: will sie sich schuldig machen, die völkerrechtliche Basis der kooperativen internationalen Inangriffnahme großer Zivilisationsprobleme unserer Epoche zu blockieren?

Mit der Beendigung der alten, leider bisher immer wieder und wieder erneuerten deutschen Anti-Status-quo-Politik, deren Verhängnisse die Welt in diesem Jahrhundert oft genug heimsuchten, könnte Bundeskanzler Willy Brandt einen neuen Anfang setzen, der nicht nur für die Bundesrepublik von Vorteil und Segen wäre.

Hinter einer Mauer des Schweigens

Zu einigen Problemen des Kampfes von Guinea-Bissau gegen den portugiesischen Kolonialismus

Von Barbara Schilling und Karl Unger

Kolonialismus — dieser Begriff, der eng mit den Leiden der Völker der „dritten Welt" verbunden ist, gehört noch immer zum politischen Vokabular unserer Zeit. Wenn auch die meisten Länder Asiens und Afrikas in den letzten fünfundzwanzig Jahren ihre nationale Unabhängigkeit gewonnen haben, so leben doch immer noch Völker in kolonialer Abhängigkeit. Die größte europäische Kolonialmacht ist heute Portugal, das mit allen Mitteln versucht, die afrikanischen Länder Angola, Guinea-Bissau und Mozambique weiter in seiner Abhängigkeit zu halten und den Völkern alle Rechte zu verwehren. Vor neun Jahren hat zunächst in Angola, später dann auch in den beiden anderen Ländern der bewaffnete Kampf gegen die portugiesische Kolonialarmee begonnen. Der folgende Artikel von Barbara Schilling und Karl Unger stellt am Beispiel Guinea-Bissaus die Entwicklung der Befreiungsbewegung der portugiesischen Kolonien dar. Einen Kolonialkrieg an drei Fronten könnte Portugal, das ärmste Land Westeuropas, ohne ausländische Unterstützung nicht führen. In welchem Ausmaß Portugal finanzielle und militärische Hilfe von den anderen Mitgliedsstaaten der NATO erhält, versucht der Artikel von Sietse Bosgra und Christiaan van Krimpen aufzuzeigen. Dieser Artikel ist eine gekürzte Übersetzung einer unter dem gleichen Titel vom niederländischen Angola-Comité im November 1969 herausgegebenen Veröffentlichung. D. Red.

Unbeachtet von der westdeutschen Öffentlichkeit, die ganz besonders daran Interesse haben müßte, wird seit mehr als sechs Jahren in dem kleinen „Portugiesisch"-Guinea (nicht größer als Baden-Württemberg) ein bewaffneter Befreiungskampf gegen die portugiesischen Kolonialherren geführt, der in seinem Ausmaß und seiner Intensität längst „vietnamesischen" Charakter [1]) angenommen hat. Im folgenden wollen wir versuchen, einen kurzen Überblick über die Geschichte des portugiesischen Kolonialismus in Afrika zu geben, Strategie und Taktik der PAIGC [2]) und den aktuellen Stand der Kämpfe zu erläutern, sowie abschließend auf die Verbindung zwischen kolonialer Unterdrückung und Militärhilfe durch die NATO, insbesondere die BRD, und deren ökonomische Interessen hinweisen.

I

> *„Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära" (Marx)* [3]).

Daß in diesem von Marx beschriebenen Verhältnis der Versklavung und Ausbeutung der kolonialen Gebiete Amerikas, Afrikas und Asiens einerseits und der ursprünglichen Akkumulation andererseits Portugal nur die eine Seite des Verhältnisses repräsentierte, die aufgehäuften Werte jedoch nicht in Portugal ihre Umwandlung in industrielles Kapital erfuhren, sondern vor allem in Holland, wo die portugiesischen Reichtümer gegen die niederländischen Manufakturprodukte eingetauscht wurden, sollte sowohl für die überseeischen Besitzungen wie für das Mutterland von ausschlaggebender Bedeutung werden. Nachdem Portugal bis zur ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts das Monopol im Ostindienhandel an die Holländer eingebüßt hatte, verwandelte es seine Stützpunkte an der afrikanischen Küste (1447 Entdeckung Guineas, 1456 der Kapverdischen Inseln, 1483 der Kongomündung, 1498 Mozambiques) in ein „Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute".

Rund 300 Jahre lang erfreute sich Portugal der Gewinne aus dem Sklavenhandel. Mit der Abschaffung desselben (1856 legislativ, faktisch aber erst 1857) — wodurch die portugiesische Wirtschaft in eine schwere Krise gestürzt wurde — verloren die Niederlassungen in Afrika für Portugal ihre ökonomische Bedeutung. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts verfielen sie zunehmend in Stagnation und Vergessenheit. Am beginnenden Konkurrenzkampf der europäischen imperialistischen Mächte um die Aufteilung der inneren Märkte des afrikanischen Kontinents beteiligte sich das nach der Unabhängigkeit Brasiliens wirtschaftlich und militärisch geschwächte Portugal zwar; es konnte auch seine Besitzansprüche durch die Unterstützung Groß-Britanniens behaupten, jedoch war die portugiesische Wirtschaft „archaisch und bankrott . . .; sie war gänzlich unfähig, die Entwicklung von einem Plünderungs- zu einem Verwertungs-Imperialismus zu voll-

---

[1]) Z. B. waren 1967 30 000 portugiesische Soldaten in Guinea stationiert. Das entspräche einer Truppenstärke der USA in Vietnam von 600 000. Insgesamt waren es 1968 in Angola, Mozambique und Guinea 120 000 portugiesische Soldaten. Dies entspräche sogar 2 500 000 GIs in Vietnam (vgl. „Spiegel" v. 11. 2. 1968).
[2]) Partido Africano da Independencia da Guinea e Capo Verde (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kap Verdischen Inseln).
[3]) Marx, K., Das Kapital Bd. 1 (MEW Bd. 23), Berlin (Ost) 1962, S. 779.

ziehen oder auch nur zu beginnen. Diese Tatsache ist die Grunddeterminante der heutigen Struktur der portugiesischen Kolonien" [4]).

Die Frage nach den Auswirkungen dieser Grunddeterminante auf die sozialen und ökonomischen Verhältnisse in jenen Ländern erhellt anschaulich das Beispiel des im Spätkapitalismus anachronistischen Systems der Zwangsarbeit. Nach dem 1928 erlassenen „Arbeitsgesetz für Eingeborene", das im wesentlichen noch heute gültig ist, kann man sechs Formen der Ausbeutung einheimischer Arbeitskraft unterscheiden: 1) Der Arbeitszwang bei Übertretung von Straf- oder Arbeitsgesetzen, z. B. bei Nichtbezahlung der Kopfsteuer; 2) die Pflichtarbeit, wenn für staatliche Arbeiten nicht genügend Arbeiter vorhanden sind; 3) die Vertragsarbeit ist die ökonomisch wichtigste Form. Jeder Afrikaner, dem es nicht gelingt nachzuweisen, daß er während mindestens sechs Monaten des vorangegangenen Jahres in einem Arbeitsverhältnis war, kann zur Zwangsarbeit für den Staat oder für private Unternehmer herangezogen werden. In der Tat fallen 95 Prozent der Bauern unter die Anwendung des Gesetzes; 4) „freiwillige" Arbeit. Die Löhne dafür sind im Durchschnitt noch niedriger als für die Vertragsarbeit; 5) Zwangsanbau; 6) Wanderarbeit [5]).

Da es die kapitalschwache portugiesische Industrie nur in sehr beschränktem Maß vermag, die ökonomischen Ressourcen der Kolonien auszunutzen, konnte Portugal das allmähliche Eindringen zuerst des britischen, später des internationalen Finanzkapitals (fast ausschließlich nach Angola und Mozambique) nicht verhindern. Die Hauptfunktion der Kolonien für das „Mutterland" lag bisher in der Deckung seiner erheblich defizitären Handelsbilanz (Hauptlieferant nach Portugal ist die BRD). Portugal ist damit in der Absicherung seiner ökonomischen Stabilität stark auf diese Quelle angewiesen. Es ist sich klar bewußt, daß es diese wirtschaftlichen Vorteile nur aus der politischen Verfügungsgewalt über seine „Überseeprovinzen" [6]) zieht, daß es im ökonomischen Wettkampf, falls die Gebiete politisch unabhängig würden, den stärkeren imperialistischen Mächten (voran den USA) unterliegen würde und daß es aus diesem Grunde auf Gedeih und Verderb mit dem kolonialen Status von Angola, Mozambique und Guinea verbunden ist. „Was früher einmal freier Zugang zu den kolonialen Märkten hieß, heißt heute Entkolonisierung. Und auf dem frei zugänglichen Markt, für den die moderne Terminologie den Ausdruck ‚politisch unabhängiges Territorium' setzt, besteht dann die sogenannte Gleichheit des Zugangs de facto in der Vorherrschaft jener Mächte, deren finanzielle und industrielle Mittel übermächtig genug zur Ausschaltung fast aller Konkurrenten sind. Nur ganz wenige Mächte sind in der Lage, an einem Wettbewerb dieser Art teilzunehmen. Damit beantworten wir bereits unsere Frage, wessen Interessen gedient sei, wenn wirtschaftlich schwächere Besitzer von Überseegebieten sich dazu bewegen lassen, diesen politische Autonomie zu verleihen" (Moreira — ehem. Überseeminister) [7]).

Für das Festhalten an Guinea sind allerdings politisch-strategische Überlegungen ausschlaggebender als unmittelbar ökonomische, da Guinea von der portugiesischen Industrie kaum und vom ausländischen Kapital fast gar keine Beachtung geschenkt wurde (es gab bis zum Beginn des bewaffneten Kampfes ein knappes Dutzend portugiesischer Fabriken mittlerer Größe, der Boden war nur zu

4) Anderson, Perry, Portugal and the End of Ultra-Colonialism, New Left Review, Nr. 17/62, S. 102.
5) Gekürzt nach: Projektgruppe Afrika im INFI Berlin: Der Revolutionäre Befreiungskrieg in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique, Berlin 1969, S. 29 ff.
6) Nach dem Erlaß Nr. 45 372 vom 22. 2. 1963 haben Angola, Guinea und Mozambique den politisch-administrativen Status einer Überseeprovinz. Sie verfügen daher formal über Verwaltungs- und Finanzautonomie (vgl. Chaliand, Gerard, Bewaffneter Kampf in Afrika, München o. J. (1969), S. 14).
7) Moreira, Adriano, Portugals Überseepolitik, Baden-Baden 1963, S. 72.

13,5 Prozent kultiviert, daß sind ca. 40 Prozent der möglichen Anbaufläche [8]). Wichtig genug sind die politischen Folgen, die Portugal von einem unabhängigen Guinea für seine lukrativeren Gebiete fürchtet. Ein solcher Erfolg der PAIGC, der bestorganisierten und am eindeutigsten sozialistische Zielsetzungen verfolgenden Befreiungsbewegung, hätte ohne Zweifel starken Einfluß auf die Befreiungsbewegungen Angolas und Mozambiques. Insgesamt hören sich die Konsequenzen, auf eine „volksnahe" Formel gebracht, so an: „Man muß Gewalt anwenden, um Gewalttätigkeiten zu verhindern. Wir müssen uns selbst aufopfern im Kampf für die Ordnung, wenn wir vor Unruhen geschützt sein wollen. Wir müssen stets bereit sein, all das, was die Zivilisation aufgebaut hat, zu verteidigen, wenn wir es nicht im Chaos untergehen sehen wollen. Portugal kann nicht nachgeben, keine Kompromisse schließen, nicht kapitulieren in dem Kampf, der in den Überseeprovinzen geführt wird" [9]).

Es lohnt sich in der Tat, all das anzuschauen, „was die Zivilisation aufgebaut hat". Eine der Kulturleistungen, die Portugal während seiner 500jährigen Mission in Guinea vollbrachte, drückt sich zum Beispiel in einer Analphabetismusquote von 99 Prozent aus. Es existierten 56 Elementarschulen für 2 000 Kinder (zum größten Teil für die portugiesische und städtische Bevölkerung). Insgesamt hat es in 500 Jahren portugiesischer Herrschaft 14 Guineaner gegeben, die einen Hochschulabschluß absolvierten. Weiter standen der ländlichen Bevölkerung genau elf Ärzte zur Verfügung, von denen sich normalerweise drei in Portugal aufhielten — praktisch ergab das ein Verhältnis von einem Arzt für 100 000 Einwohner. Außerhalb der Hauptstadt existierte ein einziges Krankenhaus. Die Säuglingssterblichkeit belief sich auf ca. 600 von 1 000 Neugeborenen [10]). Bis 1961 stand Guinea unter dem sogenannten Eingeborenenstatut. Danach waren 99 Prozent der Guineaner keine „Bürger" und genossen somit auch keine politischen Rechte [11]). Neben der Kopfsteuer gab es die Zwangsarbeit und den Zwangsanbau von Erdnüssen für den Export. Die Löhne afrikanischer Stadtarbeiter lagen mit 15 escudos (2,10 DM) generell um 500 Prozent unter denen von ungelernten portugiesischen Arbeitskräften [12]). Eine solche Bilanz entlarvt den Zynismus der offiziellen portugiesischen Presseorgane: „Portugal in Afrika — das bedeutet: absolutes Fehlen jeden Rassenvorurteils" [13]). Daß der „lusitanische Popanz" seine handfesten Ursachen hat, sagen sie allerdings auch offen: „... der Aufwand lohnt. Einige Zahlen zu Angola beweisen das. Gewinne der Angola Diamond Company 1967: 716 Mio. DM. Gewinne im Kaffeehandel: 208 Mio. DM" [14]).

II

„Unser Dialog mit den Portugiesen ist der bewaffnete Kampf" [15]) (Amilcar Cabral).

"Wir arbeiten für uns und versorgen die Kämpfer mit Reis, denn die Kämpfer und wir sind wie das Fleisch und die Knochen" (ein Häuptling vom Stamme der Mandigo zu dem französischen Journalisten G. Chaliand) [16]).

8) Vgl. Chaliand, S. 16.
9) Portugal Report (PR), Hrsg. von der Portugiesischen Botschaft in der BRD, Nr. 2/69, S. 5.
10) Vgl. Chaliand, S. 22, INFI, S. 104, und Davidson, Basil, The Liberation of Guine, Harmondsworth 1969, S. 27.
11) Vgl. Chaliand, S. 14.
12) Vgl. Anderson, S. 91.
13) PR, Nr. 7/69, S. 5.
14) Ebd.
15) A. Cabral, zit. n. Chaliand, S. 44.
16) Ebd., S. 47.

Hand in Hand mit der ökonomischen Ausbeutung ging die politische Unterdrückung: Verbot jeder politischen Demonstration (worunter schon öffentliche Reden gegen das Regime fielen), Verbot der Gründung von politischen Parteien und Gewerkschaften. Unter diesen Bedingungen hatte die afrikanische Bevölkerung, wie Davidson zutreffend feststellt [17]), nur zwei Möglichkeiten: zu resignieren, sich mit der Unterdrückung abzufinden, oder aber zu revoltieren, wenn nötig mit der Waffe in der Hand. Dies war also die Situation, als sich am 19. September 1956 sechs Freunde in Bissau trafen, um die PAIGC zu gründen. Unter ihnen befand sich auch der heutige Generalsekretär A. Cabral. Nachdem die PAIGC rund 50 Kader ausgebildet hatte, versuchte sie öffentlich tätig zu werden. Hier zeigte sich bereits ein erster wichtiger Unterschied zu anderen Befreiungsbewegungen in Afrika: Die PAIGC war immer der Meinung, daß, wie Cabral es formulierte, „... der nationale Befreiungskampf eine Revolution ist und daß diese nicht in dem Augenblick endet, in dem die Flagge gehißt und die Nationalhymne gespielt wird" [18]), daß also das Ziel des nationalen Befreiungskampfes nicht die formale politische Unabhängigkeit ist, sondern „die Wiedererlangung dieses vom Imperialismus geraubten Rechts, nämlich die Befreiung des Entwicklungsprozesses der nationalen Produktivkräfte" [19]). Diese politisch-soziale Zielsetzung bestimmte von Anfang an die strategisch-taktischen Überlegungen der PAIGC. So war ihre erste große Aktion die Organisierung des Streiks der Hafenarbeiter und Handelsmatrosen in Pidjiguiti. Dieser Streik führte zum Einsatz des portugiesischen Militärs, das am 3. August 1959 über 50 der Streikenden tötete und weit über 100 verwundete. Dieser Mißerfolg war der Partei eine Lehre. Was sie daraus lernte, sagt Cabral: „Legale Kämpfe sind ungleiche Kämpfe. Dabei sind die Waffen nur auf einer Seite, auf seiten der Macht und der Polizei. In unterentwickelten Ländern sind wirkliche Kämpfer revolutionär, sie besitzen ebenfalls Waffen" [20]).

Das Sekretariat der Partei wurde nach Conakry verlegt. Dort und in Accra, Peking, Havanna, Moskau und Nanking ließ die Partei ihre Kader ausbilden. Am 3. August 1961 endlich trat die Partei wieder in Erscheinung. In einem Pressekommuniqué erklärte sie, daß sie den bewaffneten Aufstand vorbereite [21]). In dem zur gleichen Zeit veröffentlichten Parteiprogramm wird nicht nur die Liquidation aller kolonialistischen und imperialistischen Beziehungen gefordert und die Bestrafung aller jener, die „die Einheit des Volkes zerstören", sondern auch, was bedeutend mehr über den Charakter dieser Partei aussagt, die Beseitigung der „Unterwerfung des menschlichen Wesens im entwürdigenden Interesse des Profits von Individuen, Gruppen oder Klassen" wie die „effektive Beteiligung und kreative Initiative der Volksmassen auf allen Ebenen der nationalen Führung" [22]). Der Aufbau des neuen Staates und seiner Wirtschaft schließlich soll „im Einklang mit den Prinzipien des demokratischen Zentralismus" [23]) stehen.

Welche sozialen Schichten aber hatten ein aktuelles Interesse, sich von der portugiesischen Herrschaft zu emanzipieren? Vorweg kann jedenfalls festgehalten werden, daß für politische Aktivitäten in Guinea die Frage der Bodenreform

17) Vgl. Davidson, S. 28.
18) Cabral, Amilcar, Grundlagen und Ziele der nationalen Befreiung in bezug auf die Sozialstruktur (Rede auf der Trikontinentale, 3.—12. 1. 1966 in Havanna) in: drs., Die Theorie als Waffe, Berlin 1968, S. 16—40, hier: S. 34.
19) Ebd., S. 30.
20) Cabral, cit. n. INFI, S. 98.
21) Ebd., S. 97.
22) Ebd., S. 98.
23) Ebd., S. 97.

keine Relevanz hat. Wir haben es hier mit einer auf Stammeseigentum beruhenden Subsistenzwirtschaft zu tun, und privater Grundbesitz ist selten. Da Guinea nie eine Siedlungskolonie war, beschränkt sich auch der Landbesitz der Portugiesen auf das geringe Ausmaß von 4 000 qkm, die in Händen der CUF [24]) sind. Vier konkrete Maßnahmen der Portugiesen aber sind es vor allem, die den Widerstand des guinesischen Volkes hervorrufen und seine Kampfkraft mobilisieren: die Kopfsteuer, der Zwangsanbau von Erdnüssen, die Zwangsarbeit und die Herrschaft fremder Häuptlinge. Letzteres ist noch genauer auszuführen: Die Bevölkerung Guineas zerfällt in acht große ethnische Gruppen. Davon gehören zwei, die Ful und Mandigo, zum Islam, während der Rest Animisten sind. Aber die beiden größten animistischen Stämme, Balante und Mandjaken, stellen allein schon fast die Hälfte der gesamten Einwohner Guineas (Guinea hat ca. 800 000 Einwohner) [25]). Diesen animistischen Stämmen, die keine Schriftsprache haben, keine Geldwirtschaft entwickelt hatten und auch kein Häuptlingswesen, d. h. keine starken sozialen Differenzierungen innerhalb des Dorfes kannten, wurden von den Portugiesen Häuptlinge aufgezwungen und somit der Versuch gemacht, die traditionelle Dorfstruktur zu zerstören. Die Häuptlinge aber rekrutierten sich aus fremden Stämmen, vor allem den Ful und Mandigo, die von der Kolonialmacht in jeder Weise gefördert werden. Ihnen wurden sogar die Pilgerreisen nach Mekka bezahlt [26]). Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß die stärkste Rekrutierungsbasis der PAIGC bei den animistischen Stämmen besteht, während vor allem die Ful-Häuptlinge in die Städte fliehen. Mit der Einführung der Naturalsteuer durch die Portugiesen verschärfte sich die Ausbeutung am Dorfe in einer eklatanten Weise, die die Mehrheit der Bauern zu potentiellen Guerillas machte. Aber auch aus den Städten konnte die PAIGC ihre Kader gewinnen. Hier vor allem aus Teilen der Arbeiterklasse, besonders den Hafenarbeitern, den Arbeitern im Flußtransport und der sehr disziplinierten Gruppe der Mechaniker. Aber auch die städtische Jugend, die sich zum großen Teil als Gelegenheitsarbeiter verdingt, gibt ein breites Rekrutierungsfeld ab. Besonders wichtig waren aber die Angestellten und unteren Beamten, die den Führungskern der Partei bilden und den Anstoß zum bewaffneten Kampf gaben. Cabral analysierte dieses höchst bedeutsame Moment wie folgt: „Die koloniale Situation, die die Entwicklung einer einheimischen Pseudobourgeoisie nicht erlaubt und in der die Volksmassen im allgemeinen das notwendige politische Bewußtsein nicht vor dem Ausbruch des Phänomens der nationalen Befreiung erreichen, bietet der Kleinbourgeoisie die historische Gelegenheit, den Kampf gegen die Fremdherrschaft zu leiten und aus ihrer objektiven und subjektiven Lage heraus (höherer Lebensstandard als der der Massen, häufigere Kontakte mit den Agenten des Kolonialismus, daher mehr Gelegenheit, gedemütigt zu werden; höherer Grad der allgemeinen und politischen Bildung usw.) die Schicht zu sein, die am schnellsten das Bewußtsein des Bedürfnisses erlangt, sich von der Fremdherrschaft zu befreien. Diese historische Verantwortung wird von dem Teil der Kleinbourgeoisie übernommen, den man im kolonialen Zusammenhang revolutionär nennen kann, während die anderen Teile den charakteristischen Zweifel dieser Klasse behalten oder sich mit dem Kolonialismus verbünden, um, wenn auch illusorischerweise, ihre soziale Stellung zu verteidigen" [27]). Aber auch die ambivalente Situation des revolutionären Teils entgeht Cabral nicht: „Um die Macht, die die nationale Befreiung ihr in die Hände legt, zu bewahren, gibt es für die Kleinbourgeoisie nur einen Weg: ihren natürlichen Tendenzen

[24]) Companhia Uniao Fabril.
[25]) Vgl. Chaliand, S. 21.
[26]) Vgl. „Spiegel" vom 6. 5. 1968.
[27]) Grundlagen, S. 38.

zur Verbürgerlichung freien Lauf zu lassen ... und sich notwendigerweise mit dem imperialistischen Kapital zu verbünden. Das alles entspricht jedoch der neokolonialen Situation: dem Verrat der Ziele der nationalen Befreiung. Um dieses Ziel nicht zu verraten, gibt es für die Kleinbourgeoisie nur einen Weg: ... Selbstmord als Klasse zu begehen, um daraus als revolutionärer Arbeiter wieder hervorzugehen, der sich vollständig mit den tiefsten Wünschen des Volkes identifiziert, zu dem er gehört" [28]).

Schon 1960 hatte die PAIGC ihre Kader zur Agitation aufs Land geschickt, vor allem in den Süden, wo die Balante wohnen. Hier gab es in den Dörfern immer zwei Fixpunkte: den eingesetzten Häuptling, der meist auch als Steuereintreiber fungierte und Ziel der kollektiven Aggressionen des Dorfes war, und den „homen grande", den Ältesten. Dieser hatte höchste moralische Autorität und war der Vertraute der Dorfbewohner. Er war die Schlüsselfigur der Agitation. Antonio Bana, ein junger Kader an der Südfront, erzählte Chaliand, wie die Agitation durchgeführt wurde:

„Nachdem man also Erkundigungen über den homen grande eingezogen hat, geht man, gekleidet wie ein Dorfbewohner, in das Dorf ... Nachdem ich ihn begrüßt habe, bitte ich um seine Gastfreundschaft ... Er behält (mich) zum Essen da. Wenn das Essen fertig ist, gucke ich, was hereingetragen wird. Es kommt sehr selten vor, daß es Reis und Huhn gibt. Wenn es nur Reis mit Palmkohlsauce gibt, sage ich: ‚Vater, warum bietest du mir nur Reis an?' Die Balante sind gastfreundlich: ‚Ich bin arm. Ich habe kein Hühnchen.' ‚Wie ist es möglich, Vater, daß du Zeit deines Lebens unentwegt arbeitest und nicht ein einziges Hühnchen besitzt?' ‚Mein Sohn, warum stellst du mir diese Fragen. Ja, ich hatte Kühe und Schafe, aber die Weißen haben mir alles weggenommen mit der Steuer.' ‚Ist dir das denn recht, Vater, was die Weißen machen?' ‚Nein, es ist mir nicht recht. Aber was soll ich machen. Sie sind stark.' ‚Vater, wenn es zufällig etwas gäbe, das dir morgen ein besseres Leben ermöglicht, würdest du das begrüßen?' ‚Ich würde das begrüßen'" [29]).

Dies war der Anfang, aber schon 1962 wurden die ersten bewaffneten Selbstverteidigungsgruppen gebildet (je drei Mann: 2 Pistolen und 1 MG). Die Partei verschärfte die Sabotageaktionen. Im Sommer 1962 trafen sich die Politkommissare und die Vertreter der bewaffneten Dorfgruppen. Bei diesem Treffen wurde die erste Phase des Aufstandes, die der agitatorischen Vorbereitung, für beendet erklärt und das definitive Datum für den Beginn des bewaffneten Kampfes festgelegt: Im Januar 1963 sollte die Südfront eröffnet werden und im Juni der Kampf im Norden beginnen. Hierbei wurde eine Strategie entwickelt, „die man zentrifugal nennen könnte: Von den zentralen Gebieten unseres Landes ausgehend, stoßen wir in die Randgebiete vor" [30]). „Dies war", so Cabral, „die erste große Überraschung für die Portugiesen, die angenommen hatten, daß wir eine Invasion in unser eigenes Land planten, und daher ihre Truppen an den Grenzen nach der Republik Guinea (Conakry) und zum Senegal hatten" [31]). Zuerst befreiten sie den Süden und einen Teil der nördlichen Zentralregion. 1964 stießen sie in den Osten vor. Im Januar 1964 waren die Guerillas schon so stark, daß sie einen 75 Tage dauernden Angriff der Portugiesen auf die Insel Como abschlagen konnten und das 3 000 Mann starke Expeditionskorps um fast ein Drittel verminderten [32]). Zwischen März und November 1964 begann die Partei mit

[28]) Ebd., S. 39.
[29]) Chaliand, S. 80 f.
[30]) Interview mit A. Cabral in „Tricontinental", Nr. 8/68, S. 116.
[31]) Ebd.
[32]) Vgl. INFI, S. 102.

dem Aufbau einer regulären Armee. Die FARP (Forces Armees Revolutionaires du Peuple) war 1968 schon 10 000 Mann stark [33]). Diese Armee operiert aber nicht in den Zonen, die noch unter portugiesischer Kontrolle stehen. Das ist insofern von Bedeutung, als es zeigt, daß die PAIGC nach dem Prinzip der Selbstbefreiung operiert.

Das zentrale Prinzip bei der Organisierung des Befreiungskampfes ist der Primat des politischen vor dem militärischen Kampf. Dies äußert sich z. B. darin, daß selbst in der kleinsten Einheit der FARP (bigrupos à 25 Mann) die Führung aus dem Politkommissar und dem militärischen Verantwortlichen besteht [34]). Das heißt aber auch, daß der Aufbau in den befreiten Zonen mindestens genauso wichtig ist wie der militärische Kampf. Cabral sagt darüber: „Wenn einer ein Gewehr hat und ein anderer ein Arbeitsgerät, dann ist derjenige der Wichtigere von beiden, der das Arbeitsgerät hat" [35]).

Der nationale und soziale Befreiungskampf des guinesischen Volkes unter der Führung der PAIGC verläuft auf drei Ebenen: der militärischen, der politischen und der ökonomisch-sozialen. Die Partei hat sofort in den befreiten Dörfern Dorfkomitees errichtet, die in der Regel aus drei Männern und drei Frauen bestehen [36]). Diese lenken im Rahmen breitester Basisdemokratie das politische und wirtschaftliche Leben des Dorfes. Innerhalb der befreiten Gebiete hat man zu allererst die Steuern abgeschafft und ist dann dazu übergegangen, an Stelle der Erdnüsse Reis anzubauen. Davidson berichtet, daß 1966/67 Tausende von Tonnen Reis in Speichern in den Dörfern lagerten, die nicht zum Konsum gebraucht werden, aber auch nicht exportiert werden können. Im Gegensatz dazu müssen die Portugiesen für ihre Truppen den Reis aus Brasilien beziehen [37]). Aber nicht nur hier zeigt sich der Fortschritt: 1965/66 hatte die PAIGC 127 Elementarschulen in Guinea errichtet, in denen 191 neue Lehrer 13 361 Schüler unterrichteten. 1966/67 stieg die Zahl der Schulen auf 159, die der Lehrer auf 220, die der Schüler auf 14 386 [38]). Wie wir sehen, schaffte die PAIGC in vier Jahren das Dreifache dessen, wozu Portugal 500 Jahre brauchte. Auch die sanitären Bedingungen haben sich wesentlich verbessert: Allein 1967 wurden 50 Krankenschwestern in Europa (vor allem der UdSSR) ausgebildet. Ende 1967 verfügte das guinesische Volk über 6 Feldlazarette, 120 medizinische Beratungsstellen, 23 mobile Ärzteteams und über 100 Krankenschwestern. Daneben gibt es noch in Guinea (C) ein Spezialkrankenhaus, in dem orthopädische Operationen vorgenommen werden und die Napalmopfer behandelt werden [39]). Die Portugiesen haben den Stellenwert dieser Einrichtungen genau erkannt und fliegen ihre Bombenangriffe besonders gegen Hospitäler, Schulen und Reissilos [40]). Aber ihr Ziel, die Bevölkerung dadurch einzuschüchtern und von ihrer revolutionären Vorhut zu trennnen, haben sie nicht erreicht. Ja, es scheint vielmehr das Gegenteil der Fall. Ein weiteres wichtiges Element des Aufbaus in den befreiten Gebieten sind die „Volksläden". Hier kann die Bevölkerung die von ihr produzierten agrarischen Güter gegen Industrie- und Konsumgüter tauschen [41]).

---

33) Vgl. „Spiegel" vom 6. 5. 1968.
34) Vgl. INFI, S. 103. Rangabzeichen gibt es in der Befreiungsarmee nicht (vgl. Chaliand, S. 168).
35) Zit. n. Chaliand, S. 44.
36) Die PAIGC erklärte den Kampf für die Befreiung der guineanischen Frauen aus ihrer traditionellen Abhängigkeit zu einem wesentlichen Bestandteil des sozialen Befreiungskampfes. So bekämpft sie auch die z. T. noch bestehende Sitte der Verheiratung im Kindesalter.
37) Vgl. Davidson, S. 123.
38) Vgl. ebd., S. 125. Diese Lehrer wurden von der PAIGC in einem parteieigenen Fortbildungszentrum ausgebildet (vgl. Cabral, A., Der nationale Befreiungskampf in Guinea B und den Kapverdischen Inseln, in: drs., Die Theorie als Waffe, Berlin 1968, S. 41—69, hier: S. 59).
39) Vgl. Davidson, S. 126.
40) Vgl. INFI, S. 104.
41) Vgl. Befreiungskampf, S. 156.

Auf der politischen Ebene des Kampfes sind noch immer Kaderschulung und Aufklärung der Bevölkerung die wichtigsten Aufgaben [42]).

Wenn man heute, im siebenten Jahr des Kampfes, eine vorläufige Bilanz ziehen kann, so steht an oberster Stelle sicherlich die Tatsache, daß 75 Prozent des Territoriums Guineas entweder ganz oder halb befreit sind. Für das wichtigste Problem, das Verhältnis zwischen der Partei und den Massen, gilt heute mehr denn je, was Cabral schon 1966 sagte: „Viele Menschen haben zugesehen, wie ihre Dörfer zerstört wurden, und mußten in den Urwald flüchten. Aber jeder hat genug zu essen, keiner wird ausgebeutet, der Lebensstandard verbessert sich zunehmend. Die Bevölkerung weist ein täglich steigendes politisches Bewußtsein auf, sie lebt und arbeitet in Harmonie, tritt den Übeln des Krieges, der uns aufgezwungen wird, solidarisch entgegen" [43]).

„Auf unserem Weitermarsch treffen wir noch zwei weitere Jungen, die uns grüßen. Mut, sagt Cabral, wir werden sie schlagen. Das ist sicher, entgegnen sie" [44]).

*

Die Ergebnisse im militärischen Kampf seit 1968 lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Im Verlauf des Jahres 1968 wurden 1700 feindliche Soldaten getötet und 27 Soldaten gefangengenommen. Gegen die abgeschnittenen portugiesischen Stützpunkte wurden 569 Angriffe unternommen, dabei fielen 11 Stützpunkte in die Hand der Befreiungsbewegung. 197mal wurden Hinterhalte gelegt (das betrifft zumeist Fälle, in denen die isolierten portugiesischen Stützpunkte auf dem Landwege versorgt werden; der größte Teil der Nachschubversorgung spielt sich über den Luftweg ab). Außerdem wurden 62 Schiffe versenkt oder beschädigt und 10 Flugzeuge abgeschossen oder zerstört [45]). Die Ergebnisse für das Jahr 1969 sind noch nicht vollständig zu überblicken, sie scheinen jedoch über die des Vorjahres noch hinauszugehen. Für die Monate Februar bis November 1969 sind z. B. 443 Angriffe auf die portugiesischen Stützpunkte detailliert angegeben (ohne die ungenauen Angaben wie „mehrere Angriffe auf . . ."). Die Zahl der eingenommenen oder gänzlich zerstörten Lager hat sich auf 30 erhöht. Als Beispiel für die Intensität der Kampfhandlungen sei die Bilanz von Mitte Mai bis zur ersten Juniwoche herausgegriffen (in dieser Periode trafen verstärkte Truppenkontingente aus Portugal ein, und die Bombardements über den befreiten Gebieten intensivierten sich erheblich): 78 Angriffe gegen die Stützpunkte, 25 Hinterhalte und Zusammenstöße, 12 zerstörte Fahrzeuge (in der Hauptsache Lastwagen), 97 tote portugiesische Soldaten und eine große Zahl Verwundeter (beides ohne die Stützpunkte gerechnet) [46]). Zu den wichtigsten Auswirkungen der militärischen Erfolge gehört die Tatsache, daß die größte Gesellschaft des Landes (CUF) gezwungen war, „die meisten ihrer Niederlassungen in den noch nicht befreiten Gebieten zu schließen, während mehrere ihrer Schiffe samt Ladung erbeutet wurden. Die Sociedade Commercial Ultramarina hat ihre gesamte Tätigkeit sowohl im Busch als auch in den Städten Guineas aufgegeben. Die holländische Konzessionsgesellschaft zum Abbau der Bauxitvorkommen in Boé — N. V. Billiton Maatschappij — sah sich gezwungen, ihre Forschungsarbeiten wegen der Tätigkeit der PAIGC einzustellen" [47]). Der Anteil Guineas und Kap Verdes an den Einfuhren Portugals aus den Kolonien sank von (1959) 16,3 Prozent auf (1964) 9,8 Prozent [48]).

42) Vgl. Chaliand, S. 31.
43) Befreiungskampf, S. 57.
44) Chaliand, S. 100.
45) PAIGC-Actualités, Nr. 3 (mars)/1969 (Erscheinungsort: Conacry — Rep. Guinea).
46) Berechnet nach den Communiqués der PAIGC (Hrsg. vom Generalsekretariat der PAIGC in Conacry) vom 7. 3. — 1. 12. 69.
47) Chaliand, S. 20.
48) Ebd.

In den Verlautbarungen des portugiesischen Regierungschefs Caetano ist davon nichts zu merken: „Schließlich ist auch drüben Portugal — und es muß auch Portugal bleiben, zumal die Revolte bisher keine Fortschritte erzielen konnte. Sie beschränkt sich mehr oder weniger darauf, hin und wieder ein Attentat in den Grenzgebieten zu verüben. Im übrigen aber scheitert sie daran, daß das Volk sie nicht unterstützt. Außerhalb der Grenzgebiete merkt man ohnehin nichts davon" [49]). Caetano liefert allerdings im gleichen Atemzug die Erklärung für das Totschweigen der Realitäten: „Im Moment ist es nicht möglich, die Pressezensur ganz zu beseitigen, denn man darf nicht vergessen, daß unser Land im Krieg steht. Viele Tausende junger Portugiesen sind einberufen und kämpfen in Übersee gegen die Subversion. Und wir dürfen es hier im Mutterland nicht erlauben, daß eine gewisse Propaganda die Moral der Nation untergräbt und unsere Soldaten, die in Übersee kämpfen, verrät" [50]).

III

„Angola: Eine verpaßte Gelegenheit" (AHD) [51]).

„... Richard Jaeger (CSU) ... erklärt(e), die Kämpfer, die in Portugiesisch-Afrika ihr Leben ließen, seien ‚nicht nur Soldaten Portugals, sondern auch Soldaten Europas'" [52]).

Erinnern wir uns an Portugal: 1910 Abschaffung der Monarchie und Ausrufung der Republik, 1926 „nationale Revolution" des Generals Comes da Costa, 1933 Ausrufung des „neuen Staates". Diesen „neuen Staat" nennen selbst bürgerliche Historiker „Ständestaat nach faschistischem Vorbild" [53]). Seit Gründung der NATO ist Portugal Mitglied.

Obwohl Portugals Verhältnis zu Demokratie und Parlamentarismus, gelinde gesagt, gebrochen ist [54]), trübt dies in keiner Weise die bestehenden guten Beziehungen zur BRD. Willy Brandt (damals noch Außenminister): „Es ist mir eine große Freude, ... die Hauptstadt eines Landes zu besuchen, mit dem Deutschland durch die Bande der Freundschaft in der NATO verbunden ist" [55]). Wie sehen diese Bande der Freundschaft konkret aus? Cabral schrieb einmal: „Jedermann weiß, daß die Portugiesen kein einziges Flugzeug herstellen, nicht einmal als Spielzeug für Kinder" [56]). Woher kommen die Flugzeuge, mit denen die Portugiesen täglich Napalm [57]), Splitterbomben und „gewöhnliche" Bomben auf die Bevölkerung Guineas werfen?

Cabral nannte 1966 zwei Flugzeugtypen: Amerikanische B26-Bomber und westdeutsche Düsenjäger (Fiat 91) [58]). Darüber weiß auch der „Spiegel" zu berichten: „Die Fiat-G-91 stammen aus einer Lieferung der Bundesrepublik, die 1966 dem NATO-Partner 40 Jets dieses Typs ‚ausschließlich zu Verteidigungszwecken im

49) PR, Nr. 10/1969, S. 3.
50) Ebd.
51) Außenhandelsdienst der Industrie- und Handelskammern und Wirtschaftsverbände, 23. 5. 1968.
52) Frankfurter Rundschau, 29. 10. 1968.
53) Vgl. z. B. *dtv-Atlas zur Weltgeschichte*, Bd. 2, München 1966, S. 161.
54) Ministerpräsident Caetano: „Die Probleme, denen sich eine Regierung heute täglich gegenübersieht, sind so zahlreich und so dringend, daß es unmöglich ist, ihre Lösung von dem langwierigen und komplizierten parlamentarischen Prozeß abhängig zu machen" (PR, Nr. 10/1969, S. 1). Daher existiert in Portugal auch nur e i n e Partei, die „erstaunlicherweise" schon seit 40 Jahren an der Regierung ist.
55) PR, Nr. 3/1969, S. 1.
56) Cabral zit. n. Davidson, S. 14.
57) Zum Einsatz vergleiche z. B. Davidson, S. 16. Hier ist auch ein nicht explodierter Napalmkanister abgebildet. Er hat das Kennzeichen: FCM-1-55 NAPALM 300 KG — 350 L M/61. Vgl. außerdem: Les Crimes Des Colonialistes Portugais Face a la Declaration Universelle Des Droits de L'Homme. Rede des Generalsekretärs der PAIGC, A. Cabral, vor der Menschenrechtskommission der UNO (veröffentlicht von der PAIGC o. O., o. J.). Am 12. 2. 1969 meldete die „Frankfurter Rundschau", daß Portugal dem Vertreter der Menschenrechtskommission der UNO die Einreise in die „Überseeprovinzen" verweigert.
58) Vgl. Befreiungskampf, S. 44.

Rahmen des Nordatlantikpaktes' (AA Staatssekretär Lahr) verkaufte. Die Portugiesen versprachen, daß die Maschinen nur ‚innerhalb portugiesischen Territoriums' eingesetzt würden. Freilich: In Lissabon zählt man dazu auch die Überseebesitzungen" [59]).

Die BRD lieferte aus NATO-Beständen: „1962: 16 Aufklärungsflugzeuge Do 27 mit technischem Personal aus den Dornierwerken in Friedrichshafen. 1965: 60 Düsenjäger F86 kanadischer Produktion [60]). 1966: 40 Erdkampfflugzeuge Fiat-G-91, die zum Bomben- und Maschinengewehreinsatz verwendbar sind und insbesondere in Angola und Guinea (B) neben den französischen Alouette-Hubschraubern die von der Befreiungsbewegung gefürchtetsten Kriegsmittel der Portugiesen sind" [61]). Daneben lieferte die BRD eine große Menge (ihre genaue Zahl wird geheimgehalten) gepanzerter Mercedes-Benz-Geländewagen, die seit 1963 auch in Portugal montiert werden, und mindestens 10 000 automatische Feuerwaffen [62]). Des weiteren lieferte die Fritz-Werner-Werkzeugmaschinenfabrik in Westberlin Werkzeugmaschinen an Portugal, die für die Produktion von Munition bestimmt sind [63]). „Die Hamburger Werft Blohm und Voß konstruiert drei Spezialfregatten für die portugiesische Regierung. Diese Fregatten haben einen Tiefgang von ca. einem Meter, was günstig für den Einsatz auf den Flüssen ist. Eine davon ist bereits vom Stapel gelaufen" [64]).

Die finanzielle Belastung des Krieges (1967 entfielen 44 Prozent des Staatshaushaltes auf das Militärbudget) kann das kapitalschwache Portugal allein nicht tragen. Es ist auf die massive Unterstützung seiner NATO-Partner angewiesen. Als Druckmittel verfügt Portugal über den strategisch äußerst wichtigen NATO-Stützpunkt auf den Azoren, über den 80 Prozent des NATO-Luftverkehrs von und nach den USA gehen [65]). Die BRD besitzt außerdem noch den für logistische Zwecke wichtigen Stützpunkt Beja in Südportugal [66]). Aber nicht nur auf militärischem Gebiet, auch auf dem der Humanmedizin erweist sich die BRD als vortrefflicher Verbündeter. Darüber „Le Monde": „Wie ... aus Lissabon mitgeteilt wurde, werden portugiesische Soldaten, die in Angola und Guinea verwundet werden, nach einem Vertrag vom Oktober 1963 in westdeutschen Hospitälern behandelt" [67]). Dazu auch der „Spiegel": „Im Bundeswehrlazarett Hamburg-Wandsbek werden seit vier Jahren portugiesische Kolonialsoldaten nachamputiert und mit Prothesen ausgerüstet — stets sind etwa zehn bis zwölf Betten belegt. Drei Ärzte des Lazaretts erhielten im vergangenen Dezember portugiesische Militär-Verdienstorden in Silber oder Gold" [68]).

Aber hier geht es nicht nur um militärische Unterstützung, auch wirtschaftliche Interessen, vor allem Krupps, spielen eine wichtige Rolle. Für den 150-Mio.-Kredit und die 10 000 Maschinenpistolen, die die BRD kurz nach Beginn des Aufstandes in Angola (1961) an Portugal gab, bekam sie nicht nur den erwähnten Luftwaffenstützpunkt, sondern Krupp erhielt gegen japanische Konkurrenz Schürfungsrechte in Cassinga (Süd-Angola), einem der reichsten Erzlager Afri-

59) „Spiegel" vom 6. 5. 1968.
60) Dabei kam es fast zu einem Skandal, da die BRD diese Flugzeuge trotz des Protestes der kanadischen Regierung an Portugal lieferte (vgl. Chaliand, S. 60).
61) INFI, S. 76.
62) Vgl. ebd. u. Chaliand, S. 60.
63) Vgl. INFI, S. 121.
64) Communiqué vom 26. 4. 1969, S. 1.
65) Vgl. Vorwort zu Cabral, A., Die Theorie als Waffe, a.a.O., S. 6.
66) „Wie die portugiesische Botschaft am Dienstag in Bonn erklärte, hat Portugal mit dem Bau von Anlagen für den westdeutschen Luftwaffenstützpunkt in der Nähe von Beja im südlichen Portugal begonnen. Diese Einrichtungen dienen für die Ausbildung und als logistischer Stützpunkt der Bundeswehr, wie es in einem Vertrag vom 12. 6. 1964 zwischen General M. G. de Araújo, dem portugiesischen Verteidigungsminister, und seinem deutschen Kollegen Herrn Kai Uwe v. Hassel vereinbart wurde" (Le Monde, 20. 6. 1964, zit. n. Davidson, S. III). (Diese, wie alle anderen Übersetzungen: d. Verf.).
67) Ebd.
68) „Spiegel" vom 6. 5. 1968.

kas [69]). Dafür gab es aber als Gegenleistung nochmals 500 Mio. DM, die zum Ausbau des Flughafens Luso dienten. Luso ist von besonderer Bedeutung: Es liegt mitten im Konzessionsgebiet der von Krupp kontrollierten Companhia Mineira do Lobito (CMdL), aber andererseits liegt Cassinga mitten in der von der angolesischen Freiheitsbewegung (MPLA) kontrollierten Provinz Moxico [70]). So ist es auch nicht verwunderlich, daß 1969 die Deutsche Unionsbank in Frankfurt 20 Mio. DM und die Deutschen Girozentralen unter der Führung der Hamburger Landesbank 40 Mio. DM als Darlehen der CMdL zur Finanzierung eines Erzbergwerks zur Verfügung gestellt haben [71]). Es scheint, daß Angola doch keine verpaßte Gelegenheit ist, zumindest nicht für Krupp.

Das größte aller portugiesischen Projekte stellt das Cabora-Bassa-Kraftwerk in Mozambique dar. Dieses wird nach seiner Fertigstellung 17 Mrd. kWh liefern und damit das größte Kraftwerk Afrikas sein [72]). Seine Aufgabe wird es sein, nicht nur die Ansiedlung einer Million portugiesischer Bauern zu ermöglichen, sondern vor allem Südafrika und Rhodesien die für ihre industrielle Produktion notwendige Energie zu liefern (der Preis pro kWh soll lächerliche 1,4 Pfennig betragen) [73]). Die FRELIMO (Frente de Libertacao de Mozambique) hat den Kolonialisten in der Zwischenzeit die einzig adäquate Antwort erteilt: Sie eröffnete unter Manganja eine neue Front in dieser Provinz (Tete) [74]). Inzwischen aber ist man zur Ausführung der ersten Baustufe geschritten (Wert: 1 Mrd. DM), die von einem internationalen Konsortium unter südafrikanischer und westdeutscher Führung bewerkstelligt wird. Der Lieferanteil der westdeutschen Firmen AEG, BBC, Hoch-Tief, Siemens und Voith beträgt 250 Mio. DM [75]).

„Westdeutsches Kapital in der Höhe von mindestens 12 Mio. Dollar wurde auf den Kapverdischen Inseln investiert, wodurch deren strategische Wichtigkeit nur noch betont wurde. Die Vorbereitungsarbeiten für die Einrichtung eines Industriekomplexes für Fischerei und Konservenfabrik auf der Insel Sel (7 Mio. Dollar) haben schon begonnen; die Insel Boavista wird in ein Touristenzentrum verwandelt werden. In der ersten Phase sind dafür der Bau von drei Hotels und eines Flughafens mit großer Kapazität vorgesehen (5 Mio. Dollar) ... Die Inseln Sel und Boavista sind die nächsten zum afrikanischen Festland, wovon erstere bereits über einen internationalen Flughafen verfügt, der kürzlich unter Beteiligung Südafrikas erweitert wurde" [76]). Nach alledem verwundert es nicht mehr, zu erfahren, daß die private „Entwicklungshilfe" in diese Länder ca. um 100 Prozent gestiegen ist (1966: 1,006 Mrd. DM; 1967: 2,374 Mrd. DM; 1968: 4,103 Mrd. DM) [77]).

An dieser Stelle können wir nun nicht mehr tun, als Amilcar Cabrals Mahnung und Bitte zu übermitteln, diese aus ökonomisch-militärischen Interessen errichtete Mauer des Schweigens über die gerechte Sache des Befreiungskampfes der afrikanischen Völker in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique zu zerbrechen und diese Bewegungen in jeder Hinsicht, materiell und politisch, zu unterstützen:

„Wir können nichts anderes tun, als ins Bewußtsein der öffentlichen Meinung Westdeutschlands, Afrikas und der Welt diese Tatsachen zu tragen, welche die

---

69) Vgl. INFI, S. 63.
70) Vgl. ebd., S. 60, u. „Spiegel" vom 11. 2. 1968.
71) Vgl. PR, Nr. 3/1969, S. 7.
72) Vgl. „Spiegel" vom 11. 2. 1968.
73) Vgl. INFI, S. 74.
74) Vgl. „Spiegel" vom 11. 2. 1968.
75) Vgl. INFI, S. 74.
76) Communiqué, 26. 4. 1969, S. 1.
77) Vgl. INFI, S. 76. Zur Funktion der „Entwicklungshilfe" in der heutigen Phase des Kapitalismus vgl. Boris, H. D., Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern u. westlichen Industriegesellschaften, in „Das Argument", H. 38 (= 3/68), S. 173—202, bes. 183 ff.

eminente und jeden Tag wichtiger werdende Rolle bestätigen, die von der BRD im Kolonialkrieg des Völkermords, den die portugiesische Regierung gegen unser Volk und gegen Afrika führt, gespielt wird. Indem wir dies tun, richten wir an alle Menschen und Organisationen in der BRD und in der ganzen Welt, die sich der Gerechtigkeit und der Freiheit verpflichtet fühlen, den dringlichen Aufruf, wirksame Aktionen durchzuführen, die darauf hinzielen, der politischen, militärischen, ökonomischen und finanziellen Kollaboration zwischen der Regierung in Bonn und derjenigen in Lissabon, die ein entscheidender Faktor in der Durchführung des ungerechten und verbrecherischen Krieges gegen unser afrikanisches Volk geworden ist, ein Ende zu setzen" [78]).

Portugal und die NATO

Von Sietse Bosgra und Christiaan van Krimpen, Amsterdam

I

Warum wurde Portugal 1949 in die NATO aufgenommen? Vorgeschlagen wurde die Aufnahme von den Vereinigten Staaten; begründet wurde sie mit der strategischen Bedeutung Portugals. Dabei spielte nicht so sehr die strategische Lage von Portugal selbst die größte Rolle, sondern vor allem auch die NATO-Interessen an Portugals Übersee-Besitzungen wie den Azoren, den Kapverdischen Inseln und den anderen Kolonien in Afrika. In dem Artikel „Die strategischen Gebiete Portugals" in der Zeitschrift „Foreign Affairs" (1952, S. 321) kommt das folgendermaßen zum Ausdruck: „Die strategische Bedeutung der Azoren muß wohl kaum besonders betont werden. Die Kapverdischen Inseln, die die Schlüsselposition im südlichen Teil des atlantischen Ozeans innehaben, sind — durch ihre Lage vor der französischen Küste Westafrikas und auf dem Luftweg nach Südamerika — als Stützpunkt nicht weniger wichtig. Der große Flughafen auf der Insel Sal ist im Kern schon das, was aus ihm werden kann — ein strategischer Stützpunkt für Kriegszeiten. Angola und Guinea können mit ihrer 1816 km langen atlantischen Küste als ein integraler Bestandteil der Atlantischen Verteidigung betrachtet werden. Sie bieten außerdem einen wichtigen Ausgangspunkt zu den innerafrikanischen Gebieten." Der Artikel führt weiter aus, daß mit Marshall-Plan-Hilfe schon viel getan worden sei, um Häfen, Flughäfen und Eisenbahnlinien in Angola und Mozambique zu bauen und zu modernisieren. „Aber weitere Hilfe ist notwendig, damit Angola zu einer wirksamen Unterstützung in Kriegszeiten fähig ist."

Daß Portugal eine Diktatur ist, war für die Mitglieder der NATO kein ernstzunehmender Einwand gegen den Beitritt des Landes. Zum damaligen Zeitpunkt war Portugals Begeisterung für die NATO nicht allzu groß, zumal Spanien nicht

[78]) Communiqué, 26. 4. 1969, S. 1 f.

zugelassen wurde [1]). Wie Salazar dem portugiesischen Volk deutlich klarmachte, bedeutete der Eintritt in den westlichen Militär-Block nicht etwa, daß er die ideologischen Prinzipien der Präambel zum NATO-Vertrag anerkenne. 1949 erklärte er in einer Rede vor der Nationalversammlung: „Die Formulierung dieser Ideologie ist offensichtlich unglücklich ... und leidet unter einigen Formulierungen, die nichtssagend und unpräzise sind und die, da sie überall in der verschiedensten Weise interpretiert werden, schon abgenutzt sind und stören." Und er fügte hinzu: „Wir fühlen uns durch die Aufgaben des Pakts und seine Endziele gebunden, nicht aber durch die doktrinären Erklärungen, die darauf abzielen, politische Systeme festzulegen, deren Vorzüge wir in unserem Land genügend kennen" [2]). Zur Bedingung machte Portugal bei seinem Eintritt, daß es seine Streitkräfte nur zur Verteidigung der iberischen Halbinsel bereitzuhalten habe. Die neuen Verpflichtungen gehen nicht über den schon existierenden Beistands-Pakt mit Spanien hinaus. Portugal stellt keine Truppen für die Europäische Verteidigung zur Verfügung und läßt die Benutzung seiner Flughäfen nicht zu [3]). Trotzdem verlangte der damalige Oberkommandierende der NATO, General Ridgway, während seines Besuchs in Portugal im November 1952, daß Portugal der NATO Truppen zur Verfügung stelle.

Seit der Gründung der NATO versuchte die portugiesische Regierung ständig, ihre Kolonien in Afrika und Asien — vor allem aber die in Afrika — in den NATO-Bereich einzugliedern. Bisher jedoch war sie damit nicht erfolgreich. Der Wendekreis des Krebses wurde zur Grenze des NATO-Bereichs erklärt, so daß die Azoren innerhalb, die Kapverdischen Inseln und die anderen portugiesischen Kolonien außerhalb dieses Bereichs liegen. Seit dem Ausbruch der Kolonialkriege wird die Forderung nach Ausdehnung des NATO-Bereichs in jeder Rede der führenden portugiesischen Politiker wiederholt. Sie versuchen ihre Absicht Zug um Zug durchzusetzen, indem sie zunächst die Aufnahme der Kapverdischen Inseln anstreben [4]). Bundeskanzler Kiesinger unterstützte während seines letzten Besuchs in Portugal im Oktober 1968 offensichtlich diese Absicht, das westliche Verteidigungssystem über Europa hinaus auszudehnen [5]). Je eindringlicher sich Portugal der Gefahr, seine ausgedehnten Kolonialbesitzungen als Resultat der allgemeinen Entkolonialisierung zu verlieren, bewußt wird, desto mehr wird es zu einem loyalen Mitglied der NATO. Ein größerer Teil der portugiesischen Armee wurde der NATO unterstellt. 1956 stellte Portugal der NATO zwei Flughäfen — Espinho und Montijo — zur Verfügung [6]). Bis 1953 erhielt Portugal von seinen NATO-Partnern nur geringe Unterstützung. Nach 1953 trat ein umfangreiches Hilfsprogramm in Kraft [7]).

Als jedoch 1961 nach Ausbruch des Krieges in Angola Portugal seine der NATO unterstellten Divisionen, die von anderen NATO-Mitgliedern ausgerüstet worden waren, dem NATO-Oberbefehl entzog und nach Afrika verlegte, wurden die Beziehungen zu seinen NATO-Partnern merklich kühler [8]). Das war vor allem der kritischen Haltung der Kennedy-Administration zuzuschreiben. Verschiedene Male protestierten die Amerikaner gegen die Benutzung von NATO-Waffen in Angola und gegen den Transport mit nur für die NATO bestimmten Flugzeugen [9]). Auf der NATO-Ministerratstagung am 8. Mai 1961 in Oslo erklärte der

---

1) Alvin J. Cottrell und James E. Dougherly, The Atlantic Alliance, a short political guide, London 1964, S. 20.
2) Olive Holmes, Portugal, Atlantic Pact Ally, in: American Perspective, Winter 1950.
3) Die Welt, 3. 4. 1952.
4) Die Welt, 21. 4. 1966.
5) Süddeutsche Zeitung, 29. 10. 1968.
6) The Economist, 7. 7. 1956; New York Times, 30. 6. 1956.
7) Army, Airforce and Naval Statistical Records, Bureau of Aviation, London.
8) Der Spiegel, Nr. 27, 1961, S. 37; Le Figaro, 19. 4. 1961; Stuttgarter Zeitung, 19. 4. 1963.
9) New York Times, 11. 4. 1962; Le Monde, 12. 6. 1962.

portugiesische Außenminister Franco Nogueira, daß Portugal das Recht habe, durch die NATO ausgerüstete Truppen nach Angola zu senden. Er verwies auf die Verwendung von NATO-Streitkräften durch Frankreich in Algerien [10]). Im Juli 1961 besuchte eine NATO-Delegation unter Führung von Admiral Evans Portugal, offensichtlich um zu untersuchen, in welchem Maße die portugiesischen Kriegsanstrengungen in Angola zu Lasten des portugiesischen Beitrags zur NATO gingen [11]). Daraufhin begann Portugal mit dem Austritt aus der NATO zu drohen, in der Hoffnung, die Amerikaner zu einer Änderung ihrer Haltung zu veranlassen. Auch die Tatsache, daß Portugal von seinen Verbündeten während der Auseinandersetzungen in Goa keine Unterstützung erhielt, enttäuschte die portugiesischen Führer sehr. Das Organ der portugiesischen Marine „Revista de Marinha" vom März 1961 zählte in einem Leitartikel die Verluste auf, die ein portugiesischer Rückzug aus der NATO für seine Verbündeten hätte:

1) Das Gebiet Europas mit den besten Verbindungen zu den Vereinigten Staaten,

2) die freie und zuverlässige Benutzung der Stützpunkte auf den Azoren,

3) die Schlüsselposition im Mittelmeer mit dem Marinestützpunkt Lagos und den Luftbasen Espinho-Esmoriz und Montijo,

4) Madeira und die Kapverdischen Inseln als Nachschubbasen,

5) die Garantie eines elektronischen und meteorologischen Nachrichtenwesens, ohne das im Kriegsfall der Schiffsverkehr und die Abwehr von Unterseebooten unmöglich würden,

6) nicht nur große Vorkommen an Wolfram, Uran und anderen strategischen Mineralien, sondern noch andere leicht zugängliche Produkte aus Schwarz-Afrika,

7) die Verteidigung der Kongo-Mündung.

Der neue Generalsekretär der NATO, Dirk Stikker, besuchte Portugal, um Salazar über die Haltung der europäischen Verbündeten zu beruhigen. Er erklärte: „Wir müssen gegen die kommunistische Gefahr zusammenhalten" [12]).

Der Kommandierende an der afrikanischen Front aber, Gouverneur General Silva Tavares, war über die NATO-Hilfe entzückt. Am 14. Juni 1961 lobte er bei der Übergabe seines Kommandos an seinen zeitweiligen Nachfolger Silva Freire „die Männer der NATO, die wahre Heldentaten im Kampf gegen die verrücktgewordenen Horden vollbringen", überschwenglich [13]).

Portugal zog sich nicht aus der NATO zurück; zur militärischen Unterstützung der anderen NATO-Mitglieder wurde es zu nötig gebraucht. In einem Interview mit der „New York Times" erklärte Salazar, daß es für Portugal wegen seines militärischen Engagements in anderen Teilen seines Territoriums schwierig sei, seinen Verpflichtungen gegenüber der NATO im Falle eines Angriffs auf Westberlin oder auf Europa voll nachzukommen [14]). Diese Stellungnahme wurde von anderen führenden portugiesischen Politikern des öfteren wiederholt; trotzdem konnte der portugiesische Verteidigungsminister kürzlich nach seiner Rückkehr von einer NATO-Tagung in Brüssel erklären: „Auf diesen Treffen kommt ein großes Verständnis für unsere Position zum Ausdruck" [15]).

10) John Marcum, The Angolan Revolution, Bd. 1, Mit-Press 1969, S. 183.
11) Neue Zürcher Zeitung, 29. 7. 1961.
12) Revue Militaire Générale, Oktober 1961.
13) Alencastre Telo, Angola, terra nossa, diário do terrorismo, Portugal, S. 198.
14) La Libre Belgique, 28. 7. 1961.
15) A Provincia de Angola, 1. 6. 1969.

II

Portugal bringt für seine Kolonialkriege jedes finanzielle Opfer. Der Anteil der portugiesischen Verteidigungsausgaben am Sozialprodukt stieg von 4,5 Prozent 1958 auf 8 Prozent 1964 [16]). Nur in den Vereinigten Staaten liegt der Anteil noch höher, was dem Vietnam-Krieg zuzuschreiben ist; in allen anderen westeuropäischen Ländern liegt der Anteil zwischen 3 und 4 Prozent. Während Amerika als das reichste Land der Welt gilt, ist Portugal das europäische Land mit dem niedrigsten Durchschnittseinkommen.

Nach der Statistik der Vereinten Nationen [17]) für 1965, 1966 und 1967 wurden 51 Prozent, bzw. 49,8 Prozent, bzw. 51,5 Prozent des portugiesischen Staatshaushalts für Verteidigung ausgegeben. Ein westdeutsches Finanzblatt rechnete aus, daß, wenn man die Flughäfen und Straßen, die in den Kolonien für strategische Zwecke gebaut oder modernisiert worden sind, mitrechnet, 59 Prozent der portugiesischen Staatsausgaben in die Verteidigung fließen [18]).

Wie ist es möglich, daß Portugal mit einer solchen jahrelangen finanziellen Belastung seine Lage meistern konnte? Das Geheimnis liegt in den großzügigen ausländischen Anleihen, vor allem aus der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten. Die „Financial Times" schrieb am 15. Oktober 1964: „Daß Portugal keine ausländischen Anleihen zur Verteidigung des Vaterlandes braucht, wurde von Dr. Correa de Oliveira (Staatsminister) vor kurzer Zeit mit besonderem Nachdruck betont. Aber das Land benötigt mit Sicherheit ausländische Hilfe in bedeutendem Umfang, um seine eigenen Mittel, die für Rüstungsausgaben aufgebraucht werden, zu ersetzen." Vier Jahre später zitierte die „Financial Times" den neuen Ministerpräsidenten Caetano (am 28. November 1968): „Die überseeischen militärischen Anstrengungen wurden und werden weiterhin aus eigenen Mitteln des Landes finanziert, die vorher zu einem großen Teil zur Deckung der Ausgaben für die Entwicklung des Landes verwendet worden waren. Nun müssen wir einen großen Teil dieser Ausgaben mit Anleihen decken." Der oben erwähnte Bericht der Vereinten Nationen kommt deshalb zu dem Schluß, daß in Wirklichkeit die ausländischen Anleihen dazu dienen, die portugiesischen Rüstungsausgaben zu finanzieren. Das „Sonntagsblatt" wies am 22. Januar 1967 darauf hin, daß die NATO-Mitgliedsländer Portugal noch in anderer Weise in seiner finanziellen Misere beistehen — vor allem durch die Erhöhung der Importe aus Portugal und seinen Kolonien. Die Vereinigten Staaten z. B. kaufen mehr als die Hälfte der angolesischen Kaffee-Produktion (drittgrößter Kaffeeproduzent der Welt), und die BRD kauft einen bedeutenden Teil der angolesischen Eisenproduktion.

III

Die militärische Zusammenarbeit zwischen Portugal und den Vereinigten Staaten schlug sich nach der Gründung der NATO in einer Reihe von Militärabkommen nieder [19]):

— Beistandspakt vom 5. Januar 1951 [20]);

— Beistandspakt vom 6. September 1951 [21]), der am 15. November 1957 verlängert und ergänzt wurde [22]); er bezog sich auf die Benutzung der amerikanischen Basis auf den Azoren;

16) NATO, facts about the North Atlantic Treaty Organization, S. 115.
17) A/AC 109/L 538, 19. 3. 1969.
18) Deutsche Verkehrszeitung, 30. 1. 1969.
19) Information and Guidance on Military Assistance, Grant Aid and Foreign Sales.
20) Text des Vertrages s. TIAS (Treaties and other International Act Series), 2187.
21) TIAS, 3087.
22) TIAS, 3950.

— Vertrag über die Erneuerung militärischen Materials vom 9. Juli 1952 [23]), ergänzt am 15. September 1960 [24]);

— Abkommen vom 26. September 1960, das sich auf die Rüstungsproduktion bezog [25]);

— Abkommen über die Verleihung zweier Zerstörer-Begleitboote an Portugal vom 7. November 1956 [26]); am 27. Juli 1962 wurde es auf 10 Jahre verlängert [27]);
— Abkommen über die Erleichterung des Austauschs von Patentrechten und technischen Informationen zu Verteidigungszwecken vom 31. Oktober 1960 [28]).

Einige dieser Verträge wurden 1960 abgeschlossen, zu einem Zeitpunkt, als es allen klar geworden war, daß Portugals Weigerung, seinen Kolonien die Unabhängigkeit zu gewähren, zum Krieg führen mußte. Ende 1960 unterzeichneten Amerika und Portugal dazu noch ein Abkommen über den Bau zweier von den USA finanzierter großer Kriegsschiffe für die portugiesische Marine. Der portugiesische Marineminister Admiral Quintanilha é Mendonça Dias äußerte bei dieser Gelegenheit: „Portugal trägt jetzt eine große Verantwortung dafür, die Verteidigung seiner überseeischen Gebiete zu gewährleisten; die Hilfe der USA wird uns erleichtern, dieser Verantwortung zu entsprechen, und sie wird die Schwierigkeiten verringern" [29]).

Die Bedingungen für die amerikanischen Waffenlieferungen an Portugal sind in dem oben erwähnten Beistandspakt spezifiziert. Der Vertrag beruft sich auf den Wunsch der portugiesischen wie der amerikanischen Regierung, als NATO-Partner „den internationalen Frieden und die Sicherheit im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen zu fördern", unter der Berücksichtigung „der gewachsenen Zuversicht der freien Welt in ihre eigene Fähigkeit, Aggressionen abzuwehren". Die Bedingungen, unter denen die militärische Hilfe gewährt wird, sind in dem Vertrag eindeutig festgelegt (Art. 1, Abs. 2): „Jede Regierung ist verpflichtet, effektiven Gebrauch von der Unterstützung zu machen, die sie nach Paragraph 1 dieses Artikels (a) erhält, um die integrierte Verteidigung des nordatlantischen Bereichs zu unterstützen . . ." Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, wurde eindeutig festgelegt, daß die Unterstützung nicht für andere Zwecke benutzt werden kann.

Dieser Vertrag war die Grundlage für große Waffenlieferungen der Vereinigten Staaten an Portugal. Zwischen 1949 und 1961 erhielt Portugal von den Vereinigten Staaten eine Unterstützung im Wert von 370 Mio. Dollar, 80 Mio. als Wirtschaftshilfe und 290 Mio. als Militärhilfe [30]). Es stand eindeutig fest, daß die Verwendung dieses Kriegsmaterials in den portugiesischen Kolonien einen Vertragsbruch durch Portugal darstellen würde. Obwohl dieser Vertragsbruch von den Vereinigten Staaten des öfteren angemerkt und die Portugiesen darauf hingewiesen wurden [31]), wurde die Unterstützung niemals unterbrochen. Am 14. August 1961 verabschiedete das amerikanische Repräsentantenhaus eine Resolution über die Fortsetzung der Militärhilfe an Portugal [32]). Es ist außerdem interessant festzustellen, daß in dem gleichen Vertrag über die amerikanische Militärhilfe an Portugal festgelegt wurde (Art. II), daß „die portugiesische

23) TIAS, 2674.
24) TIAS, 4590.
25) TIAS, 4594.
26) TIAS, 3681.
27) TIAS, 5141.
28) TIAS, 4608.
29) The Times, 21. 12. 1960.
30) U.S. Overseas Loans and Grants and Assistance from International Organizations: 1. Juli 1945 — 30. Juni 1968, erstellt von the Statistics and Reports Divisions AID.
31) Vgl. U.S. House of Representatives, Committee on Foreign Affairs, Foreign Assistance Act, 1962, S. 145; vgl. auch New York Times, 11. 4. 1962; Le Monde, 12. 6. 1962.
32) Hispanic American Report, Okt. 1961.

Regierung damit übereinstimmt, die Produktion und den Transport ... von Rohmaterial und Halbprodukten, die von den Vereinigten Staaten benötigt werden ... und die in Portugal oder in den unter seiner Verwaltung stehenden abhängigen Territorien verfügbar sind, zu erleichtern."

Bis 1961 waren die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Portugal sehr herzlich. Im Mai 1960 sprach Eisenhower während eines Besuches in Lissabon dem Salazar-Regime seine Anerkennung aus. Andererseits entwickelte die neue Kennedy-Administration eine kritischere politische Linie. In den Vereinten Nationen leugneten die Vereinigten Staaten zunächst, daß die amerikanischen Waffen, die für NATO-Zwecke an Portugal geliefert wurden, in Angola verwendet würden [33]), aber Ende 1962 gab der amerikanische Vertreter in der Generalversammlung zu, daß es den Vereinigten Staaten stets bekannt war, daß NATO-Waffen von den Portugiesen in Angola verwendet werden [34]).

Sehr bald machte Portugal der Kennedy-Administration klar, daß die Fortsetzung dieser Haltung gegenüber den portugiesischen Kolonialkriegen nicht nur den Lissaboner US-Propagandasender „Radio Free Europe" gefährden würde, sondern auch die amerikanischen Militärstützpunkte auf den Azoren.

Anfang 1962 begannen Verhandlungen über die Verlängerung des Vertrages betreffend die amerikanischen Stützpunkte auf den Azoren; wegen des portugiesischen Wunsches, die Vereinigten Staaten sollten die portugiesische Kolonialpolitik unterstützen, verliefen sie jedoch schleppend. DPA berichtete am 21. März 1962, „daß die Vereinigten Staaten Portugal außer der finanziellen Unterstützung auch einige Kriegsschiffe sowie anderes Kriegsmaterial, das Portugal zur Verteidigung seiner Überseegebiete dringend benötigt, angeboten haben, und das alles im Austausch für die weitere Benutzung des Stützpunktes auf den Azoren". Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Juni 1962, daß Portugal jährlich 80 Mio. DM verlangt habe.

Während dieser Verhandlungen schlug Amerikas Portugal-Politik völlig um: Anfang 1963 versuchte der für Afrika zuständige amerikanische Staatssekretär Mennen Williams auf einer Pressekonferenz die Journalisten zu überzeugen, daß seine früheren Erklärungen über die Unterstützung der angolesischen Freiheitsbestrebungen durch die USA falsch interpretiert worden seien [35]). Er erklärte, daß es so aussehe, als ob Portugal keine Anstrengungen scheue, die Lage in Angola zu verbessern. Sechs Monate später sagte er in Chicago offen: „Es liegt weder in unserem Interesse, daß die Portugiesen Afrika verlassen, noch wollen wir ihren Einfluß dort beeinträchtigen" [36]). Die öffentlichen Gelder für das amerikanische Afrika-Kommitee zur Finanzierung seiner Arbeit in Angola wurden gestoppt [37]). Ein Agent der portugiesischen Geheimpolizei PIDE hatte entdeckt, daß die angolesische Organisation GRAE (Roberto Holden) über dieses Kommitee mit amerikanischen Steuergeldern unterstützt wurde [38]).

Seitdem sind Annäherung und Zusammenarbeit zwischen USA und Portugal ständig besser geworden. Dezember 1966, als die Benguela-Eisenbahnlinie von Nationalisten gesprengt worden war, erklärten die Verantwortlichen in Luanda und Lissabon, daß sie wegen der möglichen Auswirkungen, die die verzögerten

---

33) U.N. General Assembly (XVI), Fourth Committee, 1201 meeting, 8. 11. 1961.
34) U.N. General Assembly (XVII), Fourth Committee, 1402 meeting, 20. 11. 1962.
35) New York Times, 29. 6. 1962.
36) Neue Zürcher Zeitung, 2. 3. 1963.
37) Neue Zürcher Zeitung, 1. 9. 1963; die aus deutschsprachigen Quellen stammenden Zitate wurden hier — wie im ganzen Text — aus dem Englischen rückübersetzt.
38) Frauke Koeppen-Schomerus, Angola 1966/67, Bonn, S. 205.

Kupferlieferungen auf die amerikanische Rüstungsindustrie und eventuell auf die amerikanische Kriegsführung in Vietnam haben könnten, Sorgen hätten [39]).

Als in Lissabon Caetano zur Macht kam, wurden auf sein Verlangen hin die Verhandlungen über die Luftbasen auf den Azoren wieder aufgenommen [40]). Sein Ziel war es, stärkere amerikanische Unterstützung für die Kolonialkriege zu erhalten. Portugal verlangt nun für die Verlängerung des Azoren-Vertrages Waffen im Wert von 200 Mio. Dollar.

IV

Man kann sicher nicht behaupten, daß die Beziehungen zwischen Portugal und der Bundesrepublik jemals gespannt gewesen wären. Seit die portugiesische Regierung nach dem Tod Hitlers am 3. Mai 45 Halbmastbeflaggung anordnete [41]), blieb das westdeutsch-portugiesische Verhältnis ausgezeichnet. Unter den größeren Staaten der Welt war Portugal der einzige, der nach dem Krieg kein deutsches Eigentum beschlagnahmte [42]). In diesem Zusammenhang stellte der frühere Vizepräsident des Bundestages Richard Jaeger fest: „Alle, die über die Regierung dieses Landes ständig die Nase rümpfen, könnten von der portugiesischen Justiz viel lernen" [43]).

Die Portugiesen brüsten sich damit, daß es Santos Costa, Salazars Kriegsminister, war, der als erster Vertreter eines NATO-Landes auf einer NATO-Konferenz [44]) für eine Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO ohne Bedingungen und Einschränkungen plädierte. Seitdem wurde diese Forderung von Santos Costa wie von Da Cunha, dem damaligen portugiesischen Außenminister, in den folgenden Jahren ständig wiederholt. Als Bonn schließlich 1955 Mitglied der NATO wurde, bot die Nationalversammlung von Lissabon dem westdeutschen Partner ein Willkommen von „solcher Wärme und Herzlichkeit, das es international großes Erstaunen hervorrief" [45]).

Die westdeutsch-portugiesische Zusammenarbeit wurde in einer Reihe von Verträgen festgelegt [46]):

— 1959 wurde vereinbart, daß Portugal an die Bundesrepublik Munition und Uniformen im Wert von 40 Mio. Dollar liefern und daß Westdeutschland die portugiesische Armee mit Raketenteilen und Präzisionsinstrumenten versorgen sollte;

— 1960 ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit sowie über einen Luftstützpunkt für die Bundeswehr in Beja (Portugal);

— 1961 Gründung des „Kommitees für deutsch-portugiesische Zusammenarbeit";

— 1963 Ratifizierung eines Militärabkommens zwischen Portugal und der BRD;

— 1965 Ratifizierung eines gegenseitigen Auslieferungsvertrages;

— 1966 ein Kulturabkommen. Eine seiner Bestimmungen: „Schulbücher in Portugal wie in der BRD dürfen keine Texte enthalten, die einen falschen Eindruck von der Geschichte, den kulturellen Werten oder dem Leben der anderen Nation hervorrufen könnten" [47]);

— 1968 ein neues Militärabkommen, das sich auf den Stützpunkt Beja bezieht.

39) Ebenda, S. 206.
40) New York Times, 20. 11. 1968; Neue Zürcher Zeitung, 19. 4. 1969.
41) Peter Fryer und Patricia McGowan Pinheiro, Oldest Alyy, London, S. 119.
42) Süddeutsche Zeitung, 17. 10. 1956.
43) Abendzeitung, 14. 8. 1963.
44) Im Jahre 1952.
45) Münchner Merkur, 27. 10. 1956; Der Kurier, 20. 11. 1956.
46) Frauke Koeppen-Schomerus, Angola 1966/67, a.a.O., S. 210; Neue Zürcher Zeitung, 30. 12. 1968; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 1. 1960; Wehrkunde 1965, S. 602.
47) Portugal-Bericht, Dezember 1966.

Das im Rahmen der NATO abgeschlossene Militärabkommen zwischen der BRD und Portugal vom 14. Oktober 1963 betrifft die militärische Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Ländern. Der Text des Abkommens ist niemals veröffentlicht worden. Die BRD erhielt ihren einzigen ausländischen Stützpunkt (Beja), dazu noch in Santa Margarida ein Trainingszentrum für die Armee [48]). Im Austausch dafür verpflichtete sich die BRD, Portugal auf jede mögliche Weise in seinen Kriegsanstrengungen zu unterstützen. In den Kolonialkriegen verwundete portugiesische Soldaten werden in westdeutschen Krankenhäusern behandelt [49]). Westdeutschland muß in Portugal einige Krankenhäuser bauen [50]). Eine große Anzahl Waffen muß nach Portugal geliefert werden und wird durch Aufträge im Wert von 100 Mio Dollar, die an Portugal vergeben werden [51]), bezahlt.

Die BRD und die Vereinigten Staaten sind wahrscheinlich die einzigen Länder der Welt, die Portugal freiwillig militärische Hilfe leisten. Der westdeutsche Beitrag wird auf durchschnittlich 3 Mio. Dollar im Jahr geschätzt [52]). Eine riesige Militärmission ist in Portugal stationiert, die sogenannte ZDVP (Zentrale Deutsche Verbindungsstelle in Portugal) [53]). Die Zeitschrift „Wehrkunde" (1965, S. 692) gibt folgende Beschreibung der westdeutschen Militärbasen in Portugal: „Ungefähr 150 km südöstlich von Lissabon, in der Nähe von Beja, wird ein riesiger Flugplatz gebaut, der ein Gebiet von 2 000 acres umfaßt. Zwei betonierte Landebahnen, jede mit einer Länge von 3 000 m, können für Starts und Landungen von allen Flugzeugtypen der deutschen Luftwaffe benutzt werden. Hangars, Werkstätten, ein Hospital, Kasernen sowie Wohnungen für 500 Familien werden hier gebaut. Von den Gesamtkosten, die ungefähr 40 Mio. Dollar betragen, muß Bonn 37 Mio. und Lissabon etwas weniger als 3 Mio. Dollar beisteuern. Später sollen ein Schießplatz und eine Landezone folgen, ein passendes Gelände muß noch gefunden werden.

Der Luftstützpunkt in der Nähe von Beja besitzt außerdem ein Magazin, das alle wichtigen Ersatzteile für den Starfighter F 104 G, für das Noratlas-Transportflugzeug wie auch für das Infanterie-Versorgungsflugzeug Fiat G-91 und das Transall Transportflugzeug C-160, das in Kampfzonen operiert, bereithält; Reparaturwerkstätten werden später gebaut. Überdies hat sich die Bundeswehr die Mitarbeit hochqualifizierter Techniker der staatseigenen OGMA in Alveron für die schwierigeren Reparaturen ihrer Flugzeuge gesichert. Sie sind besonders für die Installation und Reparatur elektronischer Ausrüstungen ausgebildet.

Ein weiteres Warendepot steht der Bundeswehr in Castelloes zur Verfügung; dort werden vor allem strategisches Material und medizinische Versorgungsgüter gelagert werden. Nicht weit von dort wird unter dem Namen ‚Tourist' ein Notdepot gebaut. Hier können Güter, die aus den Vereinigten Staaten kommen und für Europa bestimmt sind, gelagert werden. Ein Fernmeldezentrum in Evora wird nicht nur die Nachrichtenübermittlung innerhalb Portugals, sondern auch die zwischen den deutschen Basen in Portugal und den militärischen Kommandostellen in der Bundesrepublik sicherstellen. Die Kosten für die Einrichtungen werden gleichermaßen von Bonn und Lissabon getragen, da beide gleichermaßen ihre Vorteile davon haben."

48) Le Monde, 20. 6. 1964; Diário de Lisboa, 17. 6. 1964.
49) Vgl. Anm. 48; weiter: Primeiro de Janeiro, Portugal, 5. 3. 1964.
50) Diário de Lisboa, 9. 1. 1965.
51) O Seculo, 18. 6. 1964; New York Times, 19. 6. 1964; Keesings Historical Archives 1963—64, S. 20 259.
52) Der Gesamtwert der westdeutschen Hilfe an NATO-Mitgliedsstaaten ist bekannt. Die einzigen Länder, die für diese Hilfe in Frage kommen, sind die Türkei, Griechenland und Portugal. Die Beträge, die an Griechenland und an die Türkei gehen, sind bekannt. Zieht man diese Beträge von der Gesamtsumme ab, bleiben für Portugal 3—4 Mio. DM. Es ist möglich, daß Portugal noch weitere militärische Hilfe — außer aus dieser NATO-Verpflichtung — von der Bundesrepublik erhält. Die Zahlungsangaben folgen den Berechnungen von Dr. U. Albrecht, in: Dr. U. Albrecht, Der weltweite Waffenhandel, Dissertation, Stuttgart 1969.
53) Die Welt, 3. 5. 1967; SPD-Pressedienst, 12. 11. 1968.

1968 erlahmte das westdeutsche Interesse an Beja. Die Starfighters verursachten Ärger, und mit Spanien gab es wegen der Überfliegungsrechte Schwierigkeiten [54]). Überdies schienen die Portugiesen selber für die Umstellung ihrer Luftwaffe unzureichend gerüstet [55]). Die Beziehungen zwischen Portugal und der BRD entwickelten sich dabei natürlich nicht am besten. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" gab dazu am 18. Juli 1968 den folgenden Kommentar: „Die deutsche Luftwaffe wird wahrscheinlich niemals in der Lage sein, den riesigen Militär-Flugplatz in Beja zu benutzen — das macht aus einem Projekt im Wert von Hunderten von Millionen einen sinnlosen Skandal. Für die finanziellen Bedürfnisse unserer portugiesischen Verbündeten scheint es keine Grenze zu geben. Geld ist die einzige Sache, hinter der sie her sind, immer mehr und mehr Geld, und diese Haltung des ‚Gastgeber'landes, nur an den finanziellen Gewinn zu denken, macht Beja zu einem Skandal."

In dem Bonn-Lissaboner Abkommen von 1968 wurde beschlossen, daß die „Lufthansa" in Beja üben solle, doch der vollständige Inhalt des Abkommens wurde niemals veröffentlicht [56]).

Trotzdem, nichts deutet darauf hin, daß das abnehmende deutsche Interesse an dem Militärstützpunkt in Portugal die portugiesisch-westdeutschen Beziehungen geschwächt oder die westdeutsche Militärhilfe für dieses Land beendet hätte. 1968 empfahl der Verteidigungsausschuß des Bundestages, die Bundesrepublik solle die Lieferung militärischen Materials fortsetzen, als Ausgleich aber andere Projekte nicht fortführen. Bis 1973 würden neue Munitionsaufträge an Portugal nicht zur Diskussion stehen, da man schon zur Genüge ausgerüstet sei. Aber Aufträge im Werte von 18 Mio. Dollar standen noch aus [57]). Nach Berichten des Verteidigungsausschusses lieferte die BRD ungefähr 200 Kriegsflugzeuge und weiteres militärisches Material an Portugal, aber „wegen der Probleme um die eigentliche Bestimmung dieser Lieferungen hatte der (west-)deutsche Außenminister einige Einwendungen gegen diese Lieferungen" [57a]).

Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, sie werde in Spannungsgebieten keine militärische Unterstützung leisten. Auf diese Entscheidung war es z. B. zurückzuführen, daß nach Malawi keine Flugzeuge geliefert wurden, wahrscheinlich weil es ein Nachbarland von Mozambique ist [58]). Bemerkenswert mag es scheinen, daß die portugiesische Luftwaffe, die in Mozambique Flugzeuge einsetzt, von der militärischen Unterstützung nicht ausgeschlossen wird.

Außer der direkten Unterstützung der kolonialen Kriegsführung — wie die Lieferung von Flugzeugen, Kriegsschiffen, Lastwagen, Raketen und Kanonen — leistet die BRD auch eine wesentliche finanzielle Hilfe an Portugal: 1961 eine Anleihe von 40 Mio. Dollar, 1962 eine Anleihe von 35 Mio. Dollar, 1963 von 15 Mio. Dollar usw. [59]).

V

Daß Portugal fähig ist, seine Kolonialkriege in Afrika über Jahre hinweg zu führen, verdankt es der Tatsache, daß es von seinen NATO-Partnern unterstützt wird. Mit Ausnahme von Frankreich geben diese Länder ihre Hilfeleistungen nicht offen zu. Sie ziehen aus der Tatsache Nutzen, daß Portugal NATO-Mitglied

54) Financial Times, 24. 10. 1968.
55) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. 1. 1969.
56) Neue Zürcher Zeitung, 30. 12. 1968.
57) Wichtige Teile dieses Geheimdokuments wurden in der Militärzeitschrift „Wehrkunde" vom 9. 12. 1968 veröffentlicht.
57a) Ebenda.
58) Europa Archiv, 1966, S. 224.
59) Frauke Koeppen-Schomerus, a.a.O., S. 211.

ist, und sie liefern große Mengen Kriegsmaterial unter dem Vorwand, daß sie Portugal unterstützen müßten, wenn sie ihren NATO-Verpflichtungen nachkommen wollen. Ein großer Teil dieses Rüstungsmaterials wird in den Kolonialkriegen in Afrika verwendet. Zu gleicher Zeit haben die NATO-Partner Portugals akzeptiert, daß Portugal fast alle seine Einheiten den NATO-Streitkräften entzogen hat, um sie in den Kolonien einzusetzen. Daher sind die Regierungen der NATO-Länder mitschuldig an den Verbrechen, die in Afrika begangen werden.

Es bleibt die Frage, ob die NATO als Organisation irgendetwas mit der kriminellen portugiesischen Politik in Afrika zu tun hat. Die NATO hat als Organisation niemals dagegen protestiert, daß unter dem Vorwand der portugiesischen Mitgliedschaft kriminelle Waffenverkäufe getätigt werden. Die NATO hat als Organisation niemals dagegen protestiert, daß NATO-Truppen und NATO-Ausrüstung dem NATO-Bereich entzogen und anderswo eingesetzt werden. Stellungnahmen von hohen NATO-Funktionären zeigen, daß sie die portugiesische Politik gutheißen. Man würde die Situation verkennen, wenn man der Meinung wäre, die NATO sei nur eine militärische Organisation: der politische Aspekt der NATO ist genauso wichtig. Im NATO-Rat ist es regelmäßig so, daß die Außenminister der verschiedenen Mitgliedsstaaten sich gegenseitig konsultieren. Und übereinstimmend haben sie ihr Verständnis bekundet. Somit ist die NATO als Organisation für die Verbrechen in den portugiesischen Kolonien in Afrika mitverantwortlich.

Die Wirtschaftskrise 1966/67 in der Bundesrepublik Deutschland

Von Wladimir Schenajew, Moskau

Der Verfasser dieses Beitrages hielt sich in den Jahren 1966/67 in der Bundesrepublik auf und konnte die Entwicklung der Wirtschaftskrise beobachten. Im folgenden geben wir seine Einschätzung des Charakters dieser Krise wieder.
D. Red.

I

Als W. I. Lenin den Prozeß der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus analysierte, wandte er nicht von ungefähr Deutschland besondere Aufmerksamkeit zu. Von den vier reichsten kapitalistischen Ländern hob er vor dem Ersten Weltkrieg in bezug auf rasche Entwicklung und Ausbreitung der Monopole in der Produktion die Vereinigten Staaten und Deutschland hervor [1]). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden auf dem Territorium Westdeutschlands mit Hilfe des inter-

[1]) W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, S. 358.

nationalen, hauptsächlich amerikanischen Kapitals von neuem Privatmonopole aus der Taufe gehoben. Die ökonomische Entwicklung der BRD in den Nachkriegsjahren weist natürlich einige Besonderheiten auf, die sich von denen Deutschlands vor dem Krieg, wie auch von vielen heutigen kapitalistischen Ländern unterscheiden. Gleichzeitig blieben aber auch die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten bestehen, die sich unter anderem auf den zyklischen Charakter der Kapitalreproduktion beziehen, was seinerzeit von Marx und Lenin ausführlich untersucht worden war.

Nach der bis zur Mitte der fünfziger Jahre dauernden Periode des Wiederaufbaus der Wirtschaft begann in der BRD ein Aufschwung, der in den Jahren 1966/67 mit einem Wirtschaftsrückgang endete. In mündlichen Erklärungen von Staatsmännern der BRD und in offiziellen Dokumenten, auf Parteitagen der regierenden Partei, in der Presse, in Rundfunk und Fernsehen konnte man von dem sogenannten „Wirtschaftswunder" Westdeutschlands hören und lesen. Politiker und Publizisten versuchten den Eindruck zu erwecken, es sei eine Zeit der ewigen Blüte eingetreten, die Wirtschaftskrisen [2]) seien verschwunden. Damals wandte kaum jemand seine Aufmerksamkeit dem Umstand zu, daß sich im Lande bereits eine Tendenz zum Abklingen des wirtschaftlichen Zuwachstempos abzeichnete, daß die Schwierigkeiten und Widersprüche in den Beziehungen der einzelnen Branchen zueinander wie auch innerhalb derselben wie ein rollender Schneeball anwuchsen, was durch die wissenschaftlich-technische Revolution noch beschleunigt wurde. Zu jener Zeit erinnerte man weder an die Wirtschaftskrisen der Vergangenheit noch daran, daß die Nationalsozialisten bereits in den dreißiger Jahren, nachdem die Wirtschaftskrise 1923—1933 in Deutschland geendet hatte, ebenfalls auf der Welle des Aufschwungs viel über das sogenannte „Finanzwunder" sprachen und schrieben und ihrer Wirtschaftspolitik eine wundertätige Kraft zuschrieben. Erst Anfang der sechziger Jahre begannen in der BRD schüchterne Stimmen der Kritik laut zu werden, die sich sowohl auf die staatliche Wirtschaftspolitik als auch auf die neoliberale Doktrin bezogen. Zugleich erinnerte man sich an die schweren Zeiten der Wirtschaftskrisen der Vergangenheit. So erschien 1966 ein interessanter Artikel von Dr. Eduard Werle mit einer Analyse der Weltwirtschaftskrise 1923—1933. Wie der Autor schrieb, bestand das Ziel dieses Artikels darin, die Fehler der Vergangenheit zu berücksichtigen und nicht zu wiederholen [3]). Als Ende 1966 klar wurde, daß sich über der Wirtschaft der BRD Gewitterwolken zusammenballten, beschloß das Monopolkapital, Kanzler Erhard mit seiner hinfälligen Wirtschaftskonzeption abzusetzen und eine „starke" Regierung der „großen Koalition" ans Ruder zu rufen. Die Regierung der „großen Koalition" hatte nichts Eiligeres zu tun, als der Regierung Erhard die Schuld an allen Schwierigkeiten in die Schuhe zu schieben und zu versprechen, sie werde bereits in der allernächsten Zeit eine Stabilisierung des wirtschaftlichen Wachstums erreichen. Damit aber diesbezüglich niemand Zweifel hege, nahm das Parlament im Frühjahr 1967 ein Gesetz über die Stabilisierung des wirtschaftlichen Wachstums an. Gesetz ist wohl Gesetz, aber Wirtschaft bleibt eben Wirtschaft. Sie entwickelt sich nicht nach den vom Bundestag angenommenen, sondern nach ihren eigenen Gesetzen. Zu jener Zeit sprach schon niemand mehr vom „Wirtschaftswunder", und wahre Anhänger der neoliberalen Doktrin konnten nur schwer gefunden werden. Viele von ihnen sind gestorben (W. Euken, L. Miksch, W. Röpke), andere haben im Grunde genommen den Schauplatz verlassen (F. Maier, F. Böhm), die übrigen haben sich entweder beruhigt

[2]) In der westdeutschen Literatur werden außer dem Wort „Krise" auch die Wörter „Rückschlag" oder „Rezession" verwendet.

[3]) Eduard Werle, „Finanzpolitische Erfahrungen aus den dreißiger Jahren" und „Bauwirtschaft im Wandel der Konjunktur", Frankfurt/M. 1966, S. 76—90.

oder einfach ihre Anschauungen geändert. Die heitere Musik von der „ewigen Blüte" wurde von bedrückten Erwägungen über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten abgelöst (von einer Krise wurde damals noch nicht gesprochen). Wissenschaftler, Manager und Politiker stellten Diagnosen und gaben ihre Rezepte. In Zeitschriften und Zeitungen tauchten Artikel und Interviews mit einer Einschätzung der entstandenen Wirtschaftslage auf. Viele Kritiken richteten sich gegen den Sachverständigenrat, der in seiner Übersicht 1966 eine optimistische Prognose gegeben hatte, dann aber plötzlich umschwenkte und im März 1967 [4]) eine Spezialnummer herausbrachte, in der er anderen Ansichten Ausdruck verlieh.

Der „Volkswirt" schrieb diesbezüglich, im Herbst 1966 habe niemand gedacht, es werde eine Rezession eintreten. Weder die Bundesbank noch das Wirtschaftsministerium oder der Unternehmerverband gaben bessere Prognosen als der Sachverständigenrat. Die Zeitschrift brachte Erhard in Erinnerung, er habe noch im Sommer 1966 Anzeichen einer Belebung gesehen, sich jedoch 1967 gestattet, an die Adresse des Sachverständigenrates zu sagen: „Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht, was sie tun."

Wie eingangs bereits erwähnt, war man in den offiziellen Kreisen bemüht, die Schwierigkeiten mit den Sünden der Regierung Erhard zu erklären. In der wissenschaftlichen Welt fügte man den Fehlern der Regierung in der Wirtschaftspolitik, hauptsächlich auf finanziellem Gebiet, auch noch die Fehler der deutschen Bundesbank hinzu, die 1965 und 1966 Restriktionskredite gegeben hatte. In der Bankensphäre hingegen hielt man die Kreditpolitik der Deutschen Bundesbank für die richtige Reaktion auf die unrichtige Finanzpolitik des Staates, die außer der strukturellen Krise als Hauptursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten angegeben wurde. In der Busineßsphäre sah man die Hauptursache für das zurückgehende Zuwachstempo und die herannahende Flaute wie immer in den steigenden Löhnen.

Aufgrund dieser Diagnose wurden nachstehende „Behandlungen" vorgeschlagen: Verteilung von Machtbefugnissen für eine antizyklische Politik im Geiste der Keynesschen Ideen an den Staat und Verzicht auf die neoliberale Politik der „sozialen freien Marktwirtschaft"; Abschaffung der Restriktionspolitik der Deutschen Bundesbank und Übergang von der Politik des „teueren Geldes" zur Politik des „billigen Geldes"; Änderung der Strukturpolitik [5]). Schließlich zog sich durch den vereinigten Chor der Regierungskreise und der Unternehmer wie ein roter Faden das Leitmotiv „Offensive gegen den Lohn der Werktätigen und die Ausgaben für soziale Investitionen."

In einigen der eingangs erwähnten Rezepten liegt eine gewisse Raison. Erhards Wirtschaftspolitik und die Kreditpolitik der Deutschen Bundesbank litten wirklich an gewissen Mängeln und beschleunigten zweifellos das Herannahen der Krise. Einige Industriezweige in der BRD (Steinkohlenindustrie, Eisenhüttenwesen und Textilindustrie) machten wirklich im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution schon lange eine Strukturkrise durch. Die Hauptursache der Wirtschaftskrise 1966/67 liegt jedoch, davon sind wir zutiefst überzeugt, in den Bedingungen der kapitalistischen Reproduktion, deren zyklischer Charakter, im Licht der marxistisch-leninistischen Theorie gesehen, durch den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung liegt. Letzteres zeigt sich in den

4) „Der Volkswirt", Nr. 15/1967.
5) In der Frage der Strukturpolitik gibt es überaus verschiedenartige Meinungen und Vorschläge, was sowohl die Auffassung über die Strukturpolitik wie ihr Wesen unklar werden ließen.

Widersprüchen zwischen der Organisiertheit in einzelnen Betrieben und Konzernen einerseits und dem Fehlen der Organisiertheit im Maßstab der ganzen Ökonomik andererseits (Mikro- und Makroökonomik), wie auch in den Widersprüchen zwischen Produktion und Konsum, Arbeit und Kapital usw. Was den Lohn betrifft, so wirkte sich eben sein Ansteigen in der Nachkriegszeit positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aus. Die Erfolge der Arbeiterklasse im Kampf gegen das Kapital erweiterten den Rahmen der zahlungsfähigen Nachfrage und schwächten damit den Widerspruch des Kapitalismus zwischen Produktion und Konsum ab. Das ist allein aus der Tatsache zu ersehen, daß sich die Wirtschaftskrise 1966/67 in der BRD nach der Zunahme der Industrieproduktion um ein Vielfaches stärker entlud, als das in Deutschland vor der Wirtschaftskrise 1929—1933 der Fall gewesen war. Die Besonderheit der Wirtschaftskrise 1966/67 in der BRD besteht darin, daß sie die erste zyklische Krise der Überproduktion in der Nachkriegszeit war, innig verquickt mit der Strukturkrise einiger sogenannter traditioneller Industriezweige und der Krise der Wirtschaftspolitik des Staates. Die eingangs angeführten Rezepte, die sich bloß auf einige Besonderheiten der herannahenden Krise beziehen, hatten nichts mit deren Wesen zu tun, das den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung betrifft.

II

Welcher Art sind die charakteristischen Züge der zyklischen Krise der Überproduktion 1966/67 in der BRD?

Das hervorstechendste Merkmal jeder Überproduktionskrise ist der Produktionsrückgang. In der ganzen Krisenperiode, ungefähr von Juli 1966 bis August 1967, war der Index der Industrieproduktion in seiner Gesamtheit um 3 Prozent niedriger als in der vorangegangenen Vergleichsperiode. In einzelnen Zeitspannen des Jahres 1967 überstieg der Rückgang 6 Prozent, in einigen Industriezweigen 10 bis 20 Prozent [6]). Somit lag zum erstenmal in der Nachkriegszeit ein absoluter Rückgang der Industrieproduktion klar auf der Hand. Bemerkt muß allerdings werden, daß der Rückgang verhältnismäßig gering war. Das läßt sich mit einigen Ursachen erklären. Erstens bestand in der BRD längere Zeit eine Tendenz des Abflauens des Zuwachstempos. Während z. B. die Industrieproduktion von 1950 bis 1955 um 77 Prozent zunahm, betrug der Zuwachs von 1955 bis 1960 40 Prozent, von 1960 bis 1965 32 Prozent [7]). In dem kurzen und der Krise am nächsten gelegenen Zeitabschnitt fiel das Tempo der Industrieproduktion folgendermaßen ab: von 7,6 Prozent im ersten Quartal 1965 auf 3,7 Prozent im vierten Quartal [8]), während es 1966 in seiner Gesamtheit 1,3 Prozent betrug. Zweitens bremsten die Großunternehmer, die über die Marktkonjunktur gut informiert sind, schon im vorhinein die Warenproduktion, was in der entsprechenden Nichtauslastung der Produktionskapazitäten noch vor Anbruch der Krise zum Ausdruck kam.

Dadurch wurde ein anderer Zug der Überproduktionskrise — die Überakkumulation des Grundkapitals — ziemlich markant zum Ausdruck gebracht. In der Krisenzeit schwankten die ungenutzten Kapazitäten in der Industrie zwischen 25 und 30 Prozent, im Bauwesen beliefen sie sich auf 40 Prozent. Ein Jahr vor der Krise hingegen wurden die Kapazitäten der Industrie in der BRD zu 90 Prozent genutzt, 1964 waren es sogar 95 Prozent [9]) gewesen. Die Unlust, die Inve-

[6]) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt/M., lfd.
[7]) DWI-Forschungshefte, Nr. 2 1968, S. 20.
[8]) MEMO, Nr. 4 1968, S. 37.
[9]) DWI-Forschungshefte Nr. 2 1968, S. 13.

stitionen in das Grundkapital zu steigern, kam darin zum Ausdruck, daß die dem Monopolkapital zur Verfügung gestellten günstigen Amortisationsabschreibungen erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg seit 1967 fast nicht ausgenutzt wurden. Berechnungen des Sachverständigenrats zufolge führte die Nichtauslastung der Produktionskapazitäten der BRD im Jahre 1966, sogar verglichen mit 1965, zu einer Unterproduktion von Waren im Werte von 30 Mrd. Mark [10]). Folglich zeigte sich die diesmalige Wirtschaftskrise in der BRD nicht so sehr in der Überproduktion von Waren wie in der markant zum Ausdruck kommenden Überproduktion des Grundkapitals. Die Investitionen in das Grundkapital der Industrie gingen während der Krise um 12 Prozent, im Bauwesen sogar um 25 Prozent zurück [11]).

Als eine Besonderheit dieser Krise muß das geringe Niveau der Reserven bezeichnet werden. Die übliche, typische Erscheinung der zyklischen Krise, nämlich die Zunahme der nichtrealisierten Erzeugnisse, gab es wohl, doch war sie keine allgemeine Erscheinung und dauerte nur verhältnismäßig kurze Zeit. Vorräte von nichtrealisierten Erzeugnissen gab es in der Kraftwagenindustrie und unter den Dauergebrauchswaren (nicht berücksichtigt werden hier die Vorräte im Zusammenhang mit der Strukturkrise, wie z. B. in der Steinkohlenindustrie). Diese Vorräte stiegen im Laufe des Jahres 1966, begannen aber bereits 1967, also noch während der Krise, zurückzugehen.

Eine eigenartige zyklische Krise der Überproduktion 1966/67 in der BRD zeigte sich auch in der Preisbewegung. Die Wirtschaftskrisen der Vergangenheit waren gewöhnlich durch einen bedeutenden Preisrückgang gekennzeichnet. Das hing mit der bedeutenden Überproduktion von Waren und der Anhäufung von nichtrealisierten Erzeugnissen in Form von Vorräten zusammen. Da die Überproduktion von Waren sowie die Vorräte in der BRD aufgrund einiger Ursachen keine großen Ausmaße erlangten, war auch der Preisrückgang, sowohl zeitlich gesehen als auch dem Maßstab nach, nur gering. In der BRD war in der ganzen Nachkriegszeit ein langsamer, aber stetiger Anstieg der Preise zu beobachten. Dieser Preisanstieg hielt auch während der teilweisen Krisen 1953 und 1958 an. Erst im Verlauf der zyklischen Krise 1966/67 ging der Index der Großhandelspreise um etwa zwei Punkte zurück.

Eine bemerkenswerte Besonderheit der Wirtschaftskrise in der BRD war auch der Umstand, daß sie unter den Bedingungen einer bis dahin beispiellosen Außenwirtschaftsexpansion verlief. Der Aktivsaldo der Handelsbilanz belief sich 1966 auf 8 Mrd. Mark, 1967 überstieg er 16,9 Mrd. Mark [12]). Das war durch die verhältnismäßig hohe Konjunktur möglich, die zu jener Zeit in den meisten kapitalistischen Ländern Westeuropas zu beobachten war. Die Außenhandelsexpansion ergab größere Möglichkeiten für die Realisierung der Erzeugnisse, bremste den Preisrückgang auf dem Binnenmarkt und glättete die Widersprüche zwischen der Produktion und der inneren zahlungsfähigen Nachfrage. Bei einem monatlichen Rückgang der Binnenbestellungen, der während der Krise bei 10 Prozent lag, stiegen die Außenbestellungen um mehr als 10 Prozent.

Eine weitere wichtige Erscheinung der zyklischen Krise der Überproduktion war die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Bis zu den sechziger Jahren und insbesondere Mitte der fünfziger Jahre kam es in der BRD zu einem bedeutenden Anstieg des Beschäftigungsgrades. Von 1950 bis 1960 stieg die Zahl der Beschäftigten allein in der Industrie auf das 1,6fache. Die extensiven Formen der Arbeits-

10) Sondergutachten des Sachverständigenrats März 1967, Stuttgart und Mainz, S. 6.
11) MEMO, Nr. 4 1968, S. 43.
12) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1968, Nr. 3.

ausbeutung, die mit der Einbeziehung zusätzlicher Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß zusammenhängen, waren in bedeutendem Maße für das hohe Tempo des wirtschaftlichen Wachstums in jener Zeit bestimmend. Die westdeutsche Ökonomik zog zudem mehr als eine Million Auslandsarbeiter, hauptsächlich aus Italien, Spanien und der Türkei, heran. In den sechziger Jahren ließ die Zunahme des Beschäftigungsgrades rapid nach, und die Beschäftigung bei der Forcierung der Industrieproduktion verlor ihre Bedeutung. Vor der Wirtschaftskrise 1966/67 wurde jedoch die Stagnation in der Zunahme der Beschäftigten nicht von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit begleitet.

Die zyklische Krise war es, die in der BRD erstmals konkret das Problem der Arbeitslosigkeit aufwarf. Im ersten Halbjahr 1967 stieg die Zahl der offiziell registrierten Erwerbslosen um 300 000. Hier müssen noch die 300 000 Fremdarbeiter hinzugefügt werden, die wegen Entlassungen die BRD verlassen mußten. Nicht enthalten sind in der offiziellen Arbeitslosenstatistik auch die 250 000 Deutschen, die nach Verlust der Arbeit Anspruch auf eine soziale Unterstützung (Rente usw.) hatten. In der Periode der Wirtschaftskrise verloren somit insgesamt etwa eine Million Menschen ihre Arbeit. Auch andere von den Unternehmern in dieser Zeit angewandte Praktiken müssen berücksichtigt werden: Reduzierung der Arbeitswoche, Aufhebung der Überstunden, Einführung von Feierschichten mit entsprechender Verringerung des Verdienstes. Nach Berechnungen des Westberliner Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung war 1967 die Arbeitszeit in der BRD in ihrer Gesamtheit um 4,4 Prozent zurückgegangen, was mit der Entlassung von 1,1 Millionen Beschäftigten identisch ist [13]).

Auch die Bankrottwelle blieb in der zyklischen Krise in der BRD nicht aus. Sie erfaßte hauptsächlich kleine und mittlere Betriebe, zog aber auch einige große Konzerne in Mitleidenschaft. Der Krupp-Konzern befand sich im Grunde genommen am Rande des Bankrotts. Hier ging es nicht ohne Einmischung des Staates ab. Riesige Schwierigkeiten machten auch Konzerne wie Mannesmann, Volkswagen und andere durch. Die im Verlauf der Krise aufgetretenen Bankrotte, die der Zahl der Betriebe nach das Jahr vor der Krise um die Hälfte übertrafen, trugen zu einer wesentlichen Beschleunigung der Konzentrierung und Zentralisierung des Kapitals bei, was hauptsächlich in Form von Einverleibungen und Verschmelzungen vor sich ging.

Eigenartig war nicht nur der Verlauf, sondern auch der Beginn der angeführten Krise. Es zeigte sich ein allmähliches Hineinschlittern in die Krise und deren Entwicklung ohne schroffe Explosionen und Flauten (eine Ausnahme bildet wohl die Automobilindustrie). Das steht in Einklang mit den eingangs erwähnten Zügen dieser Krise und hängt auch in nicht geringem Maße mit der diesmal fehlenden Bankkrise zusammen.

Die klassischen zyklischen Krisen der Überproduktion waren gewöhnlich von einer Krise im Bankwesen begleitet. In dieser Krise hielt das Bankkapital stand. Eine nicht geringe Rolle spielte dabei der Umstand, daß der Staat seine wichtigsten Regelungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Finanz- und Kreditpolitik durchführte. Nicht von ungefähr war daher diese Krise von einer großen Aktivierung der öffentlichen Finanzen begleitet. Das kam im Übergang des Staates zur aktiven Politik der defizitären Finanzierung zum Ausdruck. Zusätzlich zu den üblichen Haushaltsassignationen nahm der Staat im Verlauf der Krise noch zwei Eventualbudgets in Höhe von 2,5 und 5,3 Mrd. Mark an. Diese als Unterstützung für die Investitionen bestimmten Mittel wurden zur Gänze durch die Erhöhung

[13]) Wochenbericht, DWI, Nr. 41/42, 1967, S. 223.

der Staatsschuld gedeckt. Das Westberliner Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ist der Ansicht, daß es dem Staat mit Hilfe dieser Eventualbudgets gelungen ist, den Rückgang der Industrieinvestitionen während der Krise um 3 Prozent zu verringern; d. h. ohne diese staatlichen Injektionen hätte der Investitionsrückgang nicht 12 Prozent, sondern 15 Prozent betragen [14]). Gleichzeitig ergab sich eine riesige Zunahme der Staatsschuld, die auch für die nächsten Jahre vorgesehen ist.

Die Hauptlast der Krise legte sich, wie immer, auf die Werktätigen. Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Steuern, Verringerung des Verdienstes, inflationistische Preissteigerungen (bei einem Rückgang der Großhandelspreise stieg der Index der Lebenshaltungskosten auch während der Krise weiterhin an), Reduzierung der staatlichen Ausgaben für soziale Belange — all das ist eine nur unvollständige Aufzählung der Schwierigkeiten, mit denen es die Werktätigen zusätzlich zu tun hatten.

Ab Herbst 1967 zeichnete sich ein allmähliches Abflauen der Krise ab. 1968 stieg die Industrieproduktion um 11 Prozent, die Kapitalinvestitionen erhöhten sich um 9 Prozent, die reale Zunahme des nationalen Bruttoproduktes belief sich bereits auf 6,5 Prozent. Bei der Konstatierung des so hohen Zuwachstempos im Jahre 1968 darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Kennziffern des als Basis angenommenen Krisenjahres 1967 niedriger waren als 1966. Nicht von ungefähr waren die Prognosen für 1969 bedeutend bescheidener. So veranschlagen einige westeuropäische Forschungsinstitute für Wirtschaft die reale Zuwachsrate des Nationalproduktes der BRD mit 5 Prozent, Mc Grow Hill mit 3,1 Prozent, das Kieler Institut für Weltwirtschaft mit 3 Prozent [15]).

III

Die BRD gehört also jetzt nicht mehr zu jenen wenigen kapitalistischen Ländern, die nach dem Zweiten Weltkrieg noch keine zyklische Krise der Überproduktion mitgemacht haben. Jetzt nähert sich die BRD dem Charakter des ökonomischen Zyklus nach Ländern wie die USA, Belgien und den skandinavischen Ländern: verhältnismäßig geringe Zunahme bei periodischen Krisen.

Derzeit werden in der BRD immer häufiger Stimmen laut, daß die gegenwärtige Belebung nicht von langer Dauer sei und die Wahrscheinlichkeit einer neuen Krise zu Beginn der siebziger Jahre bestehe. So konnte man im jüngsten Bericht des Sachverständigenrates lesen: „Die Unternehmer, die sich gegenwärtig einer günstigen Gewinnentwicklung erfreuen und wieder mehr und mehr zu Erweiterungsinvestitionen übergehen, könnten dann sowohl von der Kostenseite als auch von der Nachfrageseite und möglicherweise auch von der Auslandskonkurrenz her in Bedrängnis geraten". Etwas weiter heißt es dann: „Ein erneuter Rückschlag (1971) wäre damit durch den Konjunkturrhythmus und durch ein Zögern der Konjunkturpolitik schon heute programmiert" [16]).

Die marxistisch-leninistische Theorie, die als Hauptursache der zyklischen Wirtschaftskrisen im Kapitalismus den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und der privatkapitalistischen Form der Aneignung erachtet, sieht die grundlegende Befreiung von den Krisen in der Lösung des erwähnten Widerspruches.

14) Wochenbericht DWI, Nr. 45/46 1967, S. 242.
15) Außenhandelsblätter der Commerzbank, 3/1969, S. 5.
16) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1968/69, Stuttgart-Mainz, 1969, S. 78.

Wir sind der Ansicht, daß die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Theorie des zyklischen Charakters der Überproduktion im Kapitalismus auch dadurch bestätigt wird, daß in der BRD eben während der Wirtschaftskrise 1966/67 so radikal die theoretische und praktische Frage der antizyklischen Wirtschaftspolitik aufgeworfen wurde. Ein russisches Sprichwort lautet: „Kein Feuer ohne Rauch". So lesen wir von der Notwendigkeit der antizyklischen Politik in der BRD heute sowohl in Arbeiten von Wirtschaftsfachleuten wie auch in Ausführungen von Staatsmännern, wie z. B. des Wirtschaftsministers Schiller und des früheren Finanzministers Strauß [17]).

Gesamtschule: Technokratische Leistungsschule oder Chance zur Demokratisierung der Gesellschaft?

Von Wulf Hopf und Ulf Preuss-Lausitz

Als der große Hoffnungsschimmer am düsteren Horizont des traditionellen Schulsystems erscheint fast allen Kritikern der Schule die „integrierte Gesamtschule". Schüler und fortschrittliche Lehrer erwarten mehr Selbstbestimmungsmöglichkeiten, Bildungspolitiker hoffen auf höhere Quoten von Mittelschülern und Abiturienten, und viele Eltern glauben, durch die Gesamtschule könne mehr Chancengleichheit für ihre Kinder wirklich werden.

Aber die Gesamtschule ist nicht unumstritten. Die CDU, die Arbeitgeber und der Philologenverband versuchten alles, um ihre Einführung zu verhindern. Es scheint, als ob sie in dieser bildungspolitischen Auseinandersetzung gegen SPD, FDP, die Gewerkschaften (vor allem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften) unterlegen sind. Seit kurzem allerdings unterstützen auch Teile der Unternehmer und der CDU die Gesamtschule, verbinden damit jedoch ganz bestimmte inhaltliche Forderungen (z. B. über die Einführung neuer Unterrichtsinhalte).

Diese Vielfalt von Erwartungen stimmt mißtrauisch. Wir wollen deshalb darstellen, was Gesamtschule ist, welche Hoffnungen sie erfüllen kann und welche nicht, in welche Richtung ihre Entwicklung geht, ob sie die Organisationsform einer demokratischen Schule hat, in welcher Weise sie an die Entwicklung der westdeutschen kapitalistischen Leistungsgesellschaft gebunden ist. Wir wollen Schüler, Lehrer und Eltern zu Wort kommen lassen, die in ihrer Gesamtschule Erfahrungen gesammelt haben. Die zentrale Fragen an die Gesamtschule, die auch für die Strategie der Schüler von besonderem Gewicht ist, lautet: Dienen die Gesamtschulen dazu, die Schüler besser als die traditionellen Schulen zur

17) 1967 und danach, Erwartungen, Befürchtungen, Berechnungen. DIHT-Schriftenreihe, Bonn 1967, Heft 101, S. 15 u. 35.

Anpassung an eine sich ständig wandelnde Gesellschaft vorzubereiten, so daß sie als künftiger Produktionsfaktor Arbeit und als Konsument besser ausgebeutet werden können; oder bieten die Gesamtschulen die Chance der Demokratisierung, womöglich auch gegen die Absichten der herrschenden Kräfte dieser Gesellschaft?

Was ist Gesamtschule?

Was ist Gesamtschule? Sie soll zuerst nur kurz beschrieben werden. In der Gesamtschule ist die traditionelle Trennung von Haupt-, Realschule und Gymnasium mindestens in der Mittelstufe aufgehoben: In einem Gebäudekomplex besuchen alle Schüler eines Jahrgangs bis zur 10. Klasse eine Schule unter gemeinsamer Leitung, nehmen gemeinsam an einem Unterricht teil, der anders als in den traditionellen Schulen nicht mehr nach Jahrgangsklassen geordnet ist, sondern nach einem differenzierten System von Kernunterricht, Leistungs- oder Niveaukursen, Wahlpflichtkursen und freiwilligen Arbeitsgemeinschaften. Welche Fächer im Kern-, Kurs- und Wahlpflichtbereich unterrichtet werden, ist unterschiedlich geregelt. Ein typisches Gesamtschulmodell könnte so aussehen: Am Kernunterricht in den Fächern Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Gesellschaftskunde, Musik, Arbeitslehre, Sport nehmen alle Schüler eines Jahrgangs in sogenannten „Kerngruppen" von etwa je 30 Schülern teil; sie entsprechen am ehesten der traditionellen Jahrgangsklasse. Mathematik und Englisch werden demgegenüber in unterschiedlichen Leistungskursen unterrichtet, die der verschiedenen Lernfähigkeit von Schülern entsprechen. Es gibt zwei bis vier Leistungsniveaus. Im Wahlpflichtbereich Physik, Chemie, Biologie erfolgt die Differenzierung nach individueller Neigung und nach dem Lehrangebot. Anders als in traditionellen Schulen mit Jahrgangsklassen haben Schüler in der Gesamtschule mehr Kontakte zu anderen: die Mitschüler in Leistungskursen und in Wahlpflichtfächern sind zum Teil andere als in der Kerngruppe.

Die Entstehung der Gesamtschule

Erste Überlegungen zur integrierten Gesamtschule gab es in der Bundesrepublik und Westberlin Anfang der 60er Jahre. Schulsenator Evers veröffentlichte 1963 das Modell einer Gesamtschule, das dann von der SPD in ihren Bildungspolitischen Leitsätzen und von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vertreten wurde. In Berlin begannen auch die ersten Planungen von Gesamtschulen. 1962 bis 1964 wurde die Planung von insgesamt vier Versuchsschulen eingeleitet, die 1968 und 1969 den Unterricht aufnahmen. Inzwischen haben im Bundesgebiet und Westberlin insgesamt 15 integrierte Gesamtschulen den Unterricht aufgenommen, und rd. 20 weitere Schulen sind in Planung.

Die Begründungen für Ziele und die Organisation der Gesamtschule müssen im Rahmen von drei Ereignissen in der Mitte der 60er Jahre gesehen werden: 1964 wurde die Öffentlichkeit vor einer Bildungskatastrophe gewarnt: internationale Vergleiche hatten ergeben, wie erschreckend wenig Mittel in der Bundesrepublik für Bildung und Forschung ausgegeben wurden. Im Vergleich zu anderen Ländern war der Anteil von Absolventen der höheren Schule sehr gering, und der Abstand würde sich — so lautete die Prognose — noch vergrößern. Das Bildungssystem der Bundesrepublik ist jedoch nicht nur quantitativ rückständig, sondern auch qualitativ.

Zweitens wurde der Öffentlichkeit zum ersten Mal in größerem Ausmaß bewußt zu machen versucht, wie ungleich die Bildungschancen in der Bundesrepublik verteilt sind: daß 50 Prozent der Gesamtbevölkerung Arbeiter sind, jedoch nur 5 Prozent der Studenten Kinder von Arbeitern, wurde eine prägnante Formel

dieser Ungleichheit. Darüber hinaus wurde die Benachteiligung von Mädchen gegenüber Jungen bekannt, von Landbevölkerung gegenüber Stadtbewohnern, von Katholiken gegenüber Protestanten. Der naheliegende Schluß lautete, die „Bildungskatastrophe" durch Ausschöpfen dieser „Bildungsreserven" zu meistern. Drittens ist schließlich die Wirtschaftsrezession der Jahre 1966/67 zu nennen, die klar machte, wie wichtig Ausbildung für die Anpassung einer Gesellschaft an Veränderungen der Wirtschafts- und Berufsstruktur ist — ein Argument, das man schon aus der Diskussion über die Folgen der Automation kannte. Für die Konzeption der Gesamtschule war entscheidend, daß damit nicht allein isolierte pädagogische Zielsetzungen im engeren Sinn, sondern auch gesellschaftspolitische Ziele angetrebt werden sollten. Sie waren schon von ihrer historischen Ausgangssituation her potentiell widersprüchlich, auch wenn dieser Widerspruch von den Befürwortern der Gesamtschule häufig bagatellisiert wurde: wir meinen die Steigerung der Effektivität des Schulsystems im Sinne der qualitativen Verbesserung und der Erhöhung der Zahl von qualifizierten Absolventen einerseits und Demokratisierung im Sinne der Verwirklichung des „Bürgerrechts auf Bildung" als Voraussetzung von Mündigkeit andererseits. Carl-Heinz Evers hat die Wechselbeziehung beider Ziele durchaus gesehen, wenn er im Rückblick auf die ersten Auseinandersetzungen über die Gesamtschule bemerkt: „Natürlich mußten in der Phase heftigster Angriffe auf die Gesamtschule in der Argumentation auch Konzessionen gemacht werden. Obwohl die Gesamtschule für mich von Anfang an der mündigen Selbstbestimmung des Menschen dienen sollte, zog ich zunächst vor allem andere Argumente heran: die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Wettbewerb, der Bedarf der Wirtschaft an qualifiziert ausgebildeten Berufstätigen, die Sorge um den Fortbestand der Wohlstandsgesellschaft. Es entstand für die Gesamtschule das Wort ‚Demokratische Leistungsschule'. Das hatte zur Folge, daß es zumindest zum Gewährenlassen des Versuchses Gesamtschule bis hin zu verhaltener Zustimmung auch durch Personen und Gruppen kam, bei denen man zunächst eine mehr verharrende Position vermuten konnte" [1]). Inwieweit nach dieser taktischen Anpassung das Ziel der mündigen Selbstbestimmung eingelöst werden kann, ist eines der entscheidenden Probleme der Gesamtschule in der Zukunft.

Auf welche Weise sollen nach den Vorstellungen der Gesamtschulbefürworter die angestrebten Ziele verwirklicht werden?

Die Anpassung der traditionellen Bildungskanons an gewandelte gesellschaftliche Bedingungen soll auf mehreren Wegen erreicht werden: einmal durch ein neues Fach — Arbeitslehre oder technisch-naturwissenschaftlicher Unterricht. Zum andern durch die stärkere Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in allen inhaltlichen Bereichen. Wegen der raschen Veränderung der Inhalte wird es immer wichtiger, statt Detailkenntnisse grundlegende Theorien und Methoden zu verstehen und die Fähigkeit zu entwickeln, das Lernen zu lernen, ständig lernbereit zu sein. All dies ist nicht allein für die Gesamtschule typisch, sondern auch für Reformen des traditionellen Schulsystems.

Die bessere Förderung des einzelnen Schülers soll durch das Kern-Kurs-System oder andere Formen der Leistungsdifferenzierung, durch eine Reform der Unterrichtsinhalte und -organisation, durch individualisierten Unterricht und durch den Einsatz neuer Unterrichtsmedien gewährleistet werden. Grundgedanke der Leistungsdifferenzierung in Niveaukursen ist es, die Lernmotivation von Schülern gezielt dadurch zu wecken, daß sie mit etwa gleich motivierten und leistungsfähigen Schülern zusammenarbeiten und unterrichtet werden. Alle Fach-

1) Carl-Heinz Evers: Modelle moderner Bildungspolitik, Frankfurt/M.—Berlin—Bonn—München 1969, S. 7.

leistungskurse eines bestimmten Faches haben ein gemeinsames Minimalprogramm, das in den höheren Leistungskursen erweitert und vertieft wird. Der Schüler kann je nach Leistung das Leistungsniveau wechseln. Das Sitzenbleiben wegen schlechter, nicht ausgleichbarer Noten in wenigen Fächern soll in der Gesamtschule entfallen: je nach Interessenschwerpunkt und Leistungsfähigkeit kann ein Schüler in einem Fach rasche Fortschritte machen und zum höheren Fachleistungskurs aufsteigen. In einem andern Fach dagegen, das ihm weniger zusagt, kann er bei nicht ausreichenden Leistungen einen weniger anspruchsvollen Kurs wählen, ohne daß er gleich ein Jahr lang den ganzen Unterricht wiederholen muß.

Ob die sogenannte „äußere Differenzierung" in Fachleistungskursen optimal ist oder ob man zu einer „inneren Differenzierung" einer Schülergruppe nach unterschiedlicher Lernfähigkeit übergehen soll, ist ein wichtiges Problem gegenwärtiger Gesamtschulversuche. Während in der ersten Phase der Gesamtschulpraxis äußere Differenzierung vorherrschte, versucht man jetzt stärker die innere Differenzierung. Sie kann jedoch nur erreicht werden, wenn individualisierte Lernmittel statt des allen gemeinsamen Lehrbuchs, neue Bauformen für Großgruppen- und Kleingruppenunterricht statt der starren, gleich großen Klassenräume und neue Formen der Lehrerbildung entwickelt werden. Eine Leistungssteigerung verspricht man sich auch von zwei weiteren Veränderungen der Unterrichtsorganisation: dem Unterricht durch Lehrerteams statt durch den Einzellehrer und die Einführung von pädagogischen Mitarbeitern, die die Lehrer von Routinearbeiten, wie Korrektur, entlasten.

Die Individualisierung in der Gesamtschule ist zum Teil Mittel für die Verbesserung der Ausbildung, zum Teil ist sie Selbstzweck: Die Schüler der Gesamtschule sollen durch häufige eigene Entscheidungen über das ihnen angemessene Lernmaterial und Leistungsniveau, die sie interessierenden Wahlfächer und Arbeitsgemeinschaften eine größere Autonomie gewinnen, als das in der traditionellen Schule möglich ist. Der Schullaufbahnberater, der psychologisch vorgebildet sein muß, soll ihn dabei in seinen Entscheidungen unterstützen. Insgesamt kann man sagen, daß die bessere Förderung durch Individualisierung, Flexibilität und Spezialisierung erreicht werden soll. Die fachliche Spezialisierung wird besonders im Kollegium und in der Verwaltung der Gesamtschule sichtbar: neu sind die Rollen des psychologisch vorgebildeten Laufbahnberaters und Testexperten, des pädagogischen Mitarbeiters und des Verwaltungsfachmannes; die Lehrerrolle wird fachlich und altersstufenmäßig spezialisierter sein. Individualisierung und Spezialisierung sind möglich, weil die Gesamtschule sehr viel größer sein soll als die traditionellen Schulen.

Problematisch ist, ob die bessere Förderung nicht wieder Kinder begünstigt, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft ohnehin schon Vorteile haben, und ob damit ein weiteres Hauptziel der Gesamtschule, die Chancengleichheit, zunichte gemacht wird. Auf mehrfache Weise will man dies verhindern: die Distanz von Kindern aus Unterschichten gegenüber der höheren Schule soll dadurch vermindert werden, daß die Entscheidung über den späteren Schulabschluß so weit wie möglich verzögert wird und daß sie nicht — wie im traditionellen Schulsystem — zu einem zu frühen Zeitpunkt und dann auch noch meist unwiderruflich fällt. Auch die Änderung der Unterrichtsfächer und -inhalte soll die Chancenungleichheiten der „Mittelklasseninstitution Schule" abbauen: Technisch-naturwissenschaftlicher Unterricht und Arbeitslehre soll die traditionelle einseitige Betonung auf Sprachen abschwächen, die stets Kinder aus der Mittel- und Oberschicht begünstigt hat. Bei den sprachlichen Pflichtfächern wie Deutsch und Englisch will

man durch kompensatorische Erziehung das Sprachverhalten von Schülern der Unterschicht an dasjenige der Mittelschicht angleichen. Der Chancengleichheit soll auch die Entwicklung schichtunabhängiger Leistungstests dienen, die das Lehrerurteil, das häufig ein Lehrervorurteil ist, stützen und kritisch ergänzen sollen. Schließlich ist das Wegfallen von Hausarbeiten im Rahmen der Ganztagsschule zu nennen, als die die Gesamtschulen in der Regel geplant sind. Durch Hausarbeiten in der Schule soll der unterschiedliche Einfluß der Eltern auf die Arbeit ihrer Kinder überflüssig gemacht werden.

Ganztagsunterricht und gemeinsamer Unterricht in der Kerngruppe sollen darüber hinaus die soziale Erfahrung und Verhaltensweisen von Schülern bereichern: die Schüler sollen kooperatives Verhalten und die rationale Lösung von Konflikten lernen; sie sollen Schicht- und Geschlechtsvorurteile abbauen. Dies sind Zielsetzungen, die schon die politische Bildung und Demokratisierung im Schulwesen berühren.

Konservative Kritik an der Gesamtschule

Das hier skizzierte Modell der Gesamtschule stieß zunächst auf den geschlossenen und unnachgiebigen Widerstand konservativer Bildungspolitiker, deren Eigeninteressen mehr oder weniger direkt betroffen waren. Die Berliner CDU beschwor antikommunistische Ressentiments gegen die „Einheitsschule", als sie feststellte:

„Wir wollen kein Einheitsschulsystem, auch nicht unter dem Namen ‚Gesamtschule', bei dem Kinder sämtlicher Begabungsstufen und Bildungsziele zwangsweise in einem Schulkörper vereint werden."

Die angeblich bewährte Dreigliedrigkeit des Schulsystems müsse beibehalten werden, weil sie entweder drei verschiedenen Begabungstypen oder drei verschiedenen Arten gesellschaftlicher Anforderungen an Bildung entspräche. Diese Position vertrat die CDU/CSU 1965 auf ihrem Wirtschaftstag, der Unternehmerinteressen eine Plattform gibt.

Die „soziale Integration" von Kindern aus verschiedenen sozialen Schichten in der Gesamtschule lehnte die Hamburger CDU 1966 ab, weil sie ein gesellschaftspolitisches und kein bildungspolitisches Ziel der Schule sei und daher nicht zu ihren Aufgaben gehöre. Der Zynismus dieser Bemerkung wird deutlich, wenn man bedenkt, daß das traditionelle dreigliedrige Schulsystem ja schließlich klar gesellschaftspolitische Ziele hat, nämlich die Erhaltung der Bildungsinteressen von Mittel- und Oberschicht.

Eine der ausführlichsten Stellungnahmen gegen die Gesamtschule stammt vom hessischen Philologenverband, der Interessenvertretung der hessischen Gymnasiallehrer, aus dem Jahre 1967. Sie überzeugt nicht durch sachliche Argumente, belegt aber geradezu klassisch die Vorbehalte, irrationalen Ängste und die Ideologie von konservativen Anhängern des traditionellen Systems. Die Größe der Gesamtschule würde zur „totalen Versachlichung der erzieherischen-menschlichen Beziehungen" führen; die „forcierte Anpassung an die Organisationsformen der technisierten Arbeitswelt" würde das persönliche Lehrer-Schüler-Verhältnis und den Kontakt mit den Eltern zerstören. Kurz gesagt: Gesellschaft ist wieder einmal dabei, Gemeinschaft zu zerstören; statt der überzeugenden Bildungsidee des Gymnasiums biete die Gesamtschule lediglich die zufällige Addition von Kenntnissen und Fertigkeiten, die bestenfalls Spezialisten erzeuge. Dabei kann nicht von einem grundsätzlichen Widerstand gegen die Anpassung an die technisierte Arbeitswelt gesprochen werden; der Philologenverband Hessen wirft der Gesamtschule besonders Niveausenkung vor, die „gerade in den

naturwissenschaftlichen Fächern im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht zu verantworten" sei. Angst vor der angeblichen Nivellierung durch die Gesamtschule, hinter der die Angst vor größerer Chancengleichheit steckt, Planungsfeindlichkeit und Aversion gegen „staatlichen Dirigismus", gegen die „monopolistische staatliche Einheitsschule" beherrschen die Kritik. Sie erscheint vor allem deshalb wenig rational, weil sie die gesellschaftlichen Kräfte, die an einer Gesamtschule interessiert sind, nicht begreift.

Seit den ersten Auseinandersetzungen hat sich die Kritik an der Gesamtschule geändert. Inzwischen sind zahlreiche Versuche in fast allen Bundesländern angelaufen. Sie werden von der CDU/CSU, dem Philologenverband und anderen konservativen Verbänden begrüßt, auch wenn man an der Dreigliedrigkeit des Schulwesens festhält, wie noch 1969 die CDU/CSU in ihren bildungspolitischen Leitsätzen. Der Versuchscharakter von Gesamtschulen ist jetzt für Kritiker ein Argument, um die drohende allgemeine Einführung der Gesamtschule hinauszuzögern. Man solle erst einmal die Ergebnisse der Versuche abwarten. Dabei wird von der Fiktion ausgegangen, die „Überlegenheit" des neuen Systems über das alte sei nur streng wissenschaftlich begründbar, ein derartiger „Beweis" in Form eines Systemvergleichs sei durchführbar und Entscheidungen der Bildungspolitiker würden von wissenschaftlichen Erkenntnissen maßgeblich beeinflußt.

Das Hauptargument der Kritiker der Gesamtschule lautet jetzt, daß die Voraussetzungen für ihre erfolgreiche Einführung fehlten. Gesamtschulen würden z. B. die angestrebte Chancengleichheit nie erreichen, weil die Integration in der Mittelstufe zu spät komme: Kinder entwickeln schon im Vorschulalter und in der Grundschule verschiedenes Sprachverhalten, verschiedene Motivation und Lernfähigkeit. Daher sei es wichtiger, Vor- und Grundschule zu fördern als die Gesamtschule. Auch in der Lehrerbildung würden die Voraussetzungen für das Gelingen der Gesamtschule fehlen: die Entwicklung von Curricula und Tests, Unterricht im Team, Laufbahnberatung überforderten die Lehrer. Die baulichen Voraussetzungen für den Unterricht in flexiblen Gruppen und für Fachunterricht seien ebenfalls nicht gegeben.

Diese Einwände — das würden auch Befürworter der Gesamtschule zugeben — bestehen zu recht. Sie würden sogar noch weitere fehlende Voraussetzungen anführen: die Planung von Gesamtschulen leidet unter Zeitdruck, die Schulverwaltung stellt nicht genug Lehrer für die Planung frei; überhaupt müssen sich Planung und Kontrolle der Schulbürokratie erheblich ändern, wenn man mit dem Ziel der „materialen Selbstverwaltung" der Schule ernst machen will. Aber wenn man verlangt, daß all diese Bedingungen erfüllt sein müssen, bevor die Gesamtschule akzeptiert werden kann, dann muß man konsequent die sofortige Totalreform des Bildungssystems fordern. Von den Kritikern der Gesamtschule ist diese Forderung nicht gekommen. Sie benutzen das Argument der fehlenden notwendigen Voraussetzungen für die Gesamtschule nur taktisch gegen sie, lassen sich aber nicht auf das Argument ein, daß über eine Partialreform, die die Gesamtschule ist, Änderungen im übrigen Bildungssystem bewirkt werden könnten.

In welchen Bereichen werden die bildungspolitischen Auseinandersetzungen um die Gesamtschule in der Zukunft liegen? Zweifellos einmal bei der Frage: Regelschule oder nicht? Und bei der Frage, welche Priorität die Gesamtschulreform haben soll. Zum anderen ist zu erwarten, daß sich eine linke Kritik stärker an der Auseinandersetzung beteiligen und der Gesamtschule technokratische und angepaßte Schulreformen vorwerfen wird. Schließlich wird es um ein Problem gehen, das hier überhaupt noch nicht angesprochen wurde: Die Aufhebung der

Trennung von Allgemein- und Berufsausbildung. Schon jetzt sind bei Planungen neuer Gesamtschulen Bestrebungen im Gang, die Berufsausbildung in die Gesamtschule hineinzuziehen, sie stärker zu verschulen. Martin Baethge, der sich intensiv mit dem Einfluß von privatwirtschaftlichen Interessen auf die Berufsausbildung beschäftigt hat, bemerkt zu Recht:

„Durch die Einrichtung derartiger Gesamtschulen würde zwar das ungerechte soziale Ausleseprinzip des bestehenden Schulsystems korrigiert werden können. Die Dominanz der Wirtschaft im Ausbildungsprozeß des Jugendlichen würde aber selbst dann kaum gebrochen, wenn man gleichzeitig die Abiturientenquote verdoppelte oder verdreifacht.e Aufgehoben könnte diese Dominanz erst dann, wenn die Berufsausbildung der privatwirtschaftlichen Verfügung entzogen würde, wenn sie mit den allgemeinbildenden Schul- und Wissenschaftseinrichtungen koordiniert und öffentlicher Kontrolle unterstellt würde und wenn damit zugleich ein neues gesellschaftsbezogenes Bildungsverständnis einherginge" [2]).

Erfahrungen der Gesamtschüler

Den Hoffnungen und Befürchtungen der Eltern, der Schulpolitiker, der Lehrer und der interessierten Öffentlichkeit lassen sich erste Erfahrungen aus bestehenden West-Berliner Gesamtschulen gegenüberstellen. In Berlin arbeiten einige Gesamtschulen schon seit 1968. Wir haben eine dieser Gesamtschulen über eine Woche lang besucht, am Unterricht, den Fachkonferenzen und an außerunterrichtlichen Veranstaltungen teilgenommen, mit Lehrern, Elternvertretern und mehreren Dutzend Schülern gesprochen, um ihre Erfahrungen kennenzulernen. Wir wollten vor allem wissen, welche Vorzüge oder Nachteile die Schüler in der Gesamtschule sehen und ob die Befürchtung der Skeptiker — wie des Philologenverbandes — zutrifft, daß die Schüler in solch einer großen Schule mit häufigem Wechsel der Gruppenzusammensetzung sich verloren vorkommen und keine emotionale Sicherheit mehr finden. Die Ergebnisse dieser Gespräche mit 13- und 14jährigen Gesamtschülern können natürlich keinen Anspruch auf wissenschaftliche Repräsentativität erheben, aber sie geben doch Hinweise, die für die oft spekulativen Diskussionen über die Auswirkungen der Gesamtschulen nützlich sind.

Von keinem der befragten Schüler wurde bedauert, daß sie die Versuchsschule besuchen. Im Gegenteil. Sie heben vor allem fünf Punkte als besonders positiv hervor: 1) Das Wichtigste ist für sie, daß sie in der Gesamtschule mehr Chancen sehen, ihren speziellen Neigungen nachzugehen und ihrer Lernfähigkeit entsprechend unterrichtet zu werden, kurz, daß mehr auf sie als Person eingegangen wird. Deswegen schätzen sie besonders die Fachleistungskurse, in denen relativ leistungshomogene Schüler (bzw. Schüler gleicher Interessen) zusammen sind.

2) Den zweiten Vorzug sehen die Schüler darin, daß sie sich nicht nach dem 6. Schuljahr, wie sonst in Berlin üblich, entscheiden müssen, welchen Schulabschluß sie wählen wollen. Oft lassen die Grundschulempfehlungen offen, welche der drei Schularten für das Kind am besten ist; deswegen heben viele Schüler hervor, daß sie noch die Chancen haben, auf ihre Schullaufbahn Einfluß zu nehmen. Und in der Tat sind an dieser Schule 20 Prozent jener, die für die Hauptschule empfohlen wurden, in den besten Kursen. In absoluten Zahlen: von den 72 Schülern, die eine Hauptschulempfehlung haben, wurden 1968 11 in die beiden ersten der vier Niveaugruppen in Deutsch aufgenommen; 1969 waren es doppelt so viele, nämlich 23. An Englisch und Physik änderte sich das Bild weni-

[2]) Martin Baethge: Herrschaft und Ausbildung. Unternehmerinteressen in der Bundesrepublik, Manuskript einer Sendung des SFB, 3. Programm, vom 13. 2. 1969.

ger. Aber immerhin waren im Oktober 1969 26 in Physik in den beiden ersten Kursen, davon 7 im anspruchsvollsten. Wären diese Schüler entsprechend ihrer Empfehlung in die Hauptschule gegangen, hätten sie eine Ausbildung erhalten, die im besten Falle dem dritten Kurs, wenn nicht dem vierten Kurs entsprochen hätte. Diese wirkliche Chance sehen die Schüler durchaus:

„Wenn man in den Fachleistungskursen ist, kommt man mit dem Stoff viel weiter, weil alle so ziemlich gleich sind. Zum Beispiel wenn sich Leute treffen aus allen Kursen und man die unterrichten soll, dann verstehen es die einen schneller und die anderen weniger schnell. Und je nachdem kann sich der Lehrer viel besser einstellen, wie er den Unterricht machen will."

3) Der dritte Vorzug, den die Schüler hervorheben, ist die Aufgeschlossenheit und Liberalität der Lehrer. Sie sagen, die Lehrer seien moderner, freundlicher, verständnisvoller, und mit ihnen habe man einen viel besseren Kontakt als sie das in der Grundschule gewöhnt waren oder von Kameraden aus anderen Schulen hören:

„Ich glaube, die Lehrer sind hier idealistischer als in anderen Schulen. Aber sonst sind sie genau gleich." „Es gibt allerdings auch Lehrer, die von Anfang an hier waren und auch freiwillig hierher gekommen sind, und die sind anders. (In welcher Weise?) Viel liberaler."

„Ich glaube, daß das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern an dieser Schule im Grunde genommen genauso ist, wie an anderen Schulen, und daß bloß durch die neue Praxis, wie man hier den Unterricht ausübt, den Schülern eine gewisse Demokratie gewährt werden soll. Während sie an anderen Schulen noch so rückständig ist, daß das Verhältnis sich zwischen den Schülern und Lehrern immer mehr verschlechtert."

Die Vermutung und Befürchtung der konservativen Studienräte, das Schüler-Lehrer-Verhältnis sei anonymer als in den traditionellen Schulen, scheint also nicht zuzutreffen. Das Gegenteil ist der Fall.

4) Auch eine andere Erwartung des Philologenverbandes wird von den Schülern energisch widerlegt. Der häufige Wechsel der Gruppenzusammenstellung, der durch das Leistungskurssystem bedingt ist, führt nicht zu Verlorenheit und Verlust der emotionalen Sicherheit. Zwar betonen viele Schüler, zum Teil bedauernd, daß die Klassengemeinschaft nicht mehr so eng wie in der Grundschule sei, weil man ja nicht so häufig im Kernkurs zusammen ist. Das mag ein warnender Hinweis dafür sein, die äußere Differenzierung nicht zu weit zu treiben und die Kerngruppen nicht völlig aufzulösen.

Das Bedauern über die weniger enge Klassengemeinschaft ist bei den 7. Klässlern stärker als bei den Schülern des 8. Schuljahres. Das mag damit zusammenhängen, daß sie erst ein halbes Jahr aus der Grundschule heraus sind und dem häufig sehr emotional bestimmten Gemeinschaftsgeist der Grundschulpädagogik noch verhaftet sind. Aber auch sie wie die Älteren sehen den Nachteil als weniger bedeutsam an. Wichtiger ist ihnen, daß sie sehr viel mehr Gleichaltrige kennenlernen — nämlich wenigstens fast alle Schüler ihres Jahrgangs, in dieser Schule rund 170.

Auch zu diesem Problem einige Stimmen:

„Wenn man nicht so viel im Kernkurs zusammen ist, zerstört das die Kameradschaft, wenn man mehr im Fachleistungskurs ist, zerstört das mit der Zeit die Klassengemeinschaft."

„Da man in den Fachleistungskursen ist, kommt man mit mehr zusammen, aber man muß immer so viel hin und her rennen, das ist der Nachteil."

„Man hat mehr Bekannte als im gewöhnlichen Schulsystem. Und das finde ich einen Vorteil."

5) Ein letzter Vorzug wird von den Schülern in der relativ freiheitlichen Ordnung der Schule gesehen. Sie wissen, daß sie mehr Rechte haben als Gleichaltrige in anderen Schulen. So nehmen sie an Fachkonferenzen in Deutsch und Gesellschaftskunde teil, und obwohl sie erst 13 oder 14 Jahre alt sind, wissen sie ihre Vorschläge und Kritik dort vorzubringen. Allerdings geht zum Teil ihr Bedürfnis nach Mitbestimmung über das hinaus, was ihnen gewährt wird, und das ist zur Zeit ihre heftigste Kritik an der Schule: „Ich finde, wir sollen viel mehr Rechte haben, als wir sie derzeit haben, gerade in der SMV, mehr Mitbestimmung."

Die Schülervertreter des 8. (ältesten) Schuljahres haben daher Gruppen gebildet, die sich mit einzelnen Problemen zur Stärkung des Schülereinflusses beschäftigen: ein Ausschuß ist für die Beschaffung eines eigenen Raumes zuständig, ein anderer versucht durchzusetzen, daß die Schüler jederzeit unkontrolliert Matritzen (z. B. für Flugblätter) abziehen können, ein anderer bemüht sich, den Gesellschaftskundeunterricht stärker zu politisieren. Als erster „Befreiungsakt" wurde die Vertrauenslehrerin abgewählt. Das Bedürfnis nach Selbständigkeit scheint in Gesamtschulen früher einzusetzen und intensiver zu sein — was ja eine der Absichten des Gesamtschulmodells ist.

Alles in allem also: Die Schüler sehen die Chance, die ihnen mit der Gesamtschule geboten wird, sie haben zu den Lehrern ein oft sehr gutes Verhältnis, erleben ihre Schule als demokratische Institution und schätzen die vielfältigen sozialen Kontakte mit Gleichaltrigen mit den unterschiedlichsten Interessen und Eigenarten. Diese Eindrücke sollten für Schulpolitiker, Lehrer und Eltern eine nachdrückliche Ermutigung sein.

Erfahrung der Gesamtschullehrer

Auch die Lehrer haben schon ihre Erfahrungen mit der Gesamtschule gemacht, gute und schlechte. Sie sind sicherlich eine besonders positive Auswahl aus der gesamten Lehrerschaft, denn sie fanden sich ja bereit, an einem für sie problematischen Experiment mitzuarbeiten. Sie wissen auch, daß sie eine Minderheit in der Lehrerschaft sind. Eine jetzt veröffentlichte Untersuchung von Gerwin Schefer über das Gesellschaftsbild von Gymnasiallehrern [3]) macht deutlich, daß die überwiegende Mehrzahl der Studienräte die Gesamtschule ablehnen und glauben, daß sich das deutsche Gymnasium durchaus bewährt hat. In Zahlen: Zwei Drittel der befragten Lehrer befürchten von der Gesamtschule eine geistige Nivellierung und erwarten, daß das persönliche Lehrer-Schüler-Verhältnis und der Kontakt mit den Eltern wegen der Größe der Gesamtschule verloren geht. Bei den jüngeren Gymnasiallehrern ist allerdings nur gut die Hälfte dieser Ansicht, bei den älteren über vier Fünftel. Die Äußerungen der Schüler legten schon nahe, daß genau das Gegenteil wahrscheinlich ist: nicht Nivellierung, sondern Entfaltungsmöglichkeit unterschiedlichster Interessen und Lernfähigkeit, also Differenzierung ist eines der Charakteristika der Gesamtschule. Und was das Schüler-Lehrer-Verhältnis angeht, so konnten auch die Lehrer dazu Erfreuliches berichten:

„Ich glaube nicht, daß das Verhältnis schlechter ist als an anderen Schulen, dadurch daß in Gruppen innerhalb der Kerngruppe gearbeitet wird, und auch in

[3]) G. Schefer, Das Gesellschaftsbild des Gymnasiallehrers, Suhrkamp, Frankfurt, 1969.

den Fachleistungskursen hat man durchaus die Möglichkeit, während des Unterrichts ein persönliches Gespräch anzuknüpfen."

Die meisten Lehrer, die an den jetzt schon bestehenden Gesamtschulen unterrichten, haben jahrelang an der Vorbereitung und Planung der Gesamtschulen mitgearbeitet. Erstmals in der Bundesrepublik sind damit diejenigen, die die Schulreform durch Unterricht und Erziehung verwirklichen müssen, auch an der Vorbereitung der Reform beteiligt. Aber für diese umfangreiche und oft psychisch sehr belastende Arbeit wurde von kaum einer Schulverwaltung finanzielle Unterstützung oder Verkürzung der Unterrichtszeit als Ausgleich geboten.

In den Planungsgremien und Kollegien der Gesamtschule arbeiten Studienräte, Realschullehrer, Hauptschullehrer, pädagogische und technische Hilfskräfte zusammen. Die bekannten gegenseitigen Ressentiments von Studienräten und Volksschullehrern fanden sich in keiner der uns bekannten Gesamtschulen. Viele Kollegen wissen gar nicht, was die anderen für eine Amtsbezeichnung und Ausbildung haben: „An den Gesamtschulen sind Lehrer ganz unterschiedlicher Ausbildung. Gibt es deshalb Spannungen und Probleme, oder gestaltet sich die notwendige Zusammenarbeit gut?"

„Die Zusammenarbeit ist ausgezeichnet. Es gibt keine Spannungen, aber Probleme. Die PH-Absolventen sagen mit Recht, wir leisten die gleiche Arbeit und werden erheblich schlechter bezahlt, während sie andererseits anerkennen, daß die Gymnasiallehrer eine weitaus längere und wohl auch schwierigere Ausbildung haben."

„Ich möchte das unterstützen, die Zusammenarbeit ist ausgezeichnet, ich sehe Probleme darin, daß einmal die Universitätsabsolventen eine schwächere pädagogisch-psychologische Ausbildung mitbringen und auch die Kollegen, die das Examen vor etlichen Jahren gemacht haben, gegenüber den jungen Kollegen in dieser Hinsicht sehr benachteiligt sind."

Man hat — wie die Schüler — tatsächlich den Eindruck, daß in der Gesamtschule aufgeschlossene, reformfreudige, fachlich qualifizierte und kooperationswillige Lehrer arbeiten, die man als Elite der gesamten Lehrerschaft ansehen könnte. Dennoch zeigen sich schon unter diesen Lehrern Zeichen der Resignation und Verbitterung. An einer der vier Berliner Gesamtschulen gehen zu Ostern 1970 sieben von fünfzehn Lehrern weg, an einer anderen zeigt sich ein ähnliches Bild. Schon wird es schwierig, neue Lehrer für die Gesamtschulen zu gewinnen. Die Absolventen der Pädagogischen Hochschule scheuen sich, die Gesamtschule zu wählen. Was ist die Ursache dieser bedenklichen Entwicklung?

Auf einen kurzen Nenner gebracht: Arbeitsüberlastung und fehlende Unterstützung. Immer noch gibt es keinen Stundennachlaß für die Entwicklungsarbeit und die zahlreichen regelmäßigen Fachkonferenzen, die ja zum Experiment Gesamtschule gehören. Vieles muß erst von den Kollegien erarbeitet werden, es ist Neuland. Die wissenschaftliche Arbeit von Didaktikern, Schulpsychologen und Bildungssoziologen steckt auf diesen Gebieten noch in den Kinderschuhen, weil unsere Gesellschaft es jahrzehntelang für überflüssig hielt, daß sich Wissenschaftler mit Lernen und Lehren in ernsthafter und kritischer Weise beschäftigen. So sind die überlasteten Lehrer in doppelter Weise enttäuscht: von der Wissenschaft, die ihnen noch kaum praktisch helfen kann, und von der Schulverwaltung, die ihre Mühe und ihr schulpolitisches Engagement materiell nicht anerkennen:

„Welche Erwartungen stellen sie als Gesamtschullehrer an die Schulverwaltung und die breitere Öffentlichkeit?"

„Die erste Erwartung ist, daß endlich aufhört, daß wir mit herkömmlichen Schulen verglichen werden, was die finanzielle Ausrüstung und die Ausstattung mit Lehrern und Lehrmaterial betrifft. (Meinen Sie damit auch den Leistungsvergleich?) Den Leistungsvergleich, und wir wollen auf der einen Seite neuartige Unterrichtsversuche durchführen, und neuartige Unterrichtsinhalte, die Gesamtschule soll andere Pläne entwickeln, aber das, was nachher raus kommt, soll das gleiche sein wie bisher an den anderen Schulen, bloß ein bißchen mehr Ausstoß."

„Ich möchte noch einen Schritt zurückgehen, ich würde sagen, daß die Schulverwaltung und die Öffentlichkeit radikal die Prämissen überprüfen soll, die unser Schulsystem, das 150 Jahre alt ist, setzt. (Ausgehend von den Gesamtschulversuchen?) Den Gesamtschulversuchen eingeschlossen, es ist nichts prinzipiell Neues. Sondern nur in technizistischer, methodischer Weise etwas modernisiert."

„Da wird an der Gesamtschule jetzt ganz kraß deutlich, was am Schulsystem bei uns in Deutschland mies ist. Das kann durch einzelne Versuche nicht ausgeglichen werden. Die haben da nur Alibi."

An Schwierigkeiten, die auf die Gesamtschulversuche zukommen, wurden von den befragten Lehrern genannt:

„Einmal, daß wir für die Planung nicht genügend Zeit haben und auch nicht genügend Vorkenntnisse. Und daß wir keine Möglichkeit haben, grundsätzliche psychologische, pädagogische und auch fachbezogene Kenntnisse jetzt nebenher zu erwerben."

Ein weiteres Problem kommt hinzu. Eltern und Schulverwaltung erwarten von der Gesamtschule in erster Linie bessere Leistungen und höhere Quoten erfolgreicher Schüler. Die pädagogisch kritischen und reformfreudigen Lehrer selbst aber sehen gerade in der übertriebenen Leistungsorientierung der Gesamtschule die Gefahr, daß damit der gleichzeitig vorgetragene Wunsch nach Demokratisierung der Schule, nach kritisch-wissenschaftlicher Ausbildung und nach Schülern, die angstfrei, schöpferisch, offen und kritisch sind, vernachlässigt wird: „Ich will vielleicht einen Gesichtspunkt noch etwas ausweiten, nämlich den, daß das Prinzip des sanktionsfreien Lernens, wie wir es hier praktizieren möchten, sich mit einem auf die Spitze getriebenen Leistungsprinzip nicht vereinbart. Es wird also Schwierigkeiten geben mit den Schülern. Wie sie ja z. T. schon vorhanden sind. Diese Schwierigkeiten werden sich in der Weise steigern, daß die Schüler sich radikal verweigern. Weil sanktionsfreies Lernen und forciertes Leistungsprinzip sich nicht vereinbaren lassen."

„Wenn wir von der Curriculumforschung her und auch von der Motivationsforschung her unseren Unterricht ganz neu aufbauen könnten, wäre das keine Spannung. Wenn jemand wirklich echt motiviert ist, dann ist er ohne weiteres auch bereit, intensiv zu arbeiten und in der Lage, wirklich Brauchbares zu leisten."

„Ich glaube nicht, daß im Rahmen des herkömmlichen Systems diese Forderungen, nämlich schöpferische und politisch mündige Jugendliche heranzuziehen, geleistet werden kann. Das müßte also eine andere Schule sein. Vielleicht sogar eine Gegenschule."

Eine Schulreform muß scheitern, wenn es keine Lehrer gibt, die dafür nicht nur geeignet sind, sondern auch angemessen bezahlt und unterstützt werden von Wissenschaftlern und der Öffentlichkeit. Ohne diese Unterstützung der Gesamtschul-Lehrer bleiben die Versuche in äußerlichen Strukturänderungen stecken, und die größte Chance, eine inhaltliche Schulreform in Deutschland durchzuführen, ist vertan.

Erfahrungen der Eltern von Gesamtschülern

Zu diesen Problemen haben wir auch Elternvertreter der Gesamtschule befragt. 1968 stand die Bevölkerung im ganzen den Gesamtschulen ja noch sehr distanziert gegenüber: Bei repräsentativen Umfragen in Hamburg, Bremen und NRW votierten über 50 Prozent für das dreigliedrige Schulsystem, und nur ein Viertel war für die Gesamtschulen. Dem steht allerdings ein erstaunlicher Ansturm der Eltern in den Orten gegenüber, wo Gesamtschulen errichtet wurden. An den vier Berliner Gesamtschulen konnten nur 44, 40, 30 und 22 Prozent der angemeldeten Kinder aufgenommen werden. Aus NRW, zum Beispiel aus Dortmund, Gelsenkirchen und Münster liegen ähnliche Angaben vor. Das weist darauf hin, daß die unmittelbar Betroffenen sich sehr wohl der Chance bewußt sind, die die Gesamtschule für ihre Kinder bietet.

Die von uns befragten Eltern weisen allerdings auf ein erhebliches Problem hin: Sie können nicht mehr so viel Einblick nehmen, was ihre Kinder lernen sollen, und welchen Leistungsstand es gemessen an anderen hat.

„. . . weil hier nach einem ganz anderen Prinzip unterrichtet wird als bei einem Gymnasium. Die Arbeiten sind hier völlig anders. Es gibt nicht mehr unter einer Arbeit eine zwei, sondern es wird nach Punktsystem bewertet, und nach Platzziffer, und dann haben sie nicht die Möglichkeiten mit den Hausaufgaben, weil sie ganz andere Hefter und Ordner — es ist eben völlig anders als auf einer normalen Schule. Da muß man sich erst reinfinden."

Diese Unsicherheit wird noch verstärkt durch die Ganztagsschule:

„Da ist noch weniger Kontrollmöglichkeit da, weil eben — auch wenn die sogenannten Hausaufgaben nicht mehr zu Hause gemacht werden, dann bleibt praktisch gar nichts mehr da, was die Eltern kontrollieren können. Das kann natürlich ein Vorteil sein, weil man ja — beispielsweise haben unsere Kinder im 7. Schuljahr mit der Mengenlehre begonnen. Das ist für alle Eltern ein völliges Rätsel. Da hätte man also das Kind in keiner Weise unterstützen können. Das wäre also ein Vorteil, wenn die Gesamtschule mal Ganztagsschule ist, daß die Lehrer den Kindern viel Hilfe leisten können im Nachmittagsunterricht."

Aber nicht nur neue Lernverfahren, sondern auch der Aufbaucharakter mitsamt der auch von den Lehrern beklagten mangelnden Unterstützung bringt zusätzliche Unsicherheit für die Eltern mit sich. Dazu ein Elternsprecher:

„Wir als Elternvertreter haben das Glück, mehr mit der Schule Kontakt zu haben als die normalen Eltern. Aber es ist auch für uns schwierig, genau zu folgen. Zumindest genau den Bemühungen der Schule zu folgen. Es ist ja durch das Fehlen jeglichen vorhandenen Unterrichtsmaterials bisher, ist die Schule darauf angewiesen, sich selbst Lehrbehelfe oder Lehrbögen zusammenzustellen, und wir lernen sie erst bei unseren Kindern kennen und wissen nicht wieweit das Unterrichtsziel im Jahr gesteckt ist. Die Eltern, die weniger Kontakt mit der Schule haben, die wissen noch weniger über das Lernziel des Jahrgangs und sind dann manchmal sehr erstaunt, wenn sie am Ende des Jahres hören, daß nun eine neue Fremdsprache kommt oder das man das machen kann oder jenes."

Die Eltern sehen noch ein anderes wichtiges Problem. Viele Gesamtschulen beginnen ohne Grundstufe erst in der Mittelschule. Das heißt, sehr oft müssen sich die Kinder mit zehn oder zwölf Jahren an eine völlig neue Pädagogik, an ein neues, freieres Schulklima gewöhnen, das ihnen erheblich mehr Freiheiten einräumt, auf die sie nicht vorbereitet sind.

„Die Kinder haben in der Grundschule ein bisher relativ strenges Schema gehabt. Sie haben Strafen gekannt, Strafarbeiten, Nachsitzen, besondere Art von Haus-

aufgaben, während jetzt an der Gesamtschule diese Strafmaßnahmen nicht gegeben sind. Das heißt, der Schüler wird sich selbst überlassen, und es ist eine Frage des Eifers und seiner Einstellung, auch des Elternhauses, wieweit der Schüler jetzt mitarbeitet."

Die befragten Eltern wollen aber nun nicht etwa strengere Erziehung, im Gegenteil. Sie plädieren dafür — und sie werden darin von vielen Wissenschaftlern unterstützt —, daß die Erziehung zur Freiheit schon frühzeitig beginnen muß:

„Wenn es grundsätzlich selbständiger erzogen würde, beispielsweise schon in den Grundschulen, dann wäre der Übergang zu den Gesamtschulen nicht so schwerwiegend."

Diese freiheitliche Erziehung muß sich natürlich auch in einem verstärkten politischen Unterricht auswirken, und in verstärkter Mitwirkung der Schüler. Diese selbst haben dazu schon Stellung genommen. Eine der befragten Mütter unterstützt sie darin, als sie sagte:

„Ich muß dazu sagen, daß ich es für sehr positiv finde, daß ein Kind von 13/14 Jahren bereits beginnt, über augenblickliche politische Ereignisse sehr stramm zu diskutieren. Denn eines Tages sollen diese Kinder ja unsere neue Regierung und unsere Parteien wählen und das kann man genausowenig wie wenn man von heute auf morgen ein Gesamtoberschüler ist, kann man genausowenig ein perfekt gebildeter politischer Mensch sein. Ich muß ihnen ehrlich sagen, ich bin erstaunt, daß mein Sohn von 13 Jahren politisch entschieden besser vorgebildet ist und eigentlich auch manche Fragen auch wirklich gut durchdenkt und mit seinem Vater auch scharfe Diskussionen führt und auch gar nicht immer der Meinung seines Vaters ist. Ich finde das sehr positiv." Allgemein herrscht der Eindruck vor, daß die zuständigen Stellen nicht das Nötige tun, um die Gesamtschulversuche zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen:

„Wir haben vorhin schon erwähnt, daß es den Lehrern nicht möglich ist, die Unterrichtseinheiten, das Material dafür zusammenzustellen, weil sie durch den Unterricht selbst voll ausgelastet sind. Und hier ist meiner Meinung nach ein kleiner Fehler gemacht worden, den könnte man natürlich wieder gut machen, indem mehr Lehrpersonal zur Verfügung gestellt wird, beziehungsweise dem Lehrpersonal gleichzustellende Fachkräfte. Es wundert mich überhaupt, daß es nicht eine zentrale Institution gibt, die sich mit der Planung und dem Aufbau des Unterrichtsstoffes für die Gesamtschule befaßt."

Die Zwiespältigkeit der Gesamtschule

Die hier berichteten Erfahrungen lassen im ganzen einen sehr günstigen Eindruck zurück. Aber so eindeutig können die Gesamtschulen in ihrer gegenwärtigen Entwicklung nicht beurteilt werden. Die zentrale Frage an sie lautet: Entwickeln sie sich zu technokratisch durchrationalisierten und in erster Linie auf Effektivitätssteigerung bedachten Schulen? Oder bieten die Gesamtschulen wirklich mehr Chancengleichheit und entwickeln die Schüler zu kritischen, informierten, sich für die Emanzipation engagierenden Erwachsenen? Wir wollen diese Fragen an einigen ausgewählten Problemen diskutieren.

a) Schulpolitiker und Wirtschaft erwarten von der Gesamtschule in erster Linie, daß sie mehr Jugendliche zu einem erfolgreichen Abschluß bringt, möglichst bis zum Abitur, oder doch wenigstens qualifizierte Arbeiter produziert. Einige Gesamtschulplaner erhoffen bis zu 50 Prozent Abiturienten — derzeit machen rund 10 Prozent eines Jahrgangs das Abitur. Deshalb starren Freunde und Gegner der Gesamtschule auf einen Leistungsvergleich mit dem traditionellen Schul-

system. Sicher wird die Gesamtschule auch auf diesem Sektor Erfolge haben, schon weil den Fähigkeiten und Neigungen der Schüler mehr entsprochen wird. Aber vielleicht haben die Schüler ganz andere Interessen und Qualitäten, als es die bisherigen Schulen sichtbar machten. D. h., vielleicht wollen die Schüler gar nicht die Leistungen bringen, die sich mit der traditionellen Schule vergleichen lassen. Wie läßt sich Kritikfähigkeit und kritischer Verstand messen, wie Selbständigkeit, Kooperationsfähigkeit und politisches Bewußtsein? Das alles kann in Zeugnisnoten nicht angemessen zum Ausdruck kommen, und es wird üblicherweise bislang von vielen Lehrern sogar negativ bewertet. Aus diesen und einigen anderen Gründen ist nicht nur der Leistungsvergleich der Gesamtschule mit dem übrigen Schulsystem fragwürdig. Vor allem ist die Orientierung auf erhöhten out-put an leistungsfähigen Jugendlichen problematisch, weil im ganzen nur die Leistungen wahrgenommen und begrüßt werden, die in unserer kapitalistischen Leistungsgesellschaft wichtig sind, nicht aber die, die den emanzipatorischen Bedürfnissen und Interessen der Jugendlichen entsprechen. Noch läßt sich kein Urteil fällen; aber die Frage ist gestellt.

b) Der Deutsche Bildungsrat, der Anfang 1969 Empfehlungen zur Errichtung und wissenschaftlichen Untersuchung von Gesamtschulen veröffentlichte, verlangte von den Gesamtschulen für alle Schüler „die Ausstattung zum Leben in einer von der Wissenschaft bestimmten Welt und damit auch die Fähigkeit zur individuellen Distanz gegenüber den Sachzwängen dieser Welt". Dies gehört zu einem fortschrittlichen, grundsätzlich emanzipatorischen Verständnis von moderner Schule. Es ist aber völlig offen, wie diese Forderung konkret geplant und erreicht werden kann. Konkret wird z. Z. unter Modernität verstanden, auf die Arbeitswelt vorzubereiten. Deswegen ist an fast allen Gesamtschulen das neue Fach Arbeitslehre vorgesehen. Die Kultusministerkonferenz hat im Juli 1969 formuliert, was sie von der Arbeitslehre, die auch an den Hauptschulen eingeführt werden soll, erwartet: Da werden neben „Hinführung zur Wirtschafts- und Arbeitswelt" und „Verständnis des Jugendlichen für die Welt, in die er hineinwächst", vor allem „Arbeitstugenden wie Konzentration, Genauigkeit, Fähigkeit zur Umstellung und zur Zusammenarbeit wie wirtschaftliches Denken und planvolles Handeln" gefordert. Kurz, der junge Arbeitnehmer soll besser als bislang in der mobilen kapitalistischen Leistungsgesellschaft funktionieren und seine Ausbeutung auch noch mit Verständnis, also ohne Widerstand, über sich ergehen lassen. Das entspricht dem Willen der Unternehmer, die von den Schulen qualifizierte, im übrigen aber angepaßte und unkritische Arbeitskräfte erwarten. Wird unter dem Begriff der modernen Schule an den Gesamtschulen Arbeitslehre so eingeführt, dann ist die Kritik des sozialistischen Lehrerbundes Hamburg berechtigt, der befürchtet, die Gesamtschulen dienten nur der besseren Ausbeutung des Produktionsfaktors Arbeit.

Aber Arbeitslehre ist nicht schon deshalb abzulehnen, weil die Kultusminister ihr eine industriefreundliche Bestimmung geben wollen. Eine emanzipatorische Arbeitslehre wäre denkbar. In ihr dürfte es nicht nur um das Erlernen technischer Fertigkeiten gehen, um Grundkenntnisse von Produktionsverfahren, sondern vor allem um die Durchdringung der Zusammenhänge von wirtschaftlicher und politischer Macht, um den Stellenwert, den die eigene künftige Arbeit im gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmen einnimmt, und um die Entwicklung eines politischen Bewußtseins aller künftigen Arbeitnehmer — das heißt um die Frage, wieweit und wodurch Selbstbestimmung der Lohnabhängigen an ihren Arbeitsplätzen sich gegen vermeintliche Sachzwänge, hinter denen meist Herrschaftsinteressen stehen, durchsetzen kann. Die angestrebte Modernität der

Unterrichtsinhalte ist also eine durchaus zwiespältige Sache, und die Planer an den Gesamtschulen kommen ohne solche politischen Überlegungen und Entscheidungen nicht herum.

c) Ein drittes Problem zeigt ebenfalls die Zwiespältigkeit der Gesamtschule. Eines der angestrebten Ziele ist unter dem Motto zu fassen: „Aufhebung der Chancenungleichheit durch soziale Integration". Die Kenntnisse über die sozialen Erfahrungen der jeweils „fremden" Schicht sollen erweitert, unterschiedliche Lebensformen, Haltungen und Einstellungen anerkannt, Elitedünkel wie resignativer Sozialcharakter genauso beseitigt werden wie Vorurteile gegen Minderheiten. Sozialintegration soll das Selbstbewußtsein und den Leistungsanspruch der Kinder aus bislang „bildungsfremden" Schichten stärken, was sich letztlich auch auf ihren Schulerfolg günstig auswirken wird.

Man weiß aus zahlreichen Untersuchungen, daß Kinder — meist ohne sich dessen bewußt zu sein — eher Freunde und Arbeitspartner in der Schule aus der gleichen sozialen Schicht wählen. Das kann leicht auch in der Gesamtschule geschehen, wenn dazu nicht genaue pädagogische und organisatorische Überlegungen angestellt werden. — Wird die sozial verbindende Kraft der wenigen Kernfächer, in denen alle Schüler zusammen unterrichtet werden, die gemeinsame Mittagspause und der nachmittägliche Spielraum für Hobbies und Selbstarbeit ausreichen, um das gewohnte soziale Verhalten zu ändern? Die Kernfächer sind ohnehin die weniger wichtigen. Die „eigentlichen" Leistungen, jene, auf die es auch in der Gesamtschule, aber vor allem den Eltern und den Arbeitgebern ankommt, werden in den Fachleistungskursen und den Wahlpflichtfächern erzielt: In den Fremdsprachen, in Naturwissenschaft und Mathematik. Dort wird aber möglicherweise eine „soziale Entmischung" eintreten, indem Kinder aus der Unterschicht die unteren, die Mittel- und Oberschichtkinder die oberen Niveaukurse wählen. Möglicherweise bilden sich dann wieder jene schichtspezifischen Cliquen, in denen die von Haus aus Sprachgewandteren und Selbstbewußteren den Ton angeben und die heimliche Macht innerhalb der Kurse an sich reißen. Das alles sind vorläufig nur Fragen. Aber schon jetzt kann man annehmen, daß „soziale Integration" nicht automatisch durch das bloße Zusammensein von Kindern unterschiedlicher sozialer Herkunft sich gleichsam naturwüchsig ergibt. Darüber hinaus bleibt offen, ob man „soziale Integration" überhaupt für wünschenswert halten soll. Steckt dahinter nicht das harmonistische und unpolitische „seid nett zueinander"? Soll die Unterschicht in ihrem Bewußtsein endgültig in die Mittelschicht integriert werden? Auch hier zeigt sich die Zwiespältigkeit der Gesamtschule. Soll die Emanzipation der Unterprivilegierten erreicht werden, so verlangt soziale Integration nicht nur die gemeinsame Unterrichtung der Kinder aus allen Schichten. Sie erfordert vor allem die Entwicklung eines politischen Bewußtseins, die Einsicht in soziale und historische Zusammenhänge, die Erkenntnis, daß durch solidarisches kollektives Handeln Geschichte verändert werden kann. Zu einer so verstandenen sozialen Integration gehört dann auch die Kenntnis der sozialen Bedingtheit unterschiedlicher Interessen, Verhaltensweisen, Sprechweisen, Lernfähigkeiten und der gesellschaftlichen Chancen verschiedener sozialer Gruppen. Und die Wahrnehmung der Barrieren und Möglichkeiten der Schüler, ihre Interessen und Bedürfnisse in der Schule zu befriedigen und durchsetzen zu können.

Diese Beispiele sollten deutlich machen, daß die Gesamtschule in zweierlei Weise die Schule der Zukunft ist: Entweder wird sie der technokratischen, kapitalistischen Leistungsgesellschaft entsprechen oder aber die Herausführung der Unterprivilegierten aus ihrer unverschuldeten Unmündigkeit fördern.

Fernseh-Spalte

UNMETHODISCHE ANMERKUNGEN

Kassetten-Fernsehen, 12-Giga-Hertz-Wellenbereich, Neuordnung des Rundfunkwesens im südwestdeutschen Raum, Entwicklungsaspekte des Kabel- und Satelliten-Fernsehens: mit solchen Begriffen seit Monaten in zunehmendem Maße konfrontiert, sieht der Laie im Formelwald die Bäume nicht mehr. Die „Bäume" — das sind die Elemente des wirtschaftlich-politischen Bezugssystems. Und das Bäumchen-Wechsel-Spiel wird mit Hingabe und in allen Nuancen — von der plumpsten bis zur raffiniertesten — praktiziert. Augstein entlarvt Springers Machenschaften. Springer versucht dasselbe. Der „Stern" und die „Welt" tun gegenseitig so, als wären sie die Gralswächter der Demokratie. Die in mehreren „Spiegel"-Ausgaben veröffentlichten Fleißarbeiten, gespickt mit Details zur Lage an der Hamburger TV-Front, gewähren zweifellos Einblicke in die bewährte Methode, auf Umwegen (lies: über Transaktionen) schneller zum Ziel (lies: Springer-Fernsehen) zu kommen. Aber es geht nicht um Springer allein. Die angekündigte Fusion Springer-Bertelsmann trübt nämlich den bisher wenigstens klaren Sachverhalt insofern ein, als gewisse Springer-Prinzipien dadurch verschleiert werden können. Das Mohn-Imperium (Bertelsmann) genießt, was sein Programm anbelangt, immer noch den Ruf, auf einer liberal-humanistischen Plattform zu stehen. Lassen wir mal ungeprüft diese Hypothese auf sich beruhen. Die Liaison mit Springer sagt ohnehin mehr als der längste Kommentar, zumal Springers politische Bedingungen, auch wenn darüber noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, für ein liberales Unternehmen unannehmbar sein dürften. Der amerikanische Humorist Will Rogers sagte einmal: „Unsere auswärtigen Angelegenheiten sind ein offenes Buch — im allgemeinen ein Scheckbuch." Man kann das leicht abwandeln. Aber selbst wenn man den Satz exakt so stehen läßt, stimmt er noch: auf die „auswärtigen Angelegenheiten" der betreffenden Firmen bezogen. Zudem sind auch andere, Augstein, Jahr, Burda usw., an privaten Sendelizenzen interessiert. Vielleicht wäre das, wie gelegentlich verlautet, wirklich das kleinere Übel. Vielleicht. Eines erscheint jedenfalls unabwendbar: der langsame Zerfall des öffentlich-rechtlichen Rundfunkwesens in der Bundesrepublik. Tief in die Eiszeit Adenauers zurück reicht das infame Motto vom „Meinungsmonopol" des Rundfunks und Fernsehens. In dieses lausige Horn stoßen seither alle, die ihren Meinungsterror an die Stelle des „Meinungsmonopols" der ARD lancieren wollen. (Vom ZDF brauchen wir nicht zu reden, das ist sowieso auf dem Niveau, das sich Adenauer seinerzeit gewünscht hat.) Neuerdings hat sich die CSU in Bayern wieder einmal gehässig gegen die ARD gewandt. Unablässig — seit es überhaupt ein Fernsehen in der Bundesrepublik gibt — kläfft „Bild" (und polemisiert die Springerpresse) gegen ihr nicht genehme Sendungen. Verhängnisvoll aber ist seit eh und je das Verhalten des NDR-Intendanten Gerhard Schröder, der die Rundfunkanstalt mit den zeitweilig klarsten politischen Konturen in der Bundesrepublik ideell kaputtgemacht hat und eine Personalpolitik betrieb, die die besten Fernsehleute aus dem NDR vertrieb. Ende Dezember 1969 wurde ihm schließlich Vollmacht (vom NDR-Verwaltungsrat) erteilt, über die Beteiligung Springers an der „Studio Hamburg Atelierbetriebsgesellschaft mbH." zu verhandeln. Es lief zwar nicht ganz wie geplant. Mit sechs SPD- gegen fünf CDU-Stimmen wurde Springers 45prozentige Beteiligung (35 Prozent direkt, 10 Prozent über den „Studio-Hamburg"-Gesellschafter Trebitsch) abgelehnt. Aber die NDR-eigene „Norddeutsche Werbefernsehen GmbH." verkaufte unmittelbar danach ihre 80prozentigen Anteile an der „Studio-Hamburg"-GmbH. an den 20prozentigen Teilhaber Trebitsch, dem damit die ganze Gesellschaft gehört. So macht man das. Trebitsch vergibt nun die Anteile nach Belieben. Und wie Springer dabei abschneidet, kann sich jeder an den Fingern abzählen. Der „Spiegel" (6/1970) aber meint: „Würde Springer Anteile von Trebitsch erwerben, wäre er Mitbesitzer einer rein privaten Ateliergesellschaft. Er wäre nicht mehr, wie beim ursprünglichen Geschäft geplant, mit öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernseh-Anstalten verflochten." — Da hört der Spaß nun aber auf. Was soll dieses naive Getue? Also doch Schützenhilfe? Denn der Einfluß Springers auf die Branche ist nunmehr gesichert, und er wird ausgebaut werden. Garantiert. Das soll das Thema einer unserer nächsten „Fernseh-Spalten" sein.

E. H. Wahl

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der „Schnez-Studie"

Im Sommer 1969 legte der Inspekteur des Heeres, General Albert Schnez, dem damaligen Verteidigungsminister Schröder die Studie „Gedanken zur Verbesserung der inneren Ordnung des Heeres" vor. Schröders Nachfolger, Helmut Schmidt, ließ zwar im Dezember 1969 den „Geheim"-Stempel auf der Studie löschen, ordnete aber gleichzeitig an, daß das „Arbeitspapier" — aus dem u. a. „Die Welt" und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" im gleichen Monat längere Passagen wörtlich zitierten — weiterhin als interner Vorgang behandelt werden solle. Trotz der massiven Kritik in weiten Teilen der Öffentlichkeit, nicht zuletzt aus seiner eigenen Partei, und der Forderung nach Abberufung des für die Studie verantwortlichen Generals stellte der sozialdemokratische Verteidigungsminister sich in wesentlichen Fragen hinter Schnez.
Inzwischen wird immer deutlicher, daß der Studie des Heeresinspekteurs in den Auseinandersetzungen über die Rolle der Bundeswehr im Rahmen der bundesdeutschen Gesamtpolitik ein bedeutsamer Stellenwert zukommt. Die gesamte Rechte, NPD, CDU/CSU und große Teile des Offizierskorps, stimmen Schnez vorbehaltlos zu. Verteidigungsminister Schmidt hat offensichtlich begonnen, wesentliche Fragen der Schnez-Studie zu realisieren. In SPD und FDP, in demokratischen Organisationen und der kritischen Öffentlichkeit wächst allgemein die Besorgnis, daß angesichts der sich abzeichnenden Umrisse eines militärisch-industriellen Komplexes in der BRD mit all seinen Gefahren für die Demokratie möglicherweise auch sich anbahnende Entspannungsschritte in Europa schon im Ansatz aufs Spiel gesetzt werden könnten. In dieser Situation halten wir es für erforderlich, den vollen Wortlaut der Schnez-Studie zu veröffentlichen. D. Red.

1) Die Menschenführung und die soldatische Ordnung in den Streitkräften basieren auf den Grundsätzen der Inneren Führung. Sie sind die Voraussetzung für die Lösung der Aufgaben, die in allen Tätigkeitsbereichen gestellt werden.
Vor allem die jüngeren soldatischen Führer benötigen für die Erfüllung ihrer Dienstpflichten klare Anweisungen und praktikable Verfahren. Diese aufzuzeigen, ist ein Leitgedanke der vorliegenden Studie.
2) Des weiteren ist in voller Anerkennung der Grundsätze der Inneren Führung deren Weiterentwicklung dringend geboten, damit sie an die sich rasch ändernden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse angepaßt werden können.
3) So gilt es, die Zweckmäßigkeit von Formen und Bestimmungen, die als praktische Konequenzen der Richtlinien der Inneren Führung einst ihren Niederschalg gefunden haben, immer wieder zu überprüfen, zu bewerten und der modernen gesellschaftlichen Entwicklung anzupassen.
4) In der Weiterentwicklung des jeweils erreichten Standes darf es keine Tabus geben, sondern nur das Ziel, dem gesetzlichen Auftrag der Streitkräfte in vollem Umfang gerecht zu werden.
5) Die nachfolgenden Darstellungen lassen erkennen, wie sich die Lage entwickelt hat. Sie zeigen auf, was zu tun ist und welche Stellen zum Handeln aufgefordert werden müssen.

A. Der Auftrag und seine Erfordernisse

I. Auftrag

6) Der Auftrag der Bundeswehr ist Ausgangspunkt aller Überlegungen, die Umfang, Struktur, innere Ordnung, Kampfkraft sowie die Einordnung in das Staatswesen betreffen.
Auf Grund dieses Auftrages muß der Soldat von dem verantwortlichen Politiker die Voraussetzungen zur Erfüllung seiner Aufgaben fordern.

7) Die militärische Führung darf nicht von sich aus auf notwendige Forderungen verzichten, deren Durchführbarkeit ihr aus politischen Gründen oder zum gegebenen Zeitpunkt zweifelhaft erscheint.
8) Die Grundpflicht des Soldaten, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen", ist Kernstück des Auftrags und bildet zugleich die wesentliche Grundlage für den inneren Aufbau der Bundeswehr innerhalb der Nation, wie auch als Partner im Bündnissystem der NATO.
9) „Der Krieg bedroht Leben und Bestand der Völker. Aufgabe der politischen Führung ist es daher, ihn mit allen geistigen, politischen und militärischen Mitteln zu verhindern." „Streitkräfte sind ein Machtmittel des Staates zu seiner Selbstbehauptung. Hierfür müssen sie stets schlagbereit und so stark sein, daß der Feind den bewaffneten Angriff nicht wagt. Greift der Feind dennoch an, so ist es Aufgabe der Streitkräfte, den Kampf erfolgreich zu führen."
Diese Aufgabe muß jedem Soldaten vor Augen stehen. Er ist nicht nur zum Abschrecken da, sondern zum Kämpfen, falls die Abschreckung versagt. Nur durch den Kampfwert, den er erreicht, trägt er zur Abschreckung bei. Soldat sein ist somit eine Aufgabe sui generis und nicht ein „Beruf wie jeder andere".
10) Eine Armee ist erst dann in ihrem Abschreckungswert glaubwürdig, wenn sie bereits im Frieden einen hohen Grad an Einsatzwillen besitzt, zur Disziplin erzogen und zur Ausdauer und Härte ausgebildet worden ist. Der Auftrag, der von der politischen Führung erteilt wird, sowie der potentielle Gegner, an dem sich — nach Scharnhorst — „die Armee zu orientieren hat", setzen hierfür die Maßstäbe.
Die Forderung nach dem psychisch und physisch harten Kämpfer ist unerläßlich, da vom Soldaten der Bundeswehr gefordert werden muß, notfalls einen Verteidigungskampf tapfer und erfolgreich zu bestehen.
Wichtig für die Abschreckung ist darüber hinaus die Kampfkraft des Heeres, die nur bei voller Auffüllung der präsenten Verbände und Einheiten erreicht werden kann. Dies setzt einen Umfang voraus, der flexibel genug ist, um allen Friedensaufgaben und Anforderungen gerecht zu werden.
11) Die allgemeine Wehrpflicht trägt zur Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft entscheidend bei. Diese Integration hat aber zur Voraussetzung, daß sich der Bürger als der geborene Verteidiger seines Landes fühlt und bekennt.

II. Voraussetzungen

12) Um den Auftrag der Bundeswehr erfüllen zu können, müssen von allen politischen Führungsgremien folgende allgemeingültige Voraussetzungen anerkannt und erfüllt sein:
— das Bekenntnis der Mehrheit des Volkes, des Bundespräsidenten, des Parlamentes und der Regierung zur Verteidigung dieses Staates gegen jede Art von Angriff;
— die Einsicht der Bürger, daß vor dem Anspruch auf Rechte die Erfüllung von Pflichten zu stehen hat und daß das Recht der Gesamtheit Vorrang vor dem Recht des Einzelnen besitzt;
— die Erziehung der Jugend zum Staatsbürger durch die Familie sowie durch Schulen, Universitäten und sonstige Bildungsstätten;
— die Entschlossenheit der Bürger, der Sicherung der Freiheit und der Erhaltung des Friedens den gebührenden Rang einzuräumen und die Bereitschaft, hierfür im Rahmen der Landesveretidigung — jeder an seinem Platze — Opfer zu bringen;
— die Bereitschaft, den Dienst des Soldaten als notwendige Aufgabe für das Gemeinwesen anzuerkennen;
— das Vertrauen in die Bundeswehr.
13) Das Ziel, eine hohe Kampfkraft zu erreichen, setzt für die Streitkräfte voraus, daß
— Auftrag und Mittel in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen;
— ein gesundes Personalgefüge in Verbindung mit weitreichender Personalplanung existiert;
— das Führerkorps physisch, geistig und fachlich der Aufgabe gewachsen ist;
— Verantwortung und Zuständigkeit in jeder Ebene der militärischen Hierarchie in ein und derselben Hand liegen;

— Ausbildung und Erziehung, Organisation und Ausrüstung auf ein in allen Ebenen verständliches Kriegsbild ausgerichtet sind;
— Selbstvertrauen, Vertrauen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen und die Überzeugung von der Erfüllbarkeit des Auftrages die Grundlage des Gehorsams bilden;
— Wahrhaftigkeit und Gelassenheit, Selbständigkeit und Verantwortungsfreude die Führer wie die Führergehilfen aller Ebenen auszeichnen;
— das Verhalten und Handeln auch des jüngsten Soldaten eindeutig und einfach geregelt und vorrangig nach den soldatischen Maximen ausgerichtet sind;
— das vom Kampfgeschehen her gebotene Maß an innerer und äußerer Disziplin eindeutig gefordert und durchgesetzt wird;
— die in jeder Lage eines möglichen Krieges abverlangte Härte durch Ausbildung und Gewöhnung anerzogen wird;
— Soldat und Truppe in der Öffentlichkeit selbstverständlich sind und anerkannt werden;
— Führungswille und Gehorsam, Vorbild und Kameradschaft, Gerechtigkeit und Fürsorge die innere Ordnung bestimmen.

B. Erreichtes

14) Die vorliegende Studie wäre in ihrer Darstellung einseitig, würde in ihr nicht Erreichtes, würden nicht die Leistungen und Erfolge in Aufbau, Organisation und Bewaffnung gewürdigt; sie trugen wesentlich dazu bei, die innere Ordnung der Bundeswehr zu festigen.
15) Trotz aller zurückliegenden bzw. auch heute noch bestehenden sowie neu erwachsenden Schwierigkeiten muß betont werden:
— Der Staat und die ihn tragenden, im Grundgesetz niedergelegten Grundsätze von Freiheit, Recht und Menschenwürde werden vom Führer- und Unterführerkorps der Bundeswehr eindeutig bejaht.
— Der Primat der Politik und die parlamentarische Kontrolle werden allgemein als selbstverständlich anerkannt.
— Es gibt keine Ablehnung der staatstragenden Insitutionen, keine Diskussion über die Staatsform, keinen Flaggenstreit, keine rückwärtsgerichteten Gruppen innerhalb der Bundeswehr.
— Das Parlamant, die Bundesregierung, aber auch die Länderregierungen bekennen sich zur Bundeswehr und ihrem Auftrag.
— Zahlreiche Presseorgane, insbesondere die Provinzpresse, sind der Bundeswehr gegenüber heute freundlich, auf jeden Fall nicht feindselig eingestellt.
— Die innere Ordnung der Bundeswehr ist nicht mehr auf dem Wege von Verordnungen oder Überkommenem, sondern weitgehend gesetzlich geregelt. Der Grundsatz des Rechts durchzieht den Alltag der Bundeswehr und regelt das Verhältnis von Vorgesetzten zu Untergebenen. Willkür einerseits und Ohnmacht andererseits sind weitgehend eliminiert. Dabei darf nicht verkannt werden, daß der Mißbrauch der Rechte durch einzelne Untergebene in steigendem Maße die Vorgesetzten vor zuvor nicht gekannte Probleme stellt.
— Die Grundsätze der Inneren Führung sind Gemeingut des Führerkorps und der Bundeswehr, gleichgültig, ob die eine oder andere Ausführungsregelung kritisiert werden mag.
— Die Einsatzbereitschaft, der Idealismus und der Schwung des Führerkorps haben trotz aller Schwierigkeiten Erfreuliches zu Wege gebracht. Hier wurden ideelle und materielle Werte geschaffen, die von großer Bedeutung für den Staat sind und von diesem gefördert und gestützt werden sollten.
— Können und Wissen gerade des jüngeren Offizierskorps sind im allgemeinen solide und bieten eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung der Streitkräfte.
— Militärische Organisation der Truppe — ausgenommen die Spitzengliederung —, vor allem aber die Bewaffnung des Heeres entsprechen den modernen Anforderungen.
16) Es gilt nun, das Erreichte zu bewahren und darauf aufbauend weitere Verbesserungen für die Erfüllung des Auftrags herbeizuführen, Lücken zu schließen und ggfs. Fehlentwicklungen zu verhindern.

C. Was steht heute der Erfüllung des Auftrages entgegen?

I. Ungelöste Probleme aus der Aufbauzeit

17) Die politischen Verhältnisse beim Aufbau der Bundeswehr brachten geistige und sachliche Probleme mit sich, die eine Integrierung der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft erschweren, ja, in weiten Kreisen bis zum heutigen Tage in Frage stellen. Im einzelnen wird die Lage durch folgende Gegebenheiten gekennziechnet:

a) Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik war unter den Gegebenheiten der Anfangsjahre nicht primär ein Akt des Freiheitswillens unseres Volkes.

b) Der Aufbau der Bundeswehr war begleitet vom Mißtrauen, von Argwohn und Zweifeln sowie von einem unklaren Pazifismus.

c) Die Bundeswehr und ihre führenden Persönlichkeiten wurden und werden aus dem Sowjetblock permanent diffamiert.

d) Das Geschichtsbild war und ist ungenau und durch Legendenbildung vom politischen Machtstreben des Soldaten und vom gleichzeitigen Vorwurf blinden Gehorsams unter der politischen Führung der Vergangenheit stark verzerrt.

e) Die Katastrophe von 1945, das Atomwaffentrauma und die „Re-Education" wirken sich auf die staatsbürgerliche Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zur Selbstverteidigung negativ aus („Ohne-mich-Haltung" und Antikomplex).

f) Die mangelnde staatsbürgerliche Erziehung und das nahezu fehlende Staatsbewußtsein in der Jugend machten es von Anfang an schwer, die Konzeption des „Staatsbürgers in Uniform" zu realisieren.

g) Die sich verhärtende Spaltung Deutschlands erschwerte die Lage der Bundeswehr (Bruderkriegsgefahr, Provisorium).

h) Als Folge der vorhandenen Erscheinungen zeigte sich die weitverbreitete Einstellung, die neuen Streitkräfte nur als „notwendiges Übel" oder gar als „illegitimes Kind der deutschen Außenpolitik" zu akzeptieren.

i) Die weittragenden Konsequenzen jeder Waffennahme für Volk und Demokratie wurden ebensowenig erkannt wie die von der Sache her gebotene Eigenständigkeit des soldatischen Auftrages und damit auch des Soldatenberufs.

II. Übergangserscheinungen

18) Die gesellschaftliche Entwicklung hat mit dem Heranwachsen einer Generation, die den Krieg nicht mehr und die Aufbaujahre danach nur unbewußt erlebt hat, das Staatsbewußtsein tiefgreifend verändert. Die dabei entstandene geistespolitische Krise in unserer Jugend bringt nicht nur die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland in Gefahr, sondern lenkt viele Energien einer weithin geschichtslosen Jugend in eine pazifistisch-utopische Richtung.

19) Im einzelnen ist festzustellen:

a) Die „neue Linke" und ihre Mitläufer leugnen einen substantiellen Unterschied zwischen westlichem „Spätkapitalismus" und östlichem Kommunismus, ihr Denken wird von der Utopie des „freiheitlichen Sozialismus" beherrscht. Ihre Aktionen zielen auf Anarchie.

b) Die Überzeugungskraft der Wehrmotive wird ausgehöhlt; sie bleiben ohne Resonanz.

c) Die Bundeswehr erhielt selbst im Verlauf der CSSR-Krise nicht überall die Bestätigung ihrer Selbstverständlichkeit. Sie wurde oft nicht als einer der wesentlichen Faktoren in diesem politischen Spannungsfeld gesehen. Dabei hatte der Überfall auf die CSSR durchaus für viele Bürger die Notwendigkeit der Verteidigung glaubhafter gemacht.

d) Eine Organisation der zivilen Verteidigung besteht erst in Anfängen.

e) Die Notstandsgesetzgebung ist zwar verabschiedet, ihre Anwendung aber wegen der noch immer nicht vorliegenden Durchführungsbestimmungen in Frage gestellt.

f) Die mangelnde Wehrgerechtigkeit führt zur Wehrunlust vieler Wehrpflichtiger und fördert die Kriegsdienstverweigerung.

g) Immer noch stärken zahlreiche Lehrer, Pfarrer, Schriftsteller, Publizisten, Regisseure und Fernsehmoderatoren die Abneigung gegen den Dienst mit der Waffe. Dabei ist die von namhaften Gelehrten und Geistlichen vertretene Auffassung bedenklich, das Ethos der Zukunft werde der waffenlose Dienst sein, der Soldat sei leider Gottes noch notwendig, aber bereits vom Gang der Geschichte überholt.

h) Radikale Gruppen versuchen offen, unter Ausnutzung der Gesetzeslage die Moral der Truppe zu zersetzen.

i) Bestimmte Kreise unserer intellektuellen Jugend denken gesellschaftspolitisch, aber nicht staatspolitisch. Der Staat selbst steht diesen antistaatlichen Tendenzen noch abwartend gegenüber.
k) Der Kommunismus wird in seinem stets gegenwärtig und neu bewiesenen Streben, die Weltrevolution herbeizuführen, nicht oder nur am Rande und illusionär zur Kenntnis genommen. Lenins bis heute gültiges Dogma, zunächst den Verteidigungswillen eines Gegners auszuhöhlen und ihn in geistige Anarchie zu führen, um ihm erst dann den militärischen Fangstoß zu geben, hat bereits greifbare Resultate gezeigt. Diese strategische Leitlinie sowjetischen Handelns ist fast unbekannt und wird kaum beachtet.

III. Die Lage der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft

20) Ein Teil des Volkes hat das Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform" noch immer nicht verstanden oder nur zögernd angenommen. Es wird auch im Ausland vielfach angezweifelt.
Die neue Kennzeichnung „Staatsbürger als Soldat" sagt klarer, was gemeint ist.
21) Die Streitkräfte sind trotz manchen Wohlwollens in der Bevölkerung noch nicht ausreichend in Staat und Gesellschaft integriert.
22) Die Truppe ist weithin zur Geschichtslosigkeit verurteilt und ohne verpflichtendes Traditionsbewußtsein *).
23) Viele Soldaten scheuen sich, in Uniform auszugehen. Längerdiener werden nicht selten von ihren Kameraden als „Z-Schweine" diffamiert.
24) Das Desinteresse mancher Politiker an Sachproblemen der Verteidigung und der Bundeswehr wirkt sich nachteilig aus.
25) Die Grundlagen des Konzepts der Inneren Führung setzen eine intakte, freiheitlich-demokratische Gesellschaft voraus, die über allen Pluralismus und über politisch unterschiedliche Auffassungen im einzelnen hinweg in der Verteidigung der Freiheit einmütig ist.
Das tatsächlich gegenwärtige Bild der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland entspricht jedoch nicht diesen Vorstellungen. Damit wächst die Unsicherheit bei der Lösung des Führungs- und Erziehungsauftrages in der Bundeswehr.
26) Die Unsicherheit über die Zukunft und Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit der NATO führten teilweise zur Resignation und vereinzelt zu Forderungen nach nationalen Lösungen. In dieser Lage wirkt es bedrückend, daß weder die Europabewegung Auftrieb erhält noch das Vaterland als moralische Größe die notwendige Interpretation findet.

IV. Innerer Zustand der Bundeswehr

27) Der Führungswille kommt nicht in klarer und erreichbarer Zielsetzung zum Ausdruck. Das Schlagwort von der „verwalteten Armee" tritt überall dort auf, wo diese Grundforderung militärischer Menschenführung unbeachtet bleibt. Der Führungswille wird durch die gleichberechtigte Mitwirkung vieler Stellen gebrochen und daher in der Truppe zu wenig wirksam. Dies hat zur Folge:
a) Die Struktur und zwangsläufige Schwerfälligkeit des Ministeriums steht im Kontrast zu den Grundforderungen militärischer Führung.
b) Die personale Spitze in der Gestalt des Generalinspekteurs wird für die Truppe in ihrer Führungsfunktion zu wenig deutlich. Fast symbolischer Ausdruck dafür ist die stellenmäßige und protokollarische Unterbewertung des obersten Soldaten und der Inspekteure der Teilstreitkräfte im Vergleich zu deren Bewertung in anderen Demokratien.
c) Die Vertretung der Belange des Soldaten erscheint in den Augen der Truppe nur unzureichend artikuliert und wird zu oft den Berufsverbänden überlassen.
d) Ungerechtfertigte und diffamierende Angriffe gegen die Bundeswehr und ihr Führerkorps finden nicht immer und fast nie rasch genug die nötige Zurückweisung; die Folge

*) „Das Problem der Bundeswehr ist infolgedessen nicht, daß das Militär einen überlegenen Status, sondern eher zu wenig bzw. keinen selbstverständlichen Status hat. Da gleichzeitig die NATO als Bezugsgröße mehr und mehr geschwunden ist, die Identifikation der Bevölkerung mit der BRD sich vorwiegend am „Out-Put" orientiert und ein offensiver Kampfauftrag der Bundeswehr aus innerpolitischen Gründen wie aus der Integration in die NATO undenkbar ist, befinden sich Offiziere und Unteroffiziere in einer spannungsreichen Situation der Status-Unsicherheit. Zudem ist die militärische Tradition als Bezugsgröße mehr als problematisch" (Prof. Dr. Rudolf Wildemann in „Beiträge zur Militärsoziologie", herausgegeben von René König, Köln 1969).

hiervon ist, daß sich bei den Führern wie auch in der Truppe ein gesundes Selbstbewußtsein nur schwer entwickeln kann.

e) Die Vielfalt der Dienstwege und Beschwerdezüge, das Auseinanderfallen von Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der Truppenvorgesetzten haben den Eindruck verfestigt, daß die Bundeswehr mehr verwaltet als geführt wird. In der Tat läuft unser System funktional oft der Intention der soldatischen Erziehung entgegen.

28) Der Offizier, der das bewegliche Gefecht in hoher Selbständigkeit und mit schneller Entschlußfassung wendig führen soll, muß im dienstlichen Alltag nach schwerfälligen Verfahren handeln. Er wird in der Ausübung seines Dienstes durch zu große Begrenzung seiner Zuständigkeit behindert; seine Entschlußfreiheit wird hierdurch eingeengt und oft sogar gelähmt. Diese Einengungen beanspruchen zudem seine Zeit und entziehen ihn seiner eigentlichen Aufgabe, der Erziehung und Ausbildung seiner Truppe.

29) Die wahrscheinlich fleißigste Armee der deutschen Geschichte ist in den zersetzenden Ruf einer unrationell ausbildenden „Gammelarmee" gekommen.

30) Die Autoritätskrise als Zeiterscheinung schlägt in die Truppe zurück und belastet insbesondere das untere Führerkorps. Die wirklichkeitsfremde Forderung nach einer nur aus der Persönlichkeit erwachsenden Autorität der Vorgesetzten muß in der Armee zwangsläufig viele Offiziere und Unteroffiziere in eine schwierige Lage bringen. Unsicherheit und Resignation, Vertrotzung und Übergriffe, nicht selten Ungehorsam sind die Folgen. Disziplin und Geist des Heeres sind selbst da gefährdet, wo die Führer in der Truppe die Möglichkeiten, die Gesetze und Dienstvorschriften geben, voll auszuschöpfen verstehen.

31) Wehrrecht und Disziplinarordnung als Hilfsmittel der Disziplinierung sind zu einseitig an der Vorstellung von freiwillig, aus Einsicht gehorchenden und von der Notwendigkeit der Verteidigung überzeugten Soldaten orientiert. Angesichts der veränderten Lage verfügen die militärischen Vorgesetzten nicht über die erforderlichen Möglichkeiten, den Gehorsam auch dort sicherzustellen, wo es an Einsicht und Bereitschaft fehlt.

32) Die Truppe leidet unter einer Fülle von Dienstvorhaben und wird durch Überforderung zum stillschweigenden Ungehorsam verführt. Sie sieht sich außerdem einer Gesetzeslage gegenüber, die ihre Handlungsfreiheit im Sinne des Auftrags über Gebühr einschränkt. Der Gehorsam ist in vielen Bereichen geschwächt oder durch das Abweichen von der Auftragstaktik strapaziert.

Dieser Zustand hat nachteilige Wirkungen auf die Wahrhaftigkeit, die Grundlage eines sauberen Dienstbetriebes ist und bleibt.

33) Der technische Dienst wird oft wenig sinnvoll ausgeführt; dies gilt im besonderen Maße dann, wenn er als Ausweichbeschäftigung mißbraucht wird. Die geringen Dienststärken führen vielfach dazu, daß die Materialerhaltung in der Truppe mehr Zeit in Anspruch nimmt, als es im Rahmen der Ausbildung vertretbar wäre.

Eine Übertreibung des Prüfwesens hat zur Folge, daß dieser Dienst zum Selbstzweck wird und andere Dienstzweige hierdurch beeinträchtigt werden.

34) Die Unsicherheit in Fragen der militärischen Formen ist groß. Die zu scharfe Trennung von Dienst und Freizeit schwächt den Zusammenhalt. Wohlstands- und Wochenstunden-Denken bei den überwiegend sehr jung heiratenden Offizieren und Unteroffizieren beeinträchtigt die Erziehungsaufgabe und beeinflußt den außerdienstlichen menschlichen Kontakt negativ.

35) Bei der Befehlsgebung ist nicht selten Absicherung ein wesentliches Element; dies beeinträchtigt das Vertrauen in die Führung, der der Vorwurf gemacht wird, sich nicht genügend vor die Untergebenen zu stellen.

36) Die Ausbildung der Verbände und Einheiten zeigt bedenkliche Lücken und Schwächen, besonders in ihrem Kernstück, der Gefechtsausbildung.

Durch die bisher zu geringen Gefechtsstärken entmutigt, durch friedensbedingte, oft überspitzte Sicherheitsbestimmungen und überängstliche gesundheitliche Bestimmungen gehemmt, weichen nicht wenige Kommandeure und Chefs vor den harten Forderungen der Gefechtsausbildung in den Unterrichtsraum oder in einen überzogenen technischen Dienst aus."

37) Gesundheitlich nicht mehr voll einsatzfähige Vorgesetzte suchen den Weg des geringsten Widerstandes und schöpfen die gebotenen Möglichkeiten zur sinnvollen Belastung der Truppe nicht aus.

38) Die Befehlstreue im Kleinen läßt oft zu wünschen übrig und wird überdies nicht mit dem nötigen Nachdruck durchgesetzt.

39) Die „Verschulung" des Heeres — bis zu einem gewissen Grade unerläßlich — entzieht der Truppe zu oft qualifizierte Ausbilder und vermehrt besonders bei dem Mangel an Führern die Tendenz zum „Gammeldienst".

40) Die Lage im Führerkorps wird gekennzeichnet durch:

a) Überalterung schon in den mittleren Dienstgraden (bei Offizieren und Unteroffizieren) auf Grund des bekannten Rückstaues;

b) Unzufriedenheit wegen fehlender Entwicklungsmöglichkeiten;

c) unzureichenden Nachwuchs;

d) die Schwierigkeit einer Stellenbesetzung nach dem Grundsatz „der beste Mann am richtigen Platz";

e) nur teilweise gelungene Realisierung des Leistungsprinzips;

f) Unüberschaubarkeit des Ausbildungsganges, der als nicht modern und konzentriert genug angesehen werden muß;

g) noch ungenügende Attraktivität der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, die der Mehrzahl der Zeit- und Berufssoldaten im Hinblick auf einen späteren zweiten Beruf geboten werden.

41) Im Offizierkorps sind

— ein großer Teil der Kommandeure und Lehroffiziere sowie der Taktiklehrer und Inspektionschefs an allen Schulen zu alt;

— eine große Anzahl älterer Stabsoffiziere nur bedingt und ohne genügenden Ausbildungs- oder Führungseffekt einsetzbar;

— viele Hauptleute mit Stabsoffizier-Lehrgangsabschluß ohne alters- und leistungsangemessene Beförderungsmöglichkeit;

— die Auswirkung dieser Zustände auf den jungen Offizier negativ.

42) Die Erwartung, der Rückstau im Offizierskorps würde durch die weißen Jahrgänge aufgelöst und damit das Problem gelöst werden, ist trügerisch. Es ist zwar eine vorübergehende Erleichterung zu erwarten. Die darauf folgenden starken Geburtsjahrgänge werden, wenn nichts geschieht, bereits in den 70er Jahren eine ähnliche Situation bringen, wie sie jetzt schon gegeben ist.

43) Auf dem Personalsektor hat sich der Teufelskreis geschlossen:

— Je geringer die Umfangszahl, desto weniger Wehrpflichtige durchlaufen das Heer; entsprechend gering ist die Möglichkeit, qualifizierte Ausbilder zu gewinnen.

— Je weniger qualifizierte Ausbilder, desto unzureichender ist die Ausbildung; je unzureichender die Ausbildung, desto geringere Werbewirksamkeit wird auf den Nachwuchs ausgeübt.

Auf diesen Teufelskreis wirken alle vorher erwähnten Faktoren — insbesondere auch das zu geringe Ansehen der Streitkräfte — mit ein.

So trägt alles letztlich zum Schlüsselproblem des Heeres bei:

Mangel an ausreichendem und qualifiziertem Führer- und Unterführernachwuchs.

D. Zur Erfüllung des Auftrages erforderliche Maßnahmen

44) In den nachfolgenden Abschnitten wird ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen, die darauf abzielen, die innere Ordnung des Heeres zu festigen und das Konzept der Inneren Führung auf der Basis des Gedankens vom „Staatsbürger als Soldat" weiterzuentwickeln und so den veränderten Verhältnissen an der Schwelle zu den 70er Jahren anzupassen.

Die Ordnung nach der zuständigen Entscheidungsebene schließt ein Tätigwerden der jeweils nachgeordneten Stelle nicht aus. Auch werden aus Gründen der Gesamtsystematik gewisse Überschneidungen nicht vermeidbar sein. Vieles konnte hier auch nur allgemein angesprochen werden und bedarf der Vertiefung und weiteren Durcharbeit.

Dieses Bündel muß als Ganzes gesehen werden. Nur ein rasches Angehen der Probleme in ihrer vollen Bandbreite verspricht Erfolg.

I. Maßnahmen des Parlaments

45) Grundgesetzänderung
a) Der Auftrag der Streitkräfte muß im Grundgesetz verdeutlicht werden.
b) Artikel 4, Absatz 3, Satz 1 des Grundgesetzes ist neu so zu fassen, daß als entscheidendes Kriterium für die Anerkennung als Verweigerer des Kriegsdienstes nicht bereits eine leise Regung des Gewissens, sondern nur eine „ernste Gewissensnot" gilt.
c) Der Artikel 104 GG ist dahingehend zu ergänzen, daß die disziplinare Arreststrafe, soweit sie nicht anstelle einer strafrechtlich verwirkten Strafe tritt, nicht als „Freiheitsentziehung" im Sinne dieses Artikels anzusehen ist. Damit bedarf sie künftig keiner richterlichen Genehmigung.

46) Schaffung eines Gesetzes zur Durchführung des Artikels 4 (3) GG im Einsatzfalle
Es muß Vorsorge getroffen werden, daß im Spannungs- und Verteidigungsfall die soldatische Pflichterfüllung nicht unter Berufung auf Artikel 4 (3) GG verweigert werden kann.
Eine entsprechende Regelung muß ihre Verankerung auch im Wehrstrafgesetz finden und schon im Frieden bekannt sein.
Dies scheint unabdingbar, da zu befürchten ist, daß im Spannungs- und Verteidigungsfall Soldaten den Gehorsam verweigern oder Wehrzersetzung betreiben, indem sie sich unter Berufung auf Artikel 4 (3) GG und §§ 25—27 WPflG den Kampfhandlungen zu entziehen versuchen.

47) Ergänzung des Wehrpflichtsgesetzes
a) Es wird vorgeschlagen, daß alle Wehrpflichtigen den Grundwehrdienst ableisten müssen, wenn sie nicht entsprechend Wehrpflichtgesetz § 26 (2) vierzehn Tage vor der Musterung ihren Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehrersatzamt gestellt haben. Hat der Wehrpflichtige seinen Grundwehrdienst angetreten, so muß für diese Zeit im Frieden das Recht auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer ruhen, wie auch andere im Grundgesetz verankerten Rechte für den Soldaten eingeschränkt werden.
b) Wenn der Vorschlag unter a) nicht realisiert werden kann, sollte der Disziplinarvorgesetzte vor den Prüfungsausschüssen auf seinen Antrag hin gehört werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn das Kreiswehrersatzamt Berufung eingelegt hat.
c) Soldaten, die als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden, müssen mit Ausscheiden aus der Bundeswehr ihren Dienstgrad sowie jede soldatische Bezeichnung verlieren. Das gleiche gilt auch für Soldaten, die nach Ableistung ihres Grundwehrdienstes den Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer stellen. (Ein Leutnant d. R. und Kriegsdienstverweigerer macht nicht nur jede Armee, sondern auch den Staat zur Farce.)

48) Änderung der Wehrdisziplinarordnung
a) Für jede einfache Disziplinarstrafe sollte die Möglichkeit einer Bekanntmachung vor den Soldaten der Einheit oder des Truppenteils des Bestraften vom Dienstgrad des Bestraften an aufwärts als Kann-Bestimmung vorgesehen werden.
b) Da sich kurz vor dem Entlassungstermin in einzelnen Einheiten disziplinare Vergehen häufen, jedoch nur Arreststrafen für sofort vollstreckbar erklärt werden können, erscheint es zweckmäßig, diese Möglichkeit auch auf andere Strafarten auszudehnen. Hierdurch wird vermieden, daß Kompaniechefs in solchen Lagen vorwiegend Arreststrafen verhängen müssen.
c) Zu fordern ist die Einführung des „verschärften Arrestes". So, wie er schon im Jugendstrafvollzug zulässig ist, sollte er auch in der Bundeswehr gegen Soldaten als disziplinares Erziehungsmittel anwendbar sein.
d) Solange rechtlich keine besseren Möglichkeiten geschaffen werden, um die Erfüllung der Gehorsamspflicht gegenüber böswillig renitenten Soldaten durchzusetzen, ist die Schaffung von Sondereinheiten auf Korpsebene zur Freistellung der Truppe von schweren Fällen zu prüfen. Diese Einheiten dienen in erster Linie der Entlastung der Truppe. Schon die Tatsache ihres Bestehens könnte der Disziplin allgemein dienen. Sie lassen sich aber nur verwirklichen, wenn allen Vorgesetzten in diesen Einheiten zugleich besondere Erziehungs-Befugnisse zuerkannt werden.
e) Es sind Maßnahmen zur Straffung der Verfahren an den Truppendienstgerichten erforderlich mit dem Ziel einer schnelleren Abwicklung des Verfahrens. Die den betrof-

fenen Soldaten wie die Einheit zeitlich über Gebühr belastende Ungewißheit muß verkürzt werden. Dies ist ein Gebot sowohl der Disziplin als auch der Fürsorge, auf die auch der Straffällige Anspruch hat.

49) Änderung der Organisation in der Gerichtsbarkeit

Analog der Existenz von besonderen Gerichten auf anderen Gebieten, wie Verwaltungsgericht, Sozialgericht, Arbeitsgericht usw., sollte auch im Frieden für das spezielle Wehrstrafrecht ein Wehrgericht als militärische Einrichtung bei jeder Division geschaffen werden, das sich mit allen Straftaten nach dem Wehrstrafgesetz zu befassen hat und zugleich die Tätigkeit des Truppendienstgerichtes mit übernimmt.

50) Änderung des Soldatengesetzes

a) Es sollte untersucht werden, ob bei Wehrpflichtigen die bisherige Form des feierlichen Gelöbnisses nicht durch ein „Treueversprechen" oder eine „In-Pflicht-Nahme" ersetzt werden kann.

Hierbei sollten das Treueversprechen oder die In-Pflicht-Nahme ohne religiöse Formel, jedoch weiter in feierlicher Form vollzogen werden; eine Belehrung durch Pfarrer im lebenskundlichen Unterricht könnte dann entfallen.

b) Wer nicht bereit ist, das Treueversprechen zu leisten, ist als Unterführer ungeeignet; er darf nicht befördert werden.

c) Für die Längerdienenden muß es beim Diensteid bleiben; er sollte jedoch getrennt von dem Treueversprechen bzw. der In-Pflicht-Nahme geleistet werden.

51) Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages

a) Es erscheint sinnvoller und stärkt das Vertrauensklima, wenn alle Soldaten gehalten sind, sich vor einer Eingabe an den Wehrbeauftragten zuerst an den nächsten Disziplinarvorgesetzten zu wenden. Auf jeden Fall ist bei Absenden der Eingabe eine gleichzeitige Unterrichtung des Disziplinarvorgesetzten zu fordern.

b) Durch Vorschalten einer Beschwerde nach der WBO vor der Eingabe an den Wehrbeauftragten würde diesem und den militärischen Vorgesetzten viel Arbeit erspart und vorhandene Mängel könnten schneller abgestellt werden.

c) Es muß sichergestellt werden, daß Eingaben von Soldaten an den Wehrbeauftragten von diesem nur dann bearbeitet werden, wenn eine Verletzung der Grundrechte oder der Grundsätze der Inneren Führung in Frage steht.

52) Änderung der die Soldatenlaufbahn regelnden Gesetze und Verordnungen

a) Die grundsätzliche Lösung der personellen Probleme kann nur eine in die Zukunft weisende Neuordnung der Soldatenlaufbahn bringen:

Sie muß

— klar gegliedert und überschaubar sein;

— dem Bildungsstreben des jungen Menschen, seinem Sicherheitsbedürfnis und den sich abzeichnenden Grundlinien einer zukünftigen Bildungsreform entsprechen;

— mit ihrer Attraktivität und den durch sie gegebenen Entwicklungsmöglichkeiten in der Gesellschaft konkurrenzfähig sein;

— flexibel sein und auf dem Leistungsprinzip beruhen;

— auch denkbaren strukturellen Veränderungen anpaßbar sein.

b) Alle Laufbahngruppen müssen ein „überschaubares Berufsbild" vom Schulabschluß bis zur „Zur-Ruhe-Setzung" anbieten.

c) Das Berufsbild muß jeweils eine bindende Zusage hinsichtlich der Sicherstellung bei Entlassung aus dem aktiven Dienst enthalten.

d) Vermehrte Pflichten und eingeschränkte Rechte der Soldaten sind zeitgemäß durch fühlbare Besserstellung gegenüber den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes abzugelten.

e) Das Ziel der Neuordnung der Offizierslaufbahn muß es sein, insgesamt das Offizierskorps zu verjüngen.

f) Es muß von der Staatsführung anerkannt werden, daß der Soldatenberuf ein Beruf „sui generis" ist. Die sich hieraus ergebenden Konsequenzen hinsichtlich Status und Laufbahn sind zu überprüfen mit dem Ziel, eine Besserung der unbefriedigenden Personalstruktur herbeizuführen.

g) Es muß eine nach Bildungsniveau, Altersaufbau und Aufstiegsmöglichkeiten attraktive Offizierslaufbahn geschaffen werden, die zugleich die Forderungen nach einem

geistig und körperlich unter extremen Bedingungen spannkräftigen Offizierskorps erfüllt.

(1) Grundtyp (Diskussionsbeitrag!)

Dienstverpflichtung auf 25 Jahre (B 25), in der jeder Berufsoffizier mindestens einen mittleren Stabsoffizierrang erreichen kann mit der Möglichkeit,

(a) der Verlängerung um 8 oder 12 oder 15 Jahre durch den Dienstherrn mit Zustimmung des Betroffenen unter

— Zusicherung eines neuen Mindestlaufbahnzieles oder

— Hinweis auf Verbleiben im erreichten Dienstgrad (im Regelfall: Oberstleutnant)

(b) des Ausscheidens auf eigenen Wunsch ohne Verlust der erreichten Versorgungsbezüge,

(c) des Ausscheidens auf Wunsch des Dienstherrn bei Gewährung der erreichten Versorgungsbezüge.

Offiziere, deren Dienstzeit verlängert werden soll, sind nach folgenden Gesichtspunkten auszuwählen:

— geistiger und körperlicher Leistungsfähigkeit,

— Laufbahnerwartung (Führungskräfte für mittlere und obere Führung),

— Bedarf an Offizieren in altersungebundenen Stellungen,

— Spezialkenntnissen (entsprechend spezieller Weiterbildung).

(2) Die Fachoffizierlaufbahn ist wie folgt vorzusehen:

(a) als Aufstiegslaufbahn für besonders qualifizierte Unteroffiziere (bereits angelaufen). Übernahme erfolgt zunächst als B 25 nach Teilnahme an einer Auswahl im 10. Dienstjahr. Verlängerungsmöglichkeit wie beim Berufsoffizier (B 25).

(b) Daneben ist die Laufbahn auch als Einstiegslaufbahn vorzusehen, und zwar für Anwärter mit einem mittleren Schulabschluß.

Diese Fachoffiziersanwärter treten entsprechend den Offiziersanwärtern als Anwärter für den B 25 ein.

(c) Die Ausbildung zum Fachoffizier ist so zu gestalten, daß ein dem HTL-Ingenieur/Verwaltungsinspektor entsprechendes Niveau erreicht wird.

Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten über A 11/A 12 hinaus für einzelne, besonders qualifizierte Fachoffiziere durch Übernahme in die allgemeine Berufsoffizierslaufbahn ist anzustreben.

a) Auch eine Neugestaltung der Laufbahn des Zeitoffiziers Z 4 ist erforderlich mit dem Ziel, das Offiziersnotsoll zu überwinden und eine breite Basis zur Übernahme als B 25 zu erhalten. Hierzu wird vorgeschlagen:

(1) Schaffung ausreichenden Anreizes durch

— hohe Übergangsbeihilfen oder Teilfinanzierung des anschließenden Studiums,

— wahlweise Inanspruchnahme der für Unteroffiziere/Mannschaften gegebenen Möglichkeit der dienstzeit-beendenden Ausbildung; dies kann jedoch erst nach Abschluß des 4. Dienstjahres gewährt werden.

— Sicherung des Studienplatzes,

— Sicherung von Wohnungen oder Unterkünften,

— bevorzugte Verwendung im öffentlichen Dienst auf Antrag.

(2) Ausbildung parallel zum Offizieranwärter, jedoch ohne militärwissenschaftliche Ausbildung.

(3) Volle Nachholung der militärwissenschaftlichen Ausbildung bei Übernahme als B 25.

i) Reserveoffiziere und Zeitoffiziere sollten die Möglichkeit erhalten, sich neben ihrem Studium in ihrer Offizierslaufbahn weiterzubilden, um nach Abschluß ihres Studiums auf Antrag als Hauptmann wieder eingestellt zu werden.

Für Ärzte und Ingenieure ist diese Möglichkeit bereits gegeben, für Soldaten mit einem abgeschlossenen Studium der Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sollte sie geschaffen werden.

k) Der Verwaltungsbeamte des gehobenen, und höheren Dienstes sollte Verwaltungsoffizier (B 25) werden, soweit er in der Truppe Dienst tut. Austauschbarkeit mit Verwaltungsbeamten im höheren Dienst im Ministerium und in den Wehrbereichsverwaltungen muß gegeben sein.

l) Es wird vorgeschlagen, die Unteroffizierlaufbahn neu zu gestalten.

(1) Grundtyp:
Z 12 mit beschränkter Übernahmemöglichkeit in B 25 im 10. Dienstjahr nach einheitlicher Auswahl (gekoppelt mit Auswahl für Fachoffizierlaufbahn).
(2) Für Berufsunteroffiziere (B 25) sind über den Hauptfeldwebel hinaus zwei weitere Feldwebeldienstgrade zu fordern (mindestens A 9). In der Ausbildung soll mindestens die Ebene eines Handwerks-/Industriemeisters so rechtzeitig erreicht werden, daß diese Ausbildung auch noch den Unteroffizieren in der Truppe zugute kommt.
m) Es wird empfohlen, in Zukunft nicht mehr vom „Unteroffizierskorps", sondern vom „Feldwebelkorps" oder „Feldmeisterkorps" zu sprechen, zumal der große Block der Gruppenführer/Kommandanten eines Waffensystems in Zukunft einen entsprechenden Dienstgrad haben sollte.
In Anpassung an die gesellschaftliche Struktur und die tatsächlichen Tätigkeiten und Verantwortungen des Unterführerkorps der Streitkräfte ist dem Begriff „Meister" der Vorrang zu geben.
Vor einer Änderung der Bezeichnung „Unteroffizier" sollten die Unteroffiziere selbst gehört werden.
n) Die Laufbahn der Mannschaften muß bis zum Z 12 mit dem Dienstgrad „Stabsgefreiter" offen bleiben und entsprechend dotiert werden, um besonders kosten- und zeitaufwendig ausgebildete Spezialisten lange im Heere halten zu können.
53) Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes
a) Nur eine eigene Besoldungsordnung für Soldaten ist geeignet, in flexibler Handhabung den Besonderheiten des soldatischen Berufs gerecht zu werden. Schwerpunkte sind dort zu bilden, wo es auf Grund fehlenden Nachwuchses im staatlichen Interesse liegt und wo es erforderlich ist, sich dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, das Wirtschaft und Gesellschaft beherrscht, anzupassen.
Voraussetzungen sind:
— die Wahrung des bisherigen Besitzstandes und
— die automatische Übernahme der vom Parlament jeweils für die Besoldungsordnungen A und B beschlossenen Besoldungsverbesserungen.
b) Durch eine der Laufbahn des B 25 angepaßten Besoldungs- und Versorgungsneuregelung sind die Nachteile des möglichen Berufswechsels in den besten Schaffensjahren auszugleichen; dabei sind neben weiterer Berufsausbildung Wahlmöglichkeiten vorzusehen zwischen
— Pension (im erreichten Umfang) ohne Anrechnung auf künftige Tätigkeit im öffentlichen Dienst bzw. privaten Beruf,
— Auszahlung der kapitalisierten Pension,
— Übernahme in die Verwaltung des Bundes/Bundeswehrverwaltung unter finanzieller Wahrung des Besitzstandes.
c) Diese Besoldungsordnung (siehe 53 a) sollte besonders für den jüngeren Unteroffizier eine leistungsgerechte Bezahlung vorsehen. Sie muß mit den monatlichen Bruttobezügen dem Gehaltsniveau der Facharbeiter (einschl. normaler Überstunden) angepaßt sein.
d) Die Besoldung für Spezialisten im Mannschaftsrang (siehe 52 n) muß sich mit der Besoldung der unteren und mittleren Unteroffizierdienstgrade so überlappen, daß hochwertige Spezialisten in der Bundeswehr gehalten werden können, ohne sie an Unteroffizier- bzw. Feldwebel-Lehrgängen scheitern zu lassen.
e) Wehrpflichtige, die in Unterführerstellung vor der Front oder in Spezialistenfunktionen für Längerdiener Dienst tun, sind finanziell herauszuheben.

II. Maßnahmen der Regierung

54) Verdeutlichung des Auftrages der Streitkräfte
a) Der Staat muß alle ihm gesetzlich und politisch zur Verfügung stehenden Mittel ausnutzen, um die Publikationsmedien dazu zu bringen, der Bevölkerung den Verteidigungsauftrag der Streitkräfte klar zu machen.
Diese Aufgabe stellt sich immer wieder neu und muß mit Nachdruck und Anpassungsfähigkeit erfüllt werden.
b) Eine ausreichende Zusammenarbeit mit den Kultusministerien der Länder ist sicherzustellen; sie muß zum Ziel haben, Schüler und Studenten über Sinn, Aufgaben und Notwendigkeit der Streitkräfte und der allgemeinen Wehrpflicht zu unterrichten.

c) Der Auftrag, der dem Wehrpflichtigen mit seiner Einberufung übertragen wird, bedarf ebenfalls der Verdeutlichung. Es muß verhindert werden, daß der junge Mann in der Einberufung nur einen Verwaltungsakt erblickt, ohne daß ihm in ausreichender Weise klar wird, warum und wofür er zum Dienst eingezogen wird, welche Pflicht er hierbei erfüllt und welche Verantwortung ihm obliegt.

55) Ausbau des Zivilen Ersatzdienstes

a) Der zivile Ersatzdienst muß beschleunigt so auf- und ausgebaut werden, daß er alle anerkannten Kriegsdienstverweigerer unverzüglich erfassen kann. Die gemäß § 6 WPflG abzuleistenden Wehrübungen der Wehrpflichtigen von 6 Monaten sind von den Kriegsdienstverweigerern in ihrem Ersatzdienst in einem Zuge abzuleisten (24 Monate Ersatzdienst).

b) Es ist sicherzustellen, daß der Ersatzdienst in seiner Durchführung insgesamt den Bedingungen des Grundwehrdienstes gleichkommt (Disziplinarordnung, Urlaubsordnung, Nacht- und Sonntagsdienst usw.).

56) Verteidigung als Aufgabe aller Ressorts

a) Das „Ja" zur Verteidigung der Freiheit, wie es im Artikel 87 a des GG verankert ist, verpflichtet die Regierungen von Bund und Ländern, in allen Ressorts den dafür erforderlichen Beitrag zu leisten. Aufgabe der Regierungschefs ist es, diesen Auftrag in seinem vollen Umfange durchzusetzen und dies nicht nur dem Bundesminister der Verteidigung bzw. den Soldaten zu überlassen.

b) Besonderer Ausdruck dieses staatlichen Verteidigungswillens ist hierbei die Notstandsgesetzgebung; sie muß schnell und voll praktikabel gemacht werden. Die Durchführungsbestimmungen müssen unverzüglich erlassen werden, damit den Streitkräften der materielle und personelle Rückhalt nicht länger zweifelhaft erscheint.

III. Maßnahmen des Bundesministeriums der Verteidigung außerhalb des FüH

57) Betonung des Führungswillens

a) Der Führungswille muß deutlich und klar und mit erreichbarer Zielsetzung zum Ausdruck kommen.

b) Für die Durchsetzung dieses Führungswillens müssen sowohl eine klare Kommandostruktur als auch ein durchgehender Kommandostrang und eindeutige Befehlsbefugnisse vom Generalinspekteur über die Inspekteure bis hinab zu den Kompanien geschaffen werden.

Weisungen und Befehle des BMVtdg, die die Truppe in irgendeiner Weise berühren oder gar betreffen, bedürfen — soweit sie im Auftrag des Ministers von zivilen Abteilungen des BMVtdg erlassen werden — in jedem Einzelfall der Zustimmung der zuständigen militärischen Abteilung.

c) Alle dienstlichen Anweisungen einschl. der Erlasse, Anordnungen und Verfügungen auch des Verteidigungsministerium sollen nur über die militärisch vorgesetzte Dienststelle bekanntgegeben werden. Für die Truppe darf es nur einen Dienstweg, nämlich den militärischen Führungsweg geben.

d) Der bereits beschrittene Weg, die Vielzahl der dienstlichen Anweisungen zu ordnen und verjährte Befehle auszumerzen, muß konsequent weiterverfolgt werden.

e) Der Auftrag und die Mittel zu seiner Durchführung müssen wieder in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden.

Dazu sind erforderlich

— mehr Führung durch Weisungen mit klarer Zielsetzung als durch eine Vielzahl detaillierter Aufträge,

— Herstellung der uneingeschränkten Zuständigkeit der Kommandeure und Chefs für die Bereiche, in denen sie die Verantwortung tragen.

f) Von nichtmilitärischen Stellen im Hause werden oft Weisungen für Unfallverhütung und Bestimmungen für die Sicherheit verfügt, die in ihrem Streben nach Perfektion die im Frieden zu erlernende kriegsmäßige Handhabung von Waffen und Geräten und damit eine kriegsnahe Ausbildung in Frage stellen.

Hier gilt es, Ziel, Mittel und unvermeidbares Risiko den Grundforderungen anzupassen, die an eine Armee zu stellen sind.

g) Die durch den Ministerialdienst und die Mitarbeit in internationalen Stäben ausgelöste Hochdotierung von Offiziersstellen in den Führungsstäben des Verteidigungs-

ministeriums darf nicht zu einer Benachteiligung der Truppenoffiziere führen. Daher sollten die Dotierungen auch im Truppenbereich der tatsächlichen Verantwortung für Menschen und Material angepaßt werden.

58) Führung

a) Die jährlichen Generalstagungen sollten wie die Tagung in Oldenburg vorwiegend dazu dienen, militärpolitische Probleme, die ggfs. im kleineren Kreise erarbeitet werden, einem größeren Kreis darzulegen.

Die anstehenden Fragen sollten offen diskutiert und die mittlere und obere Führung der Bundeswehr mit „heißen Eisen" konfrontiert werden. Zur Diskussion entscheidender Fragen wird z. B. eine Aussprache mit Vertretern des Verteidigungsausschusses vorgeschlagen.

b) Die bevorstehende Neuordnung des Beurteilungswesens mit der erstrebten Objektivierung der Beurteilungsfindung sowie der Festlegung fester Maßstäbe sollte zum Anlaß genommen werden, vermehrt auch die „Zivilcourage nach unten" zu praktizieren und von den üblich gewordenen Halbwahrheiten und Schönfärbungen im Beurteilungswesen endgültig Abschied zu nehmen. Die Forderung nach Bescheidenheit und Pflichttreue muß auch bei der Anwendung des Leistungsprinzips im Vordergrund stehen. Alle Vorgesetzten haben darüber zu wachen, daß Wahrhaftigkeit und Zivilcourage — auch gegenüber den Untergebenen — wieder Kernstück des Vorgesetztenverhältnisses werden.

c) Die Leitung des Hauses muß Entscheidungen über die Neubesetzung von Spitzenstellen so rechtzeitig herbeiführen, daß die hiervon abhängigen bis in die Truppen wirkenden personellen Folgeerscheinungen den Betroffenen mit mehrmonatlichem Vorlauf bekanntgegeben werden können.

Dieser Schritt ist eine wichtige Voraussetzung, um das Vertrauen in die Personalführung zu verbesssern.

d) Ranglisten für Offiziere sind trotz aller Schwierigkeiten wieder einzuführen. Sie tragen dazu bei, die Personalbearbeitung übersichtlicher zu gestalten. Hierdurch wird — bei offener und konsequenter Handhabung — das Vertrauen in die personalbearbeitenden Stellen ebenfalls erhöht.

59) Führungsgrundlagen

Da seitens der militärischen Abteilungsleiter vielfach Führungsaufgaben rein militärischer Natur zu vollziehen sind, müssen insoweit im BMVtdg an die Stelle des ministeriellen Erlaß-Verfahrens — nach GGO — die militärischen Führungsgrundsätze und -grundlagen treten können. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Ziff. 57.

60) Führung durch Information

a) Der Truppe ist zu wichtigen, sie berührenden Ereignissen rasch eine klare Stellungnahme der Führung zu geben; dies gilt insbesondere dann, wenn Presseveröffentlichungen gezielte Vorwürfe enthalten, die

— das Vertrauen zum Dienstherrn gefährden,

— Zweifel an der Rechtmäßigkeit von Führungsmaßnahmen aufkommen lassen,

— auf falschen Darstellungen beruhen.

Die Stellungnahme soll — ohne als „Sprachregelung" zu wirken — den Führungsauftrag des BMVtdg unverzüglich wirksam werden lassen, den nachgeordneten Führern eine Hilfe bei der eigenen Beurteilung und der Bewertung des fraglichen Komplexes sein und das Selbstbewußtsein der Truppe stärken. In gleicher Weise muß das Führungsmittel der Information auch im Bereich der mittleren und unteren Führung flexibler und schneller gehandhabt werden. Nur so kann der zunehmenden Einwirkung von außen rechtzeitig und entschieden sowie unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten entgegengetreten werden.

b) Beabsichtigte Maßnahmen der obersten Führung, die noch nicht geprüft sind und deren Realisierung ungewiß ist, dürfen nicht öffentlich bekanntgegeben werden. Auskünfte an die Presse sollten nach Möglichkeit erst gegeben werden, wenn die Tuppe auf dem Dienstwege orientiert ist.

c) Gezielte Angriffe gegen die soldatische Aufgabe und den Verteidigungswillen sind im Rahmen einer freiheitlichen Presseberichterstattung aufzugreifen und als solche in ihrer Zielsetzung zu kennzeichnen. Leserbriefe sind dafür u. a. ein gutes Mittel.

d) Historisch falsche Schilderungen der soldatischen Vergangenheit durch die Publizistik sind durch IPZ unter Heranziehung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes rasch und unmißverständlich richtigzustellen.

Ebenso ist vorausschauend zu verfahren, wenn anläßlich von Jahrestagen historischer Ereignisse zu erwarten ist, daß diese in den Massenmedien einseitig oder verzerrt interpretiert werden.

61) Öffentlichkeitsarbeit, Fernsehen, Film

Bei den zuständigen Stellen ist darauf hinzuwirken, daß

a) das von den meisten Fernsehanstalten in die breiteste Öffentlichkeit ausgestrahlte, vielfach nicht den Tatsachen entsprechende Bild der Streitkräfte, ihrer Führer und Soldaten durch eine sachgerechte Darstellung ersetzt wird sowie falschen Berichterstattungen in gleichen Publikationsmedien äquivalent begegnet werden kann;

b) in wirkungsvollen (Fernseh-) Spielfilmen über Vielfalt, Verantwortung sowie die Verwendungsbreite von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften berichtet wird. Hierbei sind auch die soldatischen Leistungen des deutschen Heeres in der Vergangenheit nicht zu vergessen;

c) die anerkannt guten Heeres-Ausbildungsfilme mehr als bisher — neben den Informationsfilmen — der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

62) Traditions- und Geschichtsbewußtsein

a) Politische und militärische Führung müssen sich klar und deutlich zur deutschen Soldatentradition bekennen. Der Gefahr der Geschichtslosigkeit ist ebenso entgegenzuwirken wie falscher Heroisierung. Die im Traditionserlaß gegebenen Möglichkeiten sind auszuschöpfen; ggfs. bedarf dieser der Überarbeitung.

b) Der zur Zeit um sich greifenden „Umfunktionierung" der Geschichtsbetrachtung in der Bundesrepublik Deutschland müssen sorgfältige, objektive, dem Soldaten Verständnis entgegenbringende Darstellungen und geschichtliche Kurzanalysen entgegengesetzt werden.

c) Die für die künstlerische Ausstattung von Gebäuden in Truppenunterkünften zur Verfügung stehenden Mittel sollten in Zukunft sinnvoller genutzt werden. Es müssen vermehrt soldatische Motive herausgestellt werden, die das Traditionsbewußtsein stärken. Die Entscheidung darüber sollte dem Nutzer der Gebäude, also der Truppe, überlassen bleiben (Divisionskommandeur/Wehrbereichsbefehlshaber).

63) Militärseelsorge

a) Das Vorhandensein einer Militärseelsorge verpflichtet die Seelsorger zur strikten Loyalität gegenüber dem Auftrag der Streitkräfte, insbesondere auch bei der Beratung von Kriegsdienstverweigerern.

b) Falls sich einzelne Seelsorger aus Gewissensgründen oder persönlicher Einstellung in einen inneren Gegensatz zu den militärischen Erziehungsmaximen gesetzt glauben, muß eine rasche Ablösung durch das Kirchenamt möglich sein.

c) Die Mitwirkung der Seelsorger bei der Vorbereitung des „feierlichen Gelöbnisses" ist zu überprüfen.

64) Wehrrechtliche Übergangsmaßnahmen

a) Bis zur gesetzlichen Regelung des Problems der Kriegsdienstverweigerung werden als Übergangsmaßnahmen vorgeschlagen:

— Vertrauensmänner, die einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer stellen, sind abzulösen. VS-Ermächtigungen für Kriegsdienstverweigerer sind bei Antragstellung einzuziehen (Sicherheitsrisiko).

b) Neben der Aberkennung des Dienstgrades bei bestimmten strafrechtlichen Verurteilungen (§ 30 WPflG) muß die Aberkennung des Dienstgrades durch disziplinargerichtliche Verfahren bei Angehörigen der Reserve vom Unteroffizier an aufwärts mehr als

bisher in all den Fällen durchgesetzt werden, in denen sich Offiziere und Unteroffiziere nach ihrem Ausscheiden aus dem Wehrdienst gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes betätigen oder durch unwürdiges Verhalten nicht der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, die für ihre Wiederverwendung als Vorgesetzte erforderlich sind (SG §§ 17, 23).

c) Es muß unmöglich gemacht werden, daß ein charakterlich und hinsichtlich der dienstlichen Eignung abqualifizierter Fahnenjunker in die Unteroffizierslaufbahn überführt werden kann und damit das Unteroffizierskorps diskriminiert.

d) Der Wach- und Ordnungsdienst muß sinnvoll und straff gestaltet und in die Ausbildung einbezogen werden. Er muß überdies auch der Öffentlichkeit gegenüber als ein Dienst erkennbar sein, der im Sinne des Schutzes und der Sicherheit der Streitkräfte und damit des ganzen Volkes vollzogen und durchgesetzt werden muß. Er muß mit geringstem personellen Aufwand gewährleistet sein. Alle technischen Hilfsmittel sind auszunutzen. Die Ausübung des Wachdienstes ist „gefechtsmäßig" zu gestalten.

e) Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges müssen so vereinfacht werden, daß der Soldat sie versteht und handhaben kann. Die Posten müssen berechtigt sein, auf Personen, die innerhalb umschlossener militärischer Anlagen oder Sicherheitsbereiche auf zweimaligen Anruf „Halt", „Stehenbleiben oder ich schieße!" und anschließenden Warnschuß nicht reagieren, zu schießen. Das Fernschreiben Nr. 15301 des Generalinspekteurs vom 14. September 1968 (Schußwaffengebrauch durch Soldaten im Frieden) ist durch neue Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges zu ersetzen.

f) Es ist zu prüfen, inwieweit die Disziplinarvorgesetzten der Wachsoldaten zugleich deren Wachvorgesetzte sein sollten.

65) Bestimmungen über die politische Betätigung

a) Die politische Betätigung von Soldaten läßt in den letzten Jahren die Tendenz zu einer Politisierung der Bundeswehr deutlich werden. Damit wird der Zusammenhalt der Truppe für die Erfüllung ihrer Aufgabe gefährdet.

b) Für die politische Betätigung des Soldaten sind daher Ausführungsbestimmungen zum Soldatengesetz zu erlassen, insbesondere unter Hinweis auf

— die Pflichten des Vorgesetzten (§ 10),

— die Kameradschaft (§ 12),

— das Verhalten des Soldaten im und außer Dienst (§ 17).

c) Die Erlasse „Soldat und Wahl" und „Uniformtragen bei politischen Veranstaltungen" sowie die Bestimmungen der ZDv 12/1 müssen mit Nachdruck durchgesetzt werden. Die Personalführung darf in keiner Weise durch eine kommunalpolitische Betätigung von Soldaten eingeengt werden.

d) Die Möglichkeiten für die politische Betätigung der Soldaten sollten im Sinne der Ergebnisse der Kommandeurtagung Oldenburg überprüft werden.

66) Disziplin

a) Eine Festigung der Disziplin der Soldaten und eine Stärkung der Autorität der Vorgesetzten, besonders der niedrigen Dienstgradgruppen, sind zwingend notwendig. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, welche besonderen „erzieherischen Maßnahmen" auch auf den Führer einer kleinen Kampfgemeinschaft (Kampffahrzeug, Waffensystem, Gruppe, Trupp) übertragen werden können.

b) Soldaten, deren angebliche Krankheit vom Arzt nicht bestätigt wird, sollten den Dienst am Wochenende nachholen. In Zweifelsfällen sollten Soldaten zur „völligen Wiederherstellung der Gesundheit" im Sanitätsbereich oder mindestens in der Kaserne verbleiben.

c) Die Grußordnung (ZDv 10/4) ist der Verordnung über die Regelung des militärischen Vorgesetztenverhältnisses anzugleichen.

Es sollte die Anweisung der ZDv 10/4 daraufhin überprüft werden, ob nicht bei Soldaten sowohl in der Anrede nach oben als auch nach unten das „Herr" vor dem Dienstgrad weggelassen werden kann. Der Inspekteur des Heeres tritt hierfür ein.

d) Die Anrede zwischen Soldaten einerseits und Beamten andererseits ist ebenfalls in der Grußordnung zu regeln. Auch hier sollten die Anreden durch die Rangordnung und

das Vorgesetztenverhältnis bestimmt und die Bestimmungen über die förmliche Anrede analog angewendet werden.

67) Gestaltung der Uniformen, Bestimmungen über das Tragen der Uniform

a) Die Uniform ist so zu ändern, daß sie von jedem Soldaten gern und freiwillig getragen wird.

b) Vorschläge für Verbesserungen:

(1) Die Ausgehuniform muß mehr „Schick" erhalten.

(2) Zur Sommeruniform sind Hemden mit kurzen Ärmeln einzuführen, die auch ohne Binder getragen werden dürfen.

(3) Der weiße Rock soll auch zum Ausgehanzug getragen werden können.

(4) Der Moleskinanzug ist als „Sommeranzug" zu gestalten und als Ausgehanzug zuzulassen.

(5) Das Hemd des Kampfanzuges ist so zu gestalten, daß es auch ohne Jacke getragen werden kann.

c) Ferner sollte dem Streben bestimmter Waffengattungen, besondere Attribute anlegen zu dürfen, im Sinne der Hebung des Korpsgeistes und Waffenstolzes vermehrt Rechnung getragen werden.

68) Orden und Ehrenzeichen

a) Die Erlaubnis zum Tragen von Orden und Ehrenzeichen im Original ist auf besondere dienstliche wie auch auf private Gelegenheiten zu erweitern.

b) Bewährungsabzeichen aller Art sind einzuführen.

69) Personalwesen

a) Unter Beibehaltung der zentralen Personalführung durch den Minister müssen den Inspekteuren der Teilstreitkräfte mehr Einwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Dazu werden vorgeschlagen:

— Entscheidungsbefugnis für die Stellenbesetzung beim Inspekteur für seinen Bereich unter Beachtung der Belange des gemischten Bereiches (Kongruenz von Verantwortung und Zuständigkeit),

— Weisungsbefugnis für die Personalplanung beim Inspekteur für seinen Bereich,

— Mitwirkung bei den grundsätzlichen Richtlinien der Personalführung und Personalbewirtschaftung durch den Inspekteur.

b) Das Ansehen des Unteroffiziers in der Öffentlichkeit muß durch geeignete Maßnahmen verbessert werden.

Keinem Beruf ist das „Image" so bewußt zerstört worden wie dem des Unteroffiziers. Die Beseitigung dieser Abwertung liegt in dem Interesse der Streitkräfte. Nach wie vor bleibt eine solide Vorausbildung und Ausbildung für den Unteroffizier die wichtigste Grundlage für Autorität und Dienstfreude. Darüber hinaus muß mehr getan werden, ihm soziales Ansehen zu verschaffen und seine Leistungen im Schrifttum fair darzustellen.

c) Dem Grundgedanken der allgemeinen Wehrpflicht folgend, sollte eine Sonderbehandhandlung der Abiturienten ausgeschlossen werden, und zwar sowohl hinsichtlich der Einstellungstermine als insbesondere der Dauer des Grundwehrdienstes und der Laufbahngestaltung.

Diese Forderung entspricht der Mentalität des deutschen Volkes, das in Fragen der Gleichbehandlung fast überempfindlich reagiert.

Für eine auf dem Prinzip der Gleichheit und der Leistungsgesellschaft basierende Armee kann es nur den Grundsatz geben, daß Charakter und Leistung den Weg des Soldaten bestimmen und nichts anderes!

Zugleich wird mit dem Festhalten am Gleichheitsprinzip auch Abiturienten gegenüber der ernsten Gefahr der Aushöhlung des 18monatigen Grundwehrdienstes und der damit verbundenen Einschränkung der Einsatzbereitschaft begegnet.

IV. Maßnahmen des Führungsstabes des Heeres

70) Mitentscheidend für die Steigerung der Kampfkraft der Truppe sind die zum Teil bereits anlaufenden Maßnahmen zur Umstrukturierung des Heeres.

Um dies Ziel zu erreichen, bedarf es besonders hinsichtlich der vollen Auffüllung der Verbände und Einheiten im Rahmen der flexiblen Umfangszahlen der vorbehaltlosen Unterstützung übergeordneter Stellen (Nr. 10).

71) Ausbildung

a) Die Gefechtsausbildung, insbesondere in Einheit und Teileinheit, wird so intensiviert, daß wieder ein „frisch-fröhlicher Geist" in die Truppe kommt. Hierzu werden vermehrt längerdauernde Übungen auch außerhalb der Standort- und Truppenübungsplätze durchgeführt.

b) Um Überforderungen zu vermeiden, wird das Heer im Ausbildungsjahr 1970 die Forderungen in der Ausbildung der Großverbände erheblich einschränken.

c) Im Heer werden die Materialüberprüfungen und technischen Kontrollen so gestrafft, daß eine fühlbare Entlastung eintritt.

72) Die Erziehung zur Disziplin wird schwerpunktmäßig durch Steigerung des Gefechtsdrills und durch eine stärkere Betonung der soldatischen Ordnung und wo nötig auch durch intensivere Formalausbildung verbessert. Sportausbildung und Einzelkämpferausbildung aller Truppen dienen der Erziehung des Soldaten zur Härte gegen sich selbst und zur Einordnung in die Gemeinschaft. Die hierfür bereits bestehenden Ausbildungsforderungen werden durchgesetzt. Dabei wird besonderer Wert auch auf die Verbesserung der physischen Leistungsfähigkeit der Kommandeure und Einheitsführer zu legen sein.

73) Das dem Heere im großen Umfange zur Verfügung stehende Reservistenpotential wird unter Ausnutzung der Erfahrungen in der Heimatschutztruppe vermehrt weiter ausgebildet und in seine Mob-Verbände eingegliedert. Hierfür ist der Grundtyp der Wehrübung auf 12 Tage zu kürzen und inhaltlich zu straffen und so die Zahl der verfügbaren Wehrübungsplätze besser auszunutzen.

74) In der Gestaltung des Dienstes wird in erster Linie von den Erfordernissen der Ausbildung zur Einsatzbereitschaft und zur Härte auszugehen sein.

Die Auffassung, daß der soldatische Dienst, wie jeder andere, etwa nach den Grundsätzen der in Tarifordnungen festlegbaren 40-Stunden-Woche erfüllbar ist, wird den militärischen Forderungen nicht gerecht; ihr ist entgegenzuwirken.

Besondere Belastungen sollten aber durch großzügig gehandhabte Vergünstigungen — ohne kleinliche Gegenrechnung — ausgeglichen werden.

75) Verjüngung im Führerkorps

a) Eine planmäßige Verjüngung der in Truppenkommandeurstellungen einzusetzenden Offiziere ist in Verbindung mit einer Hebung der Anforderungen eingeleitet. Künftig sollte ein Divisionskommandeur nicht über 55 Jahre, ein Brigadekommandeur nicht über 50 Jahre alt sein. Auf der Bataillonskommandeurebene gilt es, der jungen, nachwachsenden Generation Raum zu geben.

b) Um diese Verjüngung zu ermöglichen, sind die gegebenen besonderen Altersgrenzen voll auszunutzen. Zugleich gilt es, in Auswertung der Kriegserfahrungen die Anforderungen an die physische Leistungsfähigkeit aller Offiziere zu erhöhen.

c) Die Forderung der Abteilung P, die besondere Altersgrenze für Oberste zunächst wenigstens zeitweise auf 56 Jahre festzulegen, wird durch den Inspekteur des Heeres nachdrücklich unterstützt.

76) Die Ausbildung sowohl zum Offizier als auch der Offiziere selbst wird so neu gestaltet, daß neben dem stärkeren Heranführen an die Erstaufgaben in der Truppe das heute unabdingbare wissenschaftliche Niveau erreicht wird. Damit würde zugleich eine der Voraussetzungen für die Durchführung des Laufbahnmodells B 25 (siehe D II 52 g) geschaffen.

Die Anwärter für die Aufstiegslaufbahn der Offiziere des militärfachlichen Dienstes sind so auszuwählen und auszubilden, daß ihre der künftigen Fachverwendung dienende Spezialisierung erst nach einem ausreichend langen Einsatz möglichst in Stellen des Außendienstes beginnt.

Die weitere Ausbildung der bereits früher in Spezialfunktionen tätigen Fachoffizieranwärter ist, um eine Besserstellung des „Innendienstlers" zu vermeiden, diesem Zeitplan anzupassen.

Für Anwärter der angestrebten Einstiegslaufbahn mit mittlerem Schulabschluß ist der Ausbildungsgang so festzustegen, daß sowohl Fachkenntnisse als auch die Eignung zum Vorgesetzten nachgewiesen werden können.

77) Ausbildung zum Unterführer

a) Die Ausbildung der SaZ 3 und mehr zum Unteroffizier m. und o. P. wird gestrafft, übersichtlicher gestaltet und so auch wirksamer gemacht.

b) Der Unterführermangel zwingt dazu, alle zum Unterführer geeigneten Wehrpflichtigen und SaZ 2 — also auch alle dafür geeigneten Abiturienten — frühzeitig zum Führer der kleinen Kampfgemeinschaft auszubilden. Ein verkürzter und inhaltlich gestraffter Lehrgangstyp wird hierfür entwickelt. Er wird zu einem großen Teil in den Einheiten durchgeführt.

78) Offizier-/Unteroffiziernachwuchs

a) Die Truppenkommandeure und Einheitsführer werden angehalten, unter vermehrter Ausnutzung und Verbesserung aller hierfür verfügbaren Mittel, z. B. des SaZ 2, die Eigenwerbung in der Truppe für den Unteroffizier- und Offiziernachwuchs zu intensivieren und dessen Ausbildung und Betreuung als Schwerpunkt zu sehen.

b) Dem Rückgang der Freiwilligenmeldungen für den Lehrgang A an den Heeresunteroffizierschulen muß durch eine breitangelegte Werbe- und Aufklärungsaktion, welche die Bedeutung der Heeresunteroffizierschule und die verbesserten Ausbildungs-, Aufstiegs- und Versorgungs-Chancen der neuen Unteroffizierlaufbahn darstellt, begegnet werden.

79) Auftreten der Truppe in der Öffentlichkeit

a) An- und Abmärsche zu Übungen sowie Übungsplatzaufenthalte sollen vermehrt dazu genutzt werden, die Truppe in der Öffentlichkeit zu zeigen. Feldparaden bei der Rückkehr in den Standort sowie Ortsquartier und Friedensbiwak in bundeswehrarmen Räumen sollen helfen, den Kontakt zur Bevölkerung zu verbessern.

b) Vermehrt sollen Übungen im freien Gelände stattfinden; sie werden wo immer möglich mit Öffentlichkeitsarbeit verbunden.

c) Größere Sportveranstaltungen und militärische Wettkämpfe des Heeres sollen künftig so gelegt werden, daß möglichst viele zivile Zuschauer daran teilnehmen können.

80) Offiziere und Unteroffiziere werden dazu angehalten, bei sich dafür bietenden Gelegenheiten vermehrt Uniform auch außerhalb des Dienstes zu tragen, um so die Präsenz der Streitkräfte mehr in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen. Gleichzeitig wird darauf hingewirkt, gegen Soldaten, die sich in Uniform in der Öffentlichkeit undiszipliniert und nachlässig zeigen, in angemessener Weise und couragiert vorzugehen. Es wird Aufgabe aller Vorgesetzten sein, die Dienstgrade hierin anzuleiten und zu unterstützen.

81) Alle Maßnahmen zur Verbesserung des Führer- und Unterführerkorps sowie zur Hebung des Ansehens der Truppe in der Öffentlichkeit dienen vor allem der Schaffung kampfkräftiger, in sich gefestigter Verbände, die durch Waffenstolz und Korpsgeist gekennzeichnet sind. Nur einem homogenen, in den Leistungen für die Friedenssicherung des Staates anerkannten und darauf stolzen Führerkorps kann es gelingen, unsere Wehrpflichtigen und Freiwilligen zu modernen Soldaten zu prägen und eine einsatzbereite Mannschaft zu schaffen. Dies erst gibt dem organisatorischen Rahmen von Mensch und Material echten Kampfwert und macht die Abschreckung glaubhaft.

E. Zusammenfassung, Folgerungen

82) Zahlreiche politische und gesellschaftspolitische Faktoren, die bei der Entstehung der Wehrgesetze und der Aufstellung der Bundeswehr ausschlaggebend mitwirkten, haben sich in den zurückliegenden 15 Jahren gewandelt.

83) Die Kampfkraft des Heeres sank trotz moderner und kostspieliger Rüstung, trotz eines beachtenswerten Budgetanteils, vor allem im letzten Jahre stark ab. Der Zeitpunkt,

zu dem wegen fehlenden Nachwuchses an Offizieren und Unteroffizieren der äußere Rahmen der Armee nicht mehr erhalten werden kann, zeichnet sich ab.

84) Es ist eine staatspolitische Aufgabe, einer Entwicklung, wie sie vergleichbar das französische Heer mit dem Zusammenbruch 1940 erleben mußte, rechtzeitig zu begegnen.

85) Jedes Kurieren an Symptomen verspricht ebensowenig durchschlagenden Erfolg wie die Beseitigung einzelner Mängel. Nur eine Reform an „Haupt und Gliedern", an Bundeswehr und Gesellschaft, mit dem Ziel, die Übel an der Wurzel zu packen, kann die Kampfkraft des Heeres entscheidend heben.

Die zu einer Beurteilung des gegenwärtigen Zustandes festgestellten Kriterien wie

— fehlender Verteidigungswille im Volk,

— Anzeichen mangelnder Disziplin in der Truppe,

— Mangel an Selbstbewußtsein,

— mangelnde Elastizität des Führerkorps,

— unzureichende Ausbildung der Führer aller Grade,

— Resignationstendenzen im Führerkorps,

— unzureichende Integration der Bundeswehr in das Volk

bedingen sich gegenseitig; in ihrer Abhängigkeit voneinander bilden sie den „Teufelskreis", in dem eines das andere verstärkt.

86) Aufgabe der politischen Führung muß es sein, der Armee zu geben, was sie braucht; Aufgabe des Soldaten ist es, den verantwortlichen politischen und militärischen Stellen die Lage zu schildern, Lösungsmöglichkeiten zu zeigen, ihre Realisierung zu fordern und im Rahmen der eigenen Zuständigkeit alle Möglichkeiten auszuschöpfen.

87) Aus dieser Verantwortung entstand die vorliegende Studie.

Wortlaut der „Neun Thesen junger Offiziere", veröffentlicht in Hamburg im Januar 1970

These 1

Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der eine Sache nicht um ihrer selbst willen tut.

Begründung:

Ich erinnere an eine Studie über Innere Führung vom Mai 1969. In ihr wurde vorformuliert, daß die Bundeswehr kein Industriebetrieb, sondern eine Kampf-, Schicksals- und Notgemeinschaft sei. Auf diesem Hintergrund wurde weitergesagt, daß sie daher die elementaren Grundlagen der alten Soldatentugenden beinhalte, wie Tapferkeit, Ritterlichkeit, Gerechtigkeit, Fürsorge, Kameradschaft, Entschlossenheit, Opferbereitschaft, Disziplin und die Hingabe an eine Sache um ihrer selbst willen. Diese letzte Tugend führte zu dieser These.

Ohne darauf einzugehen, ob die Tugenden, die hier formuliert worden sind, als Soldatentugenden tatsächlich Tugenden sind, die auch in der übrigen Gesellschaft als Tugenden anerkannt werden, muß ganz klar gesagt werden, daß sich unsere These gezielt gegen die als Tugend ausgeworfene Hingabe an eine Sache um ihrer selbst willen richtet.

Wir verstehen unter einer Sache eine Tätigkeit im Rahmen unserer Berufsausübung. Eine Tätigkeit im Rahmen unserer Berufsausübung können wir nicht um ihrer selbst willen tun, weil der Offizier ebendiese Tätigkeit im Rahmen seiner Berufsausübung nur zielgerichtet vollziehen kann. Das heißt also: Wir tun eine Sache nicht um ihrer selbst willen,

sondern ihres Zieles wegen, weil das Ziel in einer sinnvollen Funktion gesehen wird. Diese Funktion heißt für uns die Optimierung der Gesellschaft. Die Optimierung kann nicht wertfrei sein, sondern ist gebunden an das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Auf der Grundlage der Norm des Grundgesetzes ist die Zielgerichtetheit unserer Funktion in der Friedenserhaltung und in der Friedenswiederherstellung zu sehen. Friedenswiederherstellung kann einen Kampfauftrag beinhalten. Das heißt, daß jede unserer dienstlichen Tätigkeiten nicht um der dienstlichen Tätigkeit willen getan wird, sondern der Zielgerichtetheit, also der Friedenserhaltung und Friedenswiederherstellung wegen.

Ich weise darauf hin, daß es in der Tradition des deutschen oder preußischen Offiziers noch nie als eine Tugend angesehen wurde, eine Sache nur um ihrer selbst willen zu tun. Es war vielmehr immer Tradition, eine Sache um ihres Zieles willen zu tun.

These 2

Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der es ablehnt, ein Verhalten zu praktizieren, das „offizier-like" sein soll. Vielmehr will ich eine spezifisch offiziermäßige Rollenerwartung nicht erfüllen.

Begründung:

Wir lehnen sie deshalb ab, weil eine spezifisch offiziermäßige Rollenerwartung, wie sie zur Zeit in der Gesellschaft und in unserer Armee vorhanden ist, unserer Meinung nach von überkommenen Vorstellungen ausgeht. Überkommen aus dem Grund, weil sie mit der Funktion einer modernen Armee nicht zusammenhängt, denn die Funktion und das Funktionieren der Armee ist auf die Friedenserhaltung und Friedensgestaltung gerichtet. Die Rollenerwartung, die heute noch an den Offizier gestellt wird, entstammt der vortechnischen Zeit und ist schlichtweg feudal und ständisch. Eine ständische und feudale Rollenerwartung ist aber, wie die Geschichte zeigt, weder auf die Friedenserhaltung noch die Friedensgestaltung gerichtet.

Der Offizier ist weder ein Herr, ein Gentleman, noch ein Ritter, noch zurückhaltend, noch unpolitisch, sondern politisch und gesellschaftspolitisch denkend und handelnd, er ist mißtrauisch, wenn jemand sagt, Vertrauen könne anerzogen werden. Vertrauen kann nicht anerzogen werden, sondern muß vorhanden sein. Die Vorstellung vom anerzogenen Vertrauen entspringt einem pervertierten Vertrauensbegriff.

Wir wollen also keine offiziermäßige, sondern eine funktionale Rollenerfüllung.

These 3

Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der eine Tradition ablehnt, die lediglich aus epigonaler Reproduktion besteht und auf Neuschöpfung verzichtet.

Begründung:

Wir finden, daß wir Menschen sind, die in der Geschichte stehen. Wir sehen das, was vor uns war, und wir sehen das, was nach uns kommen wird. Das, was vor uns war, ist ein Angebot an uns, aber nichts, was wir unbedingt übernehmen müssen. Das Angebotene übernehmen wir nicht, um es weiterzugeben oder weiter einzubehalten, wir wählen auch nicht daraus aus, sondern wir nehmen das Angebot an und machen etwas Neues daraus. Wenn wir uns nur darauf beschränkten, nur irgendwo auszuwählen, irgendeinen Wert, der in der Vergangenheit bestand, zu übernehmen, fortzupflanzen, zu vertreten, so sind wir dort stehengeblieben, wo eigentlich die Vergangenheit war, oder wir sind noch in der Vergangenheit. In der heutigen Zeit müssen wir das, was einmal war, verarbeiten und etwas Neues, für unsere Zeit Gültiges und Aktuelles schaffen.

In diesem Zusammenhang wirft sich die Frage auf, was ein Wert in diesem Sinne überhaupt ist. Es gibt entweder zeitgemäße oder zeitlose Werte. Zeitlose Werte brauchen wir nicht zu übernehmen, die gab es immer. Zeitlos ist zum Beispiel das Eintreten für Recht und Freiheit. Solange dies ein Wert ist, besteht er. Wenn er kein Wert mehr ist, besteht

er eben nicht mehr. Damit ist Tradition für uns das Verwerten der Geschichte, um etwas Neues zu schaffen. Wenn wir nichts Neues schaffen, dann haben wir die Welt nicht weitergebracht, dann haben wir versagt.

These 4

Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der das Verhalten (= dienstliche Anordnungen) eines Vorgesetzten in Frage stellen darf und sein eigenes Verhalten von Untergebenen bzw. von jedermann in Frage stellen läßt; ich möchte ein Offizier sein, der nichts selbstverständlich findet.

Begründung:

Das ist letztlich eine Aufforderung bzw. ein Eigenanstoß zum Mißtrauen gegen alles oder, entschärft formuliert, zur Kritik gegen alle. Insbesondere die Kritik an einer Person gründet sich darauf, weil Personen oder ihre Geisteshaltungen und das, was aus diesen Geisteshaltungen entsteht, also das Verhalten, die Verhältnisse machen. So begründen sich etwa Mißstände, Mißverhältnisse auf dem Verhalten von Personen. Deshalb kritisieren wir nicht nur die Verhältnisse, diese konstatieren wir zunächst, sondern fragen uns, wer diese Verhältnisse macht.

Im Moment, wo wir erkennen, daß ein Vorgesetzter Verhältnisse schafft, die ungut sind, die wir persönlich im Moment für unzweckmäßig halten oder für gefährlich, beanspruchen wir das Recht zum „Meckern", und zwar gegen diesen Vorgesetzten. Ja, wir wollen ihm sogar sagen dürfen und können, daß wir ihn für ungeeignet halten.

Dieses Recht beanspruchen wir. Wir beanspruchen weiterhin, daß uns unsere Untergebenen sagen, wenn sie uns für ungeeignet halten. Wir verzichten darauf, uns nicht in Frage stellen zu lassen. Im Gegenteil, wir beabsichtigen, unsere Vorgesetzten zu verunsichern und zur Stellungnahme zu zwingen, wie wir dies von unseren Untergebenen erwarten. Erst dann verhindert man die Manipulation, die vorgenommen wird, wenn es heißt, eine Sache sei selbstverständlich und dürfe daher nicht diskutiert werden.

These 5

Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der weder Personen noch Dienststellen, sondern nur dem verfassungsmäßigen Auftrag Loyalität entgegenbringt.

Begründung:

Wir anerkennen nur eine Sachloyalität. Personale Loyalität ist unsere persönliche Angelegenheit und darf unseren verfassungsmäßigen Auftrag nicht gefährden. Personale Loyalität ist in Verbindung mit Sachloyalität weniger konfliktlos, aber nicht notwendig und sogar in vielen Fällen eine Gefährdung unseres Auftrags. Wir finden uns in gegenseitiger personaler Loyalität von oben nach unten und von unten nach oben nur dort, wo die Sachloyalität sowieso gegeben ist. Deshalb fordern wir die Streichung dieser Erscheinung aus unserem Verhalten, da sie nur eine zusätzliche Nebenerscheinung beschreibt. Das heißt also: Personale Loyalität kann hinzukommen, gründet sich aber immer auf Sachloyalität. Ohne Sachloyalität kann die personale Loyalität nicht vorhanden sein. Das Bemühen, trotzdem personale Loyalität zu praktizieren, obwohl keine Sachloyalität vorliegt, ist eine Vergewaltigung der eigenen Persönlichkeit und eine Gefährdung des verfassungsmäßigen Auftrags.

These 6

Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der jeden Verstoß gegen ein Wehrkonzept im Rahmen der Gesamtverfassung bestraft sehen will.

Begründung:

Wir sind davon ausgegangen, daß die Einordnung der Armee in den Staat durch Gesetze geschehen ist, daß die Armee also rechtsstaatlich gebunden ist und daher auf dem Boden

des Rechtsstaats zu stehen hat. Das heißt: Niemand, der für die Armee Normen setzen will oder Normen sieht, die diesem Rechtsstaat entgegenstehen, der also behauptet, daß eine Normenkollision zwischen Armee und Rechtsstaat stattfinden könnte oder bestehen könnte, ist für diese Armee, die in der Demokratie, also dem Rechtsstaat eingebettet ist, tragbar. Denn er sieht die Armee außerhalb oder zumindest teilweise außerhalb des Rechtsstaates und fordert somit für sie eine gewisse Eigenrolle. Diese Eigenrolle lehnen wir ab und sagen sogar weiter, um dies ganz deutlich zu machen: Dies ist ein Exzeß des Militärs. Ein solcher Exzeß hat jedoch in unserer Demokratie keinen Platz und muß deshalb bestraft werden.

Vom Friedensbild auf das Kriegsbild übertragen, würde eine solche Haltung den alten Satz „Not kennt kein Gebot" mehr oder weniger billigen. Daraus folgt dann: Was dem Krieg nützt, das wird gemacht, auch wenn es gegen die Gesetze verstößt. Als Beispiel sei hier nur Vietnam genannt.

Daher können wir auch nicht sagen, daß Befehl und Gehorsam die Grundfesten der Armee sind. Die Grundfesten der Armee sind die Normen des Rechtsstaats, also das Grundgesetz. Was daraus folgt, muß daraus entspringen und muß darauf begründet sein. Alles andere ist abzulehnen, ist falsch, widerspricht dem Rechtsstaat und ist daher zu bestrafen.

These 7

Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der nicht nur den Frieden erhalten, sondern auch gestalten will.

Begründung:

Vorausgeschickt muß werden, daß diese These eine Utopie ist, die nur nach einer Bewußtseinsänderung aller Teile der Gesellschaft verwirklicht werden kann.

Wir gehen davon aus, daß die Funktion des Soldaten in der heutigen Zeit eine Abschreckungsfunktion, eine absurde Funktion ist. Krieg vorzubereiten, um ihn zu verhindern, ist strenggenommen zunächst einmal absurd. Wir werden auf Grund der Fragwürdigkeit, die die Massenvernichtungsmittel und Massenvernichtungssysteme in die Welt gebracht haben, als Soldaten in Frage gestellt, und wir selbst müssen uns auch immer in Frage stellen. Das heißt, wir müssen unsere Position überprüfen.

Wir sagen weiter: Weil heute die Vernichtungsmittel in dieser Art und Weise gegeben sind, ist unsere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, gegenüber dem Staat eine ungeheure. In dieser Beziehung lehnen wir die Auffassung, Streitkräfte seien mit einem Industriebetrieb zu vergleichen, ab. Unsere Verantwortung ist weit größer als die eines Managers in einem Industriebetrieb. Denn wenn im Management eine falsche Entscheidung getroffen wird, mögen vielleicht ein paar tausend Arbeiter arbeitslos sein. Wenn ein Soldat, ein hoher Soldat dagegen eine falsche Entscheidung trifft, dann hat das Konsequenzen, die auf die Substanz des gesamten Volkes einwirken.

Deshalb müssen wir mehr tun, als nur den Frieden erhalten zu wollen, um eine Antwort auf das eigene Infragegestelltwerden geben zu können, um der eigenen Verantwortung gerecht zu werden und um die Absurdität des Soldatenberufs überwinden zu können. Ich muß für den Frieden arbeiten wollen. Ich muß meine Position nicht nur erklären — meine Position als Soldat einer Abschreckungsstreitmacht kann ich erklären, wenn sie auch logisch absurd ist —, sondern ich muß eine Antwort geben. Diese Antwort kann nicht nur wieder eine theoretische Antwort sein, sondern sie muß ein Handeln beinhalten.

Daher fordern wir: Die Armee als solche hat sich nicht nur zu orientieren am Kriegsbild, sondern auch am Friedensbild. Sie muß auf den Frieden hinarbeiten.

Dazu ein praktisches Beispiel: Die Bundeswehr hat zum Beispiel Friedensforschungsinstitute einzurichten, hat zum Beispiel die Initiativen in die Gesellschaft hineinzutragen, hat zum Beispiel Offiziere an Schulen zu schicken, um dort Sozialkundeunterricht zu geben,

damit unsere Position den Schülern verdeutlicht wird. Der Offizier wird damit zum Kriegs- und Friedensfachmann gleichermaßen.

Die Bundeswehr ist eine Institution in der Gesellschaft, zwar zuerst einmal als Instrument geschaffen, aber auch als Institution dazu da, in der Gesellschaft zu wirken und ihre Richtung mitzubestimmen, also in ihr mitzuarbeiten, nicht nur als einzelner, sondern auch als Institution.

Wir haben also, um es etwas poetisch auszudrücken, auf die Leiter des Soldatentums emporzusteigen, um sie dann zu überwinden und weiterzukommen. Wir müssen durch aktives Handeln für den Frieden unsere eigene Absurdität überwinden. Wenn wir das nicht tun, sind wir in 20 Jahren nicht nur in Frage gestellt, sondern unter Umständen haben wir es dann gar nicht mehr nötig, in Frage gestellt zu werden, weil im wesentlichen viele Menschen gar nicht mehr sehen, daß wir notwendig sind.

Eine Position, die sich darauf beschränkt, rein den Frieden zu erhalten, nur Schlagkraft in gewissem Maße zur Verfügung zu stellen, ist so etwas wie funktionaler Nihilismus.

These 8

Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der eine scharfe Trennung zwischen Dienst und Freizeit beansprucht, weil ich meinen Beruf als verantwortungsvollen und strapaziösen Job sehe.

Begründung:

Wir lehnen das totale Engagement ab, wenn es prinzipiell von uns gefordert wird. Es kann in Ausnahmefällen gefordert werden, und dann stehen wir dazu. Wir wollen im Rahmen des Erforderlichen, im Rahmen des Zweckmäßigen Soldaten sein, um es anderen und uns selbst zu ermöglichen, das heißt, die Gelegenheit zu verschaffen, diese für verteidigungswert erachteten Werte, die durch Normen gesetzt sind, auszukosten und zu genießen. Das heißt in einfacher Formulierung: Ich lebe, um zu genießen, und ich arbeite, um leben zu können, um genießen und um Freude haben zu können.

These 9

Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der die erforderliche Disziplinierung in einem Heranführen an die Mündigkeit und der aus ihr entspringenden Selbstdisziplin sieht.

Begründung:

Wir verstehen mündiges Verhalten, in diesem Falle das mündige Verhalten unserer Untergebenen, als rationales, vernünftiges, zweckmäßiges Verhalten. Wir möchten unsere Untergebenen dahin bringen, daß sie aus Einsicht, z. B. auch in die Pluralität aller Werte, sich vernünftig verhalten und damit uns folgen. In diesem Punkt stimmen wir alle überein.

Das heißt global: In der Übereinstimmung der Auffassung, daß wir für eine Demokratie sind, liegt unsere Gemeinsamkeit und unser mündiges Verhalten.

Wortlaut des Briefes des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Willi Stoph, an Bundeskanzler Willy Brandt vom 11. Februar 1970

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

hiermit bestätige ich den Eingang Ihres Briefes vom 22. Januar. Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik hat dieses Schreiben sowie Ihre Erklärungen vor dem Bundestag in Bonn vom 28. Oktober 1969 und vom 14. Januar 1970 geprüft.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nimmt die in Ihrem Schreiben vom 22. Januar 1970 bekundete Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, die auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Nichtdiskriminierung geführt werden sollen, zur Kenntnis. Der Grundsatz der Gleichberechtigung und der Nichtdiskriminierung erfordert selbstverständlich, daß die DDR und die BRD sich wechselseitig als das anerkennen und respektieren, was sie sind, nämlich gleichberechtigte, souveräne Subjekte des Völkerrechts.

Zu meinem Bedauern muß ich feststellen, daß Sie in Ihrem Schreiben nicht auf den Vorschlag des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Walter Ulbricht, zum Abschluß eines Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland eingehen, der zusammen mit einem entsprechenden Vertragsentwurf am 18. Dezember 1969 dem Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Dr. Gustav Heinemann, unterbreitet wurde.

In seiner Antwort auf den Brief des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR erklärte Herr Dr. Heinemann, daß die Bundesregierung die vom Vorsitzenden des Staatsrates der DDR übermittelten Vorschläge prüfen und mit der für die Sache erforderlichen Beschleunigung Stellung nehmen werde. Der Vertragsentwurf der Deutschen Demokratischen Republik liegt der Bundesregierung nunmehr seit fast zwei Monaten vor. Die vom Bundespräsidenten zugesagte Stellungnahme der Bundesregierung zu den Vorschlägen der Deutschen Demokratischen Republik steht jedoch noch aus.

Von der Bundesregierung wurden sogar Maßnahmen getroffen, die gegen die Gleichberechtigung der DDR gerichtet sind. Verhandlungen über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen und über Gewaltverzicht können nur auf der Grundlage gegenseitiger völkerrechtlicher Anerkennung zu positiven Ergebnissen führen.

Der Vertragsentwurf der DDR sieht bekanntlich vor, daß die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts die Aufnahme normaler gleichberechtigter Beziehungen, frei von jeder Diskriminierung, vereinbaren. Diese Beziehungen müssen insbesondere auf den Prinzipien der souveränen Gleichheit, der Achtung der territorialen Integrität, der Unantastbarkeit der Staatsgrenzen, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils beruhen. Das wäre ein wirkungsvoller Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa, zur Herbeiführung eines geregelten Nebeneinanderlebens und eines Verhältnisses der guten Nachbarschaft als souveräne Staaten. Alle Bestimmungen des Vertragsentwurfs der Deutschen Demokratischen Republik — sei es die Anerkennung der im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges in Europa entstandenen Grenzen, einschließlich der Grenze zwischen der DDR und der BRD, sei es die Forderung nach Aufnahme der DDR und der BRD in die Organisation der Vereinten Nationen — liegen im wohlverstandenen Interesse sowohl der Deutschen Demokratischen Republik als auch der Bundesrepublik Deutschland und im Interesse der europäischen Sicherheit.

Ich darf die Aufmerksamkeit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auch darauf lenken, daß der überreichte Vertragsentwurf von der völligen Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung, von gleichen Rechten und Pflichten beider deutscher Staaten aus-

geht und keinerlei Bestimmungen enthält, die die DDR bevorzugen oder die BRD benachteiligen würden.

Zur Herbeiführung der friedlichen Koexistenz und der vertraglichen Regelung normaler Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts halte ich es für erforderlich, daß der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu direkten Verhandlungen zusammentreffen. Es handelt sich letztlich um Probleme von Frieden und Krieg, um die Gewährleistung der Sicherheit für die schöpferische Arbeit der Menschen in der DDR und der BRD.

Im Interesse der Dringlichkeit und der grundlegenden Bedeutung sollte unser Zusammentreffen möglichst bald stattfinden. Ich erlaube mir deshalb, Ihnen, Herr Bundeskanzler, vorzuschlagen, diese Zusammenkunft am 19. oder 26. Februar 1970 um 11 Uhr im Hause des Ministerrates in der Hauptstadt der DDR, Berlin, durchzuführen. Über Zeit und Ort kann ich mich mit Ihnen direkt telefonisch oder fernschriftlich verständigen.

Auf seiten der Deutschen Demokratischen Republik wird an der Zusammenkunft auch der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herr Otto Winzer, teilnehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Stoph

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Wortlaut des Briefes von Willy Brandt an den Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Willi Stoph, vom 18. Februar 1970

An den
Vorsitzenden des Ministerrats der
Deutschen Demokratischen Republik

Herrn Willi Stoph
Berlin

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ihr Schreiben vom 11. Februar 1970 und die darin enthaltene Einladung zu einem Gespräch habe ich dankend zur Kenntnis genommen. Es scheint mir in diesem Augenblick nicht nützlich, auf Einzelheiten Ihres Schreibens einzugehen und damit den Austausch von Briefen fortzusetzen, die sich auf die wiederholte Darlegung der eigenen Positionen beschränken. Vorbedingungen kann ich nicht akzeptieren. Eine beginnende Normalisierung in dem Verhältnis der beiden Staaten in Deutschland wird einen beiderseitigen Beitrag zur Entspannung und zur Sicherheit in Europa bedeuten.

Es erscheint mir an der Zeit, den Versuch zu unternehmen, das Trennende zurückzustellen und das Verbindende zu suchen. Wenn dies gelingt, dann sollte es auch möglich sein, zu vertraglichen Absprachen zu gelangen.

Um solche Verhandlungen in Gang zu bringen, bin ich zu einem Treffen mit Ihnen bereit, zu dem mich außer Bundesminister Franke auch andere Berater begleiten werden.

Die von Ihnen vorgeschlagenen Termine überschneiden sich allerdings mit anderen Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen des Parlaments, die ich nicht verlegen kann.

Ich würde es für zweckmäßig halten, wenn Beamte der beiden Seiten in der Woche zwischen dem 23. und 27. Februar zusammenkommen, um die erforderlichen technischen Vorbereitungen zu erörtern. Bei dieser Zusammenkunft könnte dann auch das Datum unserer ersten Begegnung endgültig festgelegt werden; ich würde einen Tag nicht später als in der zweiten oder dritten Märzwoche für zweckmäßig halten. Hierbei gehe ich davon aus, daß unsere zweite Begegnung in Bonn stattfinden wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Willy Brandt
Bundeskanzler

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,—), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 3,50. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 20,50 halbjährlich, sfr 41,— jährlich; öSch 125,— / 250,—; hfl 17,24 / 34,50; belg. fr. 240,— / 480,—; NF 27,— / 54,—; £ 2.—.— / 4.—.—; Lire 3000,— / 6000,—; dkr 36,— / 72,—; skr 25,— / 50,—; nkr 34,— / 68,—; $ 4,80 / 9,60. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln 1, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln

Autoren dieses Heftes

ABENDROTH, Prof. Dr. Wolfgang, geb. 1906 in Wuppertal, ist Ordentlicher Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ELLIESEN, Klaus,* geb. 1940 in Halle/S., lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *EHRLER, Klaus, M. A.,* geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft. *** *SCHILLING, Barbara,* geb. 1948 in Darmstadt, studiert seit 1967 Politische Wissenschaften und Soziologie in Marburg/Lahn. *** *UNGER, Karl,* geb. 1948 in Litzelsdorf (Österreich), studierte 1966/67 an der Universität Wien Soziologie und Philosophie, seit 1967 Politische Wissenschaften und Soziologie in Marburg/Lahn. *** *BOSGRA, Dr. Sietse,* geb. 1935 in Rotterdam, lebt heute als Chemiker in Amsterdam. *** *VAN KRIMPEN, Dr. Christiaan,* geb. 1939 in Kloster Buren/Provinz Groningen, war sieben Jahre Offizier bei der niederländischen Marine und ist heute als Assistent beim Oberbürgermeister von Rotterdam tätig. *** *SCHENAJEW, Dr. Wladimir,* geb. 1929 in Moskau, Absolvent des Instituts für Finanzwesen, jetzt Dozent am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen in Moskau. Buchveröffentlichungen: Banken und Kredit im System des Finanzkapitals der BRD. *** *HOPF, Wulf,* geb. 1944, ist Diplomsoziologe und als Referent am Pädagogischen Zentrum in Westberlin tätig. *** *PREUSS-LAUSITZ, Ulf,* geb. 1940 in Sorau/Lausitz, studierte an der Pädagogischen Hochschule Eßlingen, von 1962—64 Hauptlehrer. 1964—68 Studium der Soziologie, Psychologie und Politik in Tübingen und Berlin, jetzt Referent am Pädagogischen Zentrum in Westberlin.

Bemerkungen

Auf Wunsch von Ulf Preuss-Lausitz teilt die Redaktion mit, daß der Aufsatz „Emanzipation der Schüler — Von der SMV zum Schülerkollektiv" in Heft 2/70 vom Verfasser unter Mitarbeit von Manuela du Bois-Reymond, Christine Geulen, Beate Krais und Anke Nevermann erarbeitet worden ist. *** Wie alle sonstigen Beiträge, kann auch der im Dokumentarteil dieses Heftes veröffentlichte Wortlaut der „Schnez-Studie" beim Pahl-Rugenstein Verlag als Sonderdruck bestellt werden. *** Für unsere Abonnenten liegt dieser Ausgabe das Jahresregister 1969 bei. Aus postalischen Gründen mußte daher der Umfang des März-Heftes auf 100 Seiten begrenzt bleiben — womit sich auch der Fortfall der Rubrik „Bücher" erklärt.

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Martin Bennhold
Max Bense
Igor Bestushew
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
William Borm
Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Wilfried v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Harold Davies
Frank Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Fritz Eichholtz
Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Ragnar Forbech
Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Wolfgang Friedmann
Ragnar Frisch
Klaus Fritzsche
Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Werner Hahlweg
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover

Wilhelm Hasenack
Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Friedrich Heer
Horst Heiden
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Werner Otto v. Hentig
Rudolf Hilf
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Victor Kadalie
Erich Kahler
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Heinz Langerhans
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Jonas Lesser †
Carlo Levi
Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Walther Maas
Werner Maihofer
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias
Ernst May
Peter Meier
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Heinrich Meng
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Nieklewicz
Reinhard Opitz
Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling

Helveg Petersen
A. Poltorak
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Felix Rexhausen
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Karl Rode
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz B. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Levin Schücking †
Hans-Adalbert Schweigart
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Karl Stoevesandt
Stephen Swingler
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailovic
Gregori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

ABENDROTH, Prof. Dr. Wolfgang, geb. 1906 in Wuppertal, ist Ordentlicher Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ELLIESEN, Klaus,* geb. 1940 in Halle/S., lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *EHRLER, Klaus, M. A.,* geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft. *** *SCHILLING, Barbara,* geb. 1948 in Darmstadt, studiert seit 1967 Politische Wissenschaften und Soziologie in Marburg/Lahn. *** *UNGER, Karl,* geb. 1948 in Litzelsdorf (Österreich), studierte 1966/67 an der Universität Wien Soziologie und Philosophie, seit 1967 Politische Wissenschaften und Soziologie in Marburg/Lahn. *** *BOSGRA, Dr. Sietse,* geb. 1935 in Rotterdam, lebt heute als Chemiker in Amsterdam. *** *VAN KRIMPEN, Dr. Christiaan,* geb. 1939 in Kloster Buren/Provinz Groningen, war sieben Jahre Offizier bei der niederländischen Marine und ist heute als Assistent beim Oberbürgermeister von Rotterdam tätig. *** *SCHENAJEW, Dr. Wladimir,* geb. 1929 in Moskau, Absolvent des Instituts für Finanzwesen, jetzt Dozent am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen in Moskau. Buchveröffentlichungen: Banken und Kredit im System des Finanzkapitals der BRD. *** *HOPF, Wulf,* geb. 1944, ist Diplomsoziologe und als Referent am Pädagogischen Zentrum in Westberlin tätig. *** *PREUSS-LAUSITZ, Ulf,* geb. 1940 in Sorau/Lausitz, studierte an der Pädagogischen Hochschule Eßlingen, von 1962—64 Hauptlehrer. 1964—68 Studium der Soziologie, Psychologie und Politik in Tübingen und Berlin, jetzt Referent am Pädagogischen Zentrum in Westberlin.

Bemerkungen

Auf Wunsch von Ulf Preuss-Lausitz teilt die Redaktion mit, daß der Aufsatz „Emanzipation der Schüler — Von der SMV zum Schülerkollektiv" in Heft 2/70 vom Verfasser unter Mitarbeit von Manuela du Bois-Reymond, Christine Geulen, Beate Krais und Anke Nevermann erarbeitet worden ist. *** Wie alle sonstigen Beiträge, kann auch der im Dokumentarteil dieses Heftes veröffentlichte Wortlaut der „Schnez-Studie" beim Pahl-Rugenstein Verlag als Sonderdruck bestellt werden. *** Für unsere Abonnenten liegt dieser Ausgabe das Jahresregister 1969 bei. Aus postalischen Gründen mußte daher der Umfang des März-Heftes auf 100 Seiten begrenzt bleiben — womit sich auch der Fortfall der Rubrik „Bücher" erklärt.